

Klassenkampf von oben – Sozialabbau im Wirtschaftskrieg



Eine Publikation der Landesarbeitsgemeinschaft
„Linksrum – für Frieden und soziale Sicherheit“ in DIE LINKE.Hessen



Editorial:

Welche Errungenschaften der öffentlichen Daseinsvorsorge werden gerade im Zuge des Wirtschaftskriegs beseitigt? Wo wird die arbeitende Klasse geschwächt zugunsten der herrschenden Klasse? Wie werden der Ukrainekrieg und die Aufrüstung als Rechtfertigung von Austeritätspolitik benutzt? An welchen Stellen lenkt die herrschende Klasse uns ab – und wie? Was tut die Linke bzw. DIE LINKE dagegen, was sollte sie dagegen tun – im Großen und im Kleinen?

In diesem Reader wurden Debattenbeiträge zu diesen Fragen gesammelt. Vorangestellt sind *Stellungnahmen der LAG Linksrum zum LINKE-Parteivorstandsbeschluss vom 10. Juni 2023, zur Forderung eines LINKE-Parteikonvents, eine Stellungnahme der Kommunistischen Plattform Hessen zu Mario Candeias' LINKE-Strategiepapier sowie Thesen zur Entwicklung der Partei DIE LINKE*. Im Schwerpunktteil wirft *Benjamin Roth* Schlaglichter auf den Sozialabbau, der sich gerade und verstärkt ab 2024 Bahnbricht. *Christof Diefenbach* analysiert die Folgen der Inflation und beleuchtet die unterschätzten Schattenseiten des Preiskampfes. *Michael Jekel* stellt die aktuelle Kriegs- und Kürzungspolitik in den Kontext des tendenziellen Falls der Profitrate im Kapitalismus. *Yusuf Karaaslan* zeichnet das wirtschaftliche Aufstiegsmodell Deutschlands seit den Agenda-2010-Reformen nach und analysiert dessen Krise. *Alejandro Gomez-Laverde* berichtet über den Raubbau an Land und Ressourcen in Kolumbien als Beispiel für die Verlogenheit der „grünen“ Energiepolitik der Bundesregierung. Ferner erzählt *Herbert Storn* den Kampf gegen das versuchte Cross-Border-Leasing der Frankfurter U-Bahn nach – als Beispiel für einen gewonnenen Kampf gegen neoliberale Privatisierungspolitik.

Linke Sozialpolitik ist lokale Handarbeit vor Ort. In dieser Broschüre wurde ein *Bericht der SOS-Sprechstunde im Roten Laden Friedberg* dokumentiert, ferner *Werner Bischoffs* Untersuchungen zu und Bemühungen gegen soziale Verwerfungen in Reinheim. Auch ein *Bericht der Offenen Mietensprechstunde der LINKEN im Römer* wurde in die Dokumentation aufgenommen. Ferner wurde ein Bericht der Konferenz *Gegen den sozialen Krieg* festgehalten. Bilder der SOS-Sprechstunde im Roten Laden Friedberg, vormals Linke Hartz-4-Hilfe, veranschaulichen den sozialen Kampf in den Sozialberatungen.

Auch die marxistische Debatte in der LAG Linksrum wird fortgesetzt, mit Beiträgen von *Hajo Zeller* und *Siegfried Müller-Maige*.

Für Frieden und Soziale Sicherheit – mit Freude an der Debatte und Mut zu solidarischer Hilfe!

Frankfurt am Main, 30. September 2023, die Redaktion.

Herausgeber: LAG „Linksrum – für Frieden und soziale Sicherheit“ in DIE LINKE.Hessen

Redaktion: Benjamin Roth, Marina Stengel-John, Yusuf Karaaslan, Meike Jockers

Anschrift: Usagasse 26, 61169 Friedberg (Hessen)

Emailadresse: LAGFriedenSozial@web.de

Inhaltsverzeichnis:

1. Beiträge der LAG Linksrum (u.a.) zur aktuellen Debatte in der Partei DIE LINKE

1.1 Stellungnahme der LAG Linksrum zum LINKE-Parteivorstandsbeschluss vom 10. Juni 2023	-05-
1.2 Stellungnahme der LAG Linksrum zur Forderung eines LINKE-Parteikonvents	-07-
1.3 Interview mit Julian Eder zur Forderung eines LINKE-Parteikonvents	-08-
1.4 Stellungnahme der Kommunistischen Plattform Hessen zu Candeias' LINKE-Strategiepapier	-10-
1.5 Franzi Hildebrandt/Lukas Hof/Yusuf Karaaslan: Thesen zur Entwicklung der Partei DIE LINKE	-12-

2. Schwerpunktthema: Klassenkampf von oben – Sozialabbau im Wirtschaftskrieg

2.1 Benjamin Roth: Schlaglichter auf den Sozialabbau	-18-
2.2 Christof Diefenbach: Inflation – eines der vielen von der LINKEN verpassten Themen	-24-
2.3 Michael Jekel: Imperialistische Akkumulation	-29-
2.4 Yusuf Karaaslan: Deutschland – Vom Wohlstandsdieb zum kranken Mann Europas?	-33-
2.5 Alejandro Gomez-Laverde: Grüner Imperialismus – Energiewende in La Guajira Kolumbien	-41-
2.6 Herbert Storn: Vor 20 Jahren – Cross-Border-Leasing der Frankfurter U-Bahn verhindert	-45-

3. Berichte und Dokumente

3.1 Gabi Faulhaber: Bericht der SOS-Sprechstunde im Roten Laden Friedberg	-50-
3.2 „Zeitenwende gegen die arbeitende Bevölkerung“ - Ein Flugblatt der LINKEN Wetterau	-53-
3.3 Werner Bischoff: Soziale Verwerfungen in Reinheim	-55-
3.4 Eyup Yilmaz: Bericht der Offenen Mietensprechstunde der LINKEN im Römer	-60-
3.5 Gegen den sozialen Krieg – Dokumentation einer Konferenz vom 8.7.23	-62-

4. Marxistische Debatte in der LAG Linksrum

4.1 Hajo Zeller: Reaktion auf Müller-Maiges „Marxismus – Grundlagen linker Politik“	-65-
4.2 Siegfried Müller-Maige: Nachtrag zu „Marxismus – Grundlagen linker Politik“	-68-

5. Kontakte und die kommende Ausgabe der Publikation

-72-



Plakat anlässlich des 10jährigen Jubiläums der Linken Hartz-4-Hilfe Wetterau in Friedberg

Gegen die Spaltung – Für eine konsequente Friedenspolitik (12.06.23)

Spaltungspolitik im Gewand der Einheitsrhetorik? Mit dem Beschluss „Unserer Verantwortung gerecht werden: DIE LINKE als plurale sozialistische Partei erhalten!“ hat der Vorstand der Partei DIE LINKE am 09.06.2023 die Zusammenarbeit mit der bundesweit beliebtesten LINKE-Politikerin Sahra Wagenknecht weiter beschädigt. Wir weisen diese weitere innerparteiliche Eskalation zurück.

In ihrem Pressestatement vom 10.06.23 betonen die Parteivorsitzenden Janine Wissler und Martin Schirdewan, Minderheitenmeinungen würden akzeptiert, solange sie nicht Parteitagsbeschlüssen widersprechen. Doch seit dem 24.02.2022 werden Genossinnen und Genossen ausgegrenzt, die den russischen Angriff auf die Ukraine kontextualisieren und trotzdem an einer konsequenten Antikriegsposition festhalten. Die Parteiführung sieht, wo sie dies nicht selber befeuert, weg und lässt kriegstreibenden Positionen, die unvereinbar mit unserem Parteiprogramm sind, freie Bahn.

Abstand zu nehmen von konkurrierenden Parteiprojekten, ist prinzipiell richtig. Es braucht eine starke linke Partei, die diejenigen vertritt, die unter dem Sanktionsregime gegen Russland – den bedeutendsten Energielieferanten der Bundesrepublik – sowie unter der verheerenden Energiepolitik der Ampelregierung leiden. Solange die Partei DIE LINKE allerdings keine ernsthaften Bemühungen dafür zeigt, wird sie in Kriegszeiten den Ansprüchen an eine linke Partei nicht gerecht. Anstatt das NATO-Manöver Air Defender 2023 – das größte Luftwaffenmanöver in der Geschichte der NATO – zu kritisieren, streitet nun die Parteiführung mit jenen Abgeordneten, die dies noch tun.

Die Aufforderung an unsere Genossin Sahra Wagenknecht und ihr nahestehende Abgeordnete, ihr Mandat zurückzugeben, begreifen wir folglich auch als Kampfansage an uns, die wir die inhaltliche Arbeit von Wagenknecht und ihr nahestehenden Abgeordneten begrüßen, da sie das Parteiprogramm und Parteitagsbeschlüsse achten. Auch wir streiten weiter für jene konsequente Friedens- und Sozialpolitik, wie sie im Erfurter Programm steht.

Wissler und Schirdewan erklären, man sei sich bewusst, Vertrauen verspielt und Zustimmung verloren zu haben. Wir erwarten, dass der Parteivorstand gegenüber der Mitgliedschaft transparent macht, worin er die Ursachen des verspielten Vertrauens und der verlorenen Zustimmung sieht und wie man gedenkt, verlorene Wähler zurückzugewinnen. Die medienwirksame Propagierung eines selbstreferentiellen Vorstandsbeschlusses und selten zügige Mitgliederbriefe in einer Angelegenheit, die keinerlei Mobilisierung für kommende Kämpfe verspricht, werden das nicht tun.

Stattdessen sollte die Parteiführung in großem Maßstab zu Friedensprotesten – gegen Air Defender 2023, vor der Ramstein Air Base, zum Antikriegstag – mobilisieren. Dieselbe Leidenschaft für den Frieden wie für innerparteiliche Machtkämpfe – das würde unsere Partei voranbringen.

Gezeichnet, LAG „Linksrum – Für Frieden und Soziale Sicherheit“ der LINKEN in Hessen.

P.S. Die Positionierung des hessischen LINKE-Landesvorsitzenden Jakob Migenda gegen Sahra Wagenknecht irritiert uns. Hatte jener uns auf den letzten Parteitag doch den „hessischen Weg“, gewisse Konflikte (zumindest im Wahlkampf) nicht offen auszutragen, ans Herz gelegt. Nun verstößt er, mitten im Landtagswahlkampf, selber dagegen und attackiert Wagenknecht, folglich ihre Parteigänger und Wählerschaft. Wer so handelt, riskiert eine Wahlniederlage.

1.2 Stellungnahme der LAG Linksrum zur Forderung eines LINKE-Parteikonvents

Innerparteiliche Demokratie statt mediales Trauerspiel! Für den Parteikonvent (13.08.23)

Statement der LAG "Linksrum - Für Frieden und Soziale Sicherheit" in der LINKEN Hessen.

Wir befürworten einen Parteikonvent der LINKEN, wie unter anderem Sören Pellmann¹ und die Kommunistische Plattform² ihn gefordert haben.

Nur die Mobilisierung innerparteilicher Demokratie kann Klarheit bringen in den Konflikt der LINKEN. Der Weg, ihn massenmedial zur Schau zu stellen, degradiert die Parteibasis zu Zuschauern, schließt wertvolle und v.a. machtpolitisch unbefangene Sichtweisen aus und verdunkelt die Konfliktlinien: Krieg oder Frieden, Opposition oder Opportunismus, Klassenpolitik oder Milieupolitik.

Die Parteibasis ist klüger als ihre Funktionäre, weil näher an der Lebensrealität und ferner von den Irrungen und Wirrungen des neoliberalen Politikbetriebs. Das hat sie schon in der Strategiedebatte 2019 unter Beweis gestellt³. Diese Klugheit muss reaktiviert werden! Der Parteikonvent muss von einem innerparteilich offenen Debattenreader begleitet werden.

Ein solcher Konvent darf sich nicht auf Bundestagsfraktion, Bundes- und Landesvorstände beschränken. Er muss die Marginalisierten, Ausgegrenzten, Oppositionellen unter den Genoss/innen erreichen. Die Bundes- und Landesarbeitskreise, Kreisvorstände und Strömungszusammenschlüsse – letztlich alle Genoss/innen, die teilnehmen möchten – müssen einbezogen werden.

Verfehlt wäre es, ein vorab durchorchestriertes Funktionärsschaulaufen zu inszenieren. Statt Livestream und Twitter-Schlagzeilen im 5-Minutentakt brauchen wir eine innerparteilich vertrauliche Atmosphäre, statt Politphrase und Pressesprech brauchen wir ehrliche und klare Worte.

Eine Garantie, damit die Parteispaltung zu verhindern, gibt es nicht. Wir begrüßen die Initiative, es zu versuchen. In jedem Fall aber müssen sich die Streitenden über die konkreten Differenzen bewusster werden. Ob wir uns zusammenraufen oder nicht, wir bleiben in zentralen politischen Auseinandersetzungen aufeinander angewiesen. Ehrlichkeit, offene Interessenpolitik, Toleranz und Akzeptanz von begrenzten Übereinstimmungen können uns ruhiger und stärker machen.

Das wäre schon ein Gewinn für die nervlich aufgeriebene deutsche Linke. Denn der Klassenkampf wartet nicht auf uns.

1 <https://www.jungewelt.de/artikel/456735.spaltung-abwenden.html>

2 <https://kpf.die-linke.de/erklarungen/detail/die-partei-retten-vier-mindestbedingungen/>

3 https://strategiedebatte.die-linke.de/fileadmin/1_Partei/Veranstaltungen/strategiedebatte2020/Reader/Reader_Strategiedebatte2020.pdf

1.3 Interview mit Julian Eder zur Forderung eines LINKE-Parteikonvents

»Das hier ist die gezielte Zerstörung der Partei«

Über die Krise von Die Linke, die Schwäche des linken Flügels und das Projekt des Parteivorstandes.
Ein Gespräch mit Julian Eder. Interview: Nico Popp

Wie beurteilen Sie die Lage der Partei nach dem angekündigten Rückzug der gesamten Fraktionsspitze?

Es ist täglich weniger klar, wie es weitergeht. Bei der aktuellen Dynamik kann der angekündigte Parteikonvent schon so etwas wie die letzte Chance sein, eine Spaltung zu verhindern. Für uns ist klar, dass jetzt diejenigen, die keine Spaltung wollen, den Mund aufmachen müssen. Man muss sich den tatsächlichen Spaltern entgegenstellen und nicht immer nur mit Äquidistanz Aufrufe produzieren, dass jetzt mal alle aufhören sollen, sich zu streiten.

Interessant ist, dass die Idee des Parteikonvents sofort wieder mit Forderungen gekontert wird, jetzt endlich ohne den Wagenknecht-Flügel zu planen.

Diese Leute wollen diesen Konvent nicht oder wollen ihn allenfalls als Tribunal, das die Spaltung endgültig macht. Man muss sich klarmachen, dass es Akteure in der Partei gibt, die diese Spaltung seit Jahren vorbereiten. Dazu zähle ich auch den ehemaligen Parteichef Bernd Riexinger, der sich ja gerade wieder zu Wort gemeldet hat. Seit 2021 wurde das Projekt forciert. Und jetzt wollen die Schluss machen mit der Partei, wie sie bisher existiert hat. Das »progressive« Netzwerk hat sich allein zu diesem Zweck gegründet. Dazu gehört auch, dass nach Kräften versucht wird, den Vorwurf der vorsätzlichen Spaltung ausschließlich gegen das Wagenknecht-Lager zu richten. Aber diese Leute demaskieren sich mehr und mehr, weil sie jetzt alle Initiativen bekämpfen, die Partei doch noch zusammenzuhalten.

Was kann denn dieser Parteikonvent noch retten, wenn man davon ausgehen muss, dass bei zahlreichen potentiellen Teilnehmern keinerlei Bereitschaft vorhanden ist, sich zu verständigen?

Es kommt jetzt einfach darauf an, was die Teile der Partei machen, die sich die ganze Zeit aus diesen Auseinandersetzungen herausgehalten haben. Man muss deutlich machen, dass die Partei zu nichts mehr zu gebrauchen ist, wenn sich die Befürworter von Waffenlieferungen, von NATO und EU durchsetzen. Es muss auch begriffen werden, dass durch eine Spaltung die Bedeutungslosigkeit droht. Diese Teile der Basis müssen diesen Leuten entgegentreten und sie auf offener Bühne auffordern, mit der Zerstörung der Partei aufzuhören. Es handelt sich hier ja strenggenommen nicht um eine Spaltung, die sich politisch entwickelt. Das hier ist die gezielte Zerstörung der Partei durch einen Teil des Apparats. Diejenigen, die das betreiben, haben auch einen Begriff dafür: disruptive Neugründung.

Müsste man in dieser zugespitzten Situation denn nicht überlegen, Zusammenkünfte zu organisieren, die unabhängig von der Regie des Apparats und des Parteivorstands stattfinden?

Es ist leider so, dass es keine schlagkräftige bundesweite Vernetzung von Genossinnen und Genossen gibt, die diese Spaltung verhindern wollen und dafür einen eigenen inhaltlichen Ansatz entwickeln. Vielleicht reicht die Kraft, um durchzusetzen, dass an dem geplanten Konvent die Basis

sichtbar beteiligt wird. Wir sind aber nicht wirklich in der Lage, diesem Putsch von oben wirklichen Widerstand entgegenzusetzen. Das hat sich zum Beispiel bei der Präsentation der Spitzenkandidatur für die Europawahl gezeigt. Da wird de facto eine Entscheidung des Parteitages vorweggenommen und nebenbei der Bundesausschuss ausgebootet. Und die ziehen das eben durch.

Im Frühjahr gab es verstärkte Bestrebungen, eine bessere Vernetzung linker oppositioneller Zusammenschlüsse herbeizuführen. Zuletzt hatte ich den Eindruck, dass diese Aktivität wieder nachgelassen hat. Oder täuscht das?

Wir sind in den vergangenen Monaten schon ein bisschen vorangekommen. Aber es ist alles sehr mühsam. Die Partei hatte nie einen richtigen linken Flügel, nur einzelne linke Zusammenschlüsse. Und in so einer Situation wie der jetzigen kann man den leider auch nicht einfach herbeizaubern.

Welche Ziele verfolgt Ihrer Ansicht nach die Mehrheit im Parteivorstand?

Die Floskel, die dort benutzt wird, lautet »moderne Gerechtigkeitspartei«. Mittel- und langfristig geht es darum, die im weitesten Sinne alternativen, kleinbürgerlichen, zum Teil aktivistischen Milieus in den größeren Städten an die Partei heranzuziehen. Also Leute, die überwiegend wirtschaftlich abgesichert sind, denen die ohne Probleme mit der CDU koalierenden Grünen aber zu staatstragend geworden sind. Sozial gibt es da Überschneidungen mit vielen Leuten, die ihren Lebensunterhalt bei der Linkspartei, bei den Fraktionen oder der Rosa-Luxemburg-Stiftung verdienen. Man will für diesen Teil des Kleinbürgertums gewissermaßen die Rolle spielen, die früher die Grünen gespielt haben. Und deshalb versucht man auch alles, um den Wagenknecht-Flügel loszuwerden. Wagenknecht ist mit ihrer Orientierung auf die sogenannten kleinen Leute in diesem grün-alternativ-liberalen Milieu regelrecht verhasst. Dieser Flügel ist auch außen- und friedenspolitisch im Weg, denn dieses Milieu hat kein grundsätzliches Problem mit der EU und mit der NATO, im Gegenteil. Das Funktionärs- und Stiftungsmilieu wiederum denkt sich, dass, wenn Wagenknecht weg ist, noch mehr Posten, Regierungsbeteiligungen und so weiter drin sind. Es geht letztlich um die vollständige Integration in das politische System der Bundesrepublik. Und zumindest in den Metropolen und Stadtstaaten gibt es, wie man in Berlin und Bremen sieht, ja durchaus eine ins Gewicht fallende Basis für ein solches Projekt. Aber das ist eben nicht mehr die Arbeiterklasse.

Wie sieht es im hessischen Landesverband ein paar Wochen vor der Landtagswahl aus?

Auch hier werden wir von diesen Auseinandersetzungen überrollt. Der Wahlkampf ist nicht einfach, weil sich viele Genossen zurückziehen. Sie denken sich, wenn der Parteivorstand mir sagt, dass die Strömung, der ich mich zugehörig fühle, in dieser Partei keine Zukunft mehr hat, dann mache ich auch keinen Wahlkampf mehr. Als Zusammenschluss werden wir vorerst noch toleriert, bei Kritik wird abgewiegelt. Darüber, wie es nach dem 8. Oktober mit einer dann möglicherweise noch vorhandenen Rest-Linken weitergeht, will im Moment noch niemand nachdenken.

Julian Eder ist Sprecher der LAG »Linksrum« im hessischen Landesverband von Die Linke

<https://www.jungewelt.de/artikel/457193.niedergang-der-linkspartei-das-hier-ist-die-gezielte-zerstörung-der-partei.html>

1.4 Stellungnahme der Kommunistischen Plattform Hessen zu Candeias' LINKE-Strategiepapier

Stellungnahme der Kommunistischen Plattform Hessen zu 15 Thesen von Mario Candeias warum es gerade jetzt einen Neustart der LINKEN braucht

Während der Landeskonzferenz der KPF Hessen wurde nach einer ausführlichen Diskussion über die 15 Thesen der Beschluss gefasst, dass dieses Papier nicht unkommentiert einfach nur zur Kenntnis genommen werden kann, sondern unser Entsetzen darüber beispielhaft an nur drei Punkten (1, 14 und 15) des Papiers zum Ausdruck gebracht werden muss. Eine ausführlichere Stellungnahme zu den Thesen ist hier zu finden: <https://www.nd-aktuell.de/artikel/1175328.linke-debatte-partei-die-linke-drei-gespenster-gehen-um.html> (M. Brie, I. Schwerdtner)

Als erste grundsätzliche Vorbemerkung haben wir festgestellt, dass das Papier, voll mit Anglizismen und verschwurbelten/ verschleiern Textpassagen wohl kaum dazu geeignet ist, dass sich weder die Mitglieder der Parteibasis noch interessierte Wählerinnen und Wähler damit auseinandersetzen. Es scheint uns sogar, dass dies auch nicht gewünscht ist, sondern dass Texte dieser Art von abgehoben intellektueller Seite eher als eine „Blaupause“ für programmatische Veränderungen durch den Parteivorstand ohne Diskussionen mit der Basis und anderen Parteigremien dienen sollen. Klare, verständliche Sprache ist doch angesagt, wenn man die Parteibasis auf einen Weg zu Überlegungen, warum nun ein Neustart notwendig sei, mitnehmen will. Insbesondere dann, wenn dieser Text als eine Handreichung für ein Vierteljahrhundert einer neuen Entwicklungsepoche dienen soll, und zwar als eine Grundlage, die angeblich neuen Bedingungen für ein neues Projekt von links aufzugreifen.

Zu der 1. dieser Thesen können wir nur fragen: Wann haben Menschen mit einem antikapitalistischen, antirassistischen, antimilitaristischen und internationalistischen Weltbild denn jemals in einer so offenen gesellschaftlichen Situation ohne umkämpfte Entwicklungspfade gelebt? Immer waren und sind Entwicklungspfade umkämpft. Etwa die, auf deren Grundlage **unser Parteiprogramm**, vom Autor mit keinem Wort erwähnt, entstanden ist, oder nur die, die als Grundlage für Regierungsbeteiligungen im Bund oder der Europaebene dienen sollen? Oder meint Candeias mit umkämpften Entwicklungspfaden etwa den Zugang zu neuen Wählerschichten, neuen Mitgliedern der Partei, die von einem Klassenbewusstsein, begründet durch Marx, Engels, Luxemburg, um hier nur einige Klassiker zu nennen, nur wenig bis noch nie etwas gehört haben?

Das hier als hegemonialer Entwicklungspfad herbei fantasierte krisenhafte Projekt mit den „Varieties of Green Capitalism“ habe alle Weltregionen erfasst und könne ein Vierteljahrhundert andauern. Angeblich sollen durch grüne Modernisierung langfristige profitable Anlagemöglichkeiten entstehen, was für alle bedeutenden konkurrierenden Staaten/ Blöcke gelten soll. Dabei ist nicht etwa die Gefahr der Katastrophe eines 3. Weltkriegs, sondern die Klima- und Umweltkatastrophe angeblich das größte und langfristige Hauptproblem.

Es sprechen mehr Ereignisse für eine Kontinuität mit wachsendem Hunger, Verarmung und Ausbeutung, mehr (Bürger-)Kriegen, Gewalt, Hochrüstung und dadurch erzwungener Migration als für eine neue Entwicklungsepoche mit verschiedenen konkurrierenden „grünen“ Empires/Blöcken. Als Beleg für eine Kontinuität seien hier die Erfahrungen mit gescheiterten Regierungsbeteiligungen die von SPD-Mitgliedern hintertriebenen R2G- Projekte 2008 in Hessen und 2023 in Berlin genannt.

Soll danach wirklich Hoffnung auf Wähler/Gestaltungsräume links von SPD und Grünen gesetzt werden? Sollen wirklich alle irgendwie linken Unzufriedenen sich in Soli-Projekten engagieren um wieder politisch Mut zu fassen?

Ein solches defensives Verhalten ist aber keineswegs zukunftsweisend.

Wir bestreiten den Beginn einer so neuen Entwicklungsepoche nach einem krisenbehafteten Interregnum, in dem erstmals neue gesellschaftliche Spaltungslinien entstanden sein sollen und just ab dem Jahr der Verabschiedung unseres Erfurter Parteiprogramms zur permanenten Umformung des Parteiensystems führten. Damit entfällt für uns die so herbeigeredete Notwendigkeit des Neustarts „auf der Höhe der gesellschaftlichen Situation“ (was für ein Geschwurbel!)

Ohne das sogenannte „linkskonservative Spektrum“ um Genossin Wagenknecht, auch ohne uns Genossinnen und Genossen der Kommunistischen Plattform und anderer linker Friedensaktivisten wird es keine tragfähige **neue** Partei DIE LINKE geben.

Wir wollen eine, bisher immer wieder von Parteivorsitzenden verweigerte, ernsthafte Analyse, wie es zum gegenwärtigen Tiefpunkt unserer Partei gekommen ist. Diese Diskussion muss unter Einbeziehung der Parteibasis und der satzungsgemäß verantwortlichen Gremien geführt werden.

Eine Chance für einen gemeinsamen Neuanfang wäre auch dann möglich, wenn auf der Grundlage eines klassentheoretischen Standpunkts und des **Parteiprogramms** die Debatte um das Europawahlprogramm genutzt wird, sich über die grundsätzlichen Fragen zu Frieden, internationaler Solidarität, sozialer Sicherheit und Klimapolitik zu verständigen, danach dann die satzungsgemäß vom Bundesausschuss vorgeschlagenen Kandidaten benannt werden.

Ein solches Vorgehen wäre für uns ein Zeichen, dass der Parteivorstand konstruktiv daran arbeitet, die Partei zusammenzuhalten und sich nicht ständig von medial verbreiteten, außerhalb der Partei stehenden Meinungsäußerungen treiben lässt.

Auch sind wir zunehmend irritiert, wie wissenschaftliche Beiträge der Rosa-Luxemburg-Stiftung dazu missbraucht werden, eine Spaltung und Ausgrenzung des „linken Flügels“ der Partei und damit von kommunistischen Positionen vorzubereiten.

LandessprecherInnenrat KPF Hessen

1.5 Franzi Hildebrandt/Lukas Hof/Yusuf Karaaslan: Thesen zur Entwicklung der Partei DIE LINKE

Angesichts der immensen Herausforderung einer sozialistischen Überwindung der tiefen globalen Kapitalismus- und Imperialismuskrisen brauchen wir als LINKE eine Reflexion unserer Wurzeln für eine Entwicklung nach vorne. Aus der Geschichte wissen wir, dass der solidarische Zusammenschluss aller demokratischen, sozial progressiven und zivil kämpferischen Kräfte von hoher Bedeutung ist. Wir kämpfen für die Revitalisierung der LINKEN als oppositionelle, kämpferische und sozialistische Kraft in gesellschaftlichen Auseinandersetzungen, für Frieden, sozial-ökologische Wende und Antifaschismus in Einheit. Statt bloß einer Wahlstrategie brauchen wir eine aufweckende und organisierende Gesellschaftsstrategie. Gesellschaftspolitische Herausforderungen lösen wir nicht durch Rausdrängen weltanschaulich differenter Positionen, nicht durch Spaltung, und auch nicht durch Aufweichung sozialistischer Positionen – gesellschaftspolitische Herausforderungen lösen wir in Diskussion und Aktivität zur Verbesserung unserer Lage:

„Die Potenziale der LINKEN liegen in den Fähigkeiten ihrer Mitglieder, ihrer gesellschaftlichen Verankerung und Lebenserfahrung. [...] DIE LINKE entwickelt ihre Politik im engen Zusammenwirken von gewählten Führungsgremien und Mitgliedern in basisdemokratischer Verankerung. Pluralismus und Transparenz sind tragende Säulen unserer Partei.“

(Programm der Partei DIE LINKE, 2011, S. 76f.)

Geschichte und Verantwortung der LINKEN

Historische Entwicklungen werden durch das Eingreifen der Massen bestimmt – im besten Falle bewusst, planmäßig und auf lange Sicht. Denn so kann das kapitalistische System, seine Profiteure und Regierungen durch ein Gesellschaftssystem ersetzt werden, in dem sich die gesellschaftlichen Potentiale des Menschen voll und in Einklang mit der natürlichen Umwelt entfalten. In Gegnerschaft zur Kapitaloffensive vom „Ende der Geschichte“ formierte sich in diesem Sinne in den 1990er und 2000er Jahren die LINKE als parteiförmiger Ausdruck und oppositionelles Bündnis. In einer langen Linie reichen die Wurzeln u.a. zur historischen SPD, KPD, USPD, SED, DKP, den Grünen, der westdeutschen Studierendenbewegung, Antifa-Organisationen, Ökologiebewegung, Friedensbewegung, Frauen-Bewegung, der Antiglobalisierungsbewegung und den Gewerkschaften zurück. DIE LINKE ist die Zusammenarbeit dieser unterschiedlichen Akteure, wie es sie in Westdeutschland seit den 1950er Jahren nicht mehr gegeben hatte, und führt die Auseinandersetzung um den Sozialismus, auch in Ostdeutschland nach dem Anschluss der DDR an die BRD, fort. Sie ist Ort der Organisierung, Perspektivbildung und Gegnerschaft zum neoliberalen Gang und Gäbe. Wir brauchen diese sozialistische Partei – jetzt erst recht!

DIE LINKE als Lern- und Planungsort der 99%

Gesellschaftlich trifft die Partei DIE LINKE derzeit auf eine Krise der Ökonomie, des Herrschaftssystems und einer Krise des Bewusstseins breiter Teile der Bevölkerung – eine tiefgreifende Kapitalismuskrisis – eigentlich die Zeit von solidarischen, linken Alternativen. Denn eine positive Weltanschauung, die eine Alternative für heute und morgen bereithält, die nicht aus Krieg, Verelendung und ökologischer Katastrophe besteht, kann nur von Links kommen. Um eine solche Alternative zu sein, muss die LINKE ihre Aktivitäten gesellschaftspolitisch wesentlich verstärken.

Wahlen und Parlamente sind kein Selbstzweck, Mitgliedergewinn ist kein Selbstzweck, sie sind nur dann sinnvoll, wenn sie inhaltlich fundiert die Auseinandersetzung mit den Herrschenden vertiefen und dabei breitere Bevölkerungsteile mit einbeziehen. Denn es geht darum, *„daß die Umstände von den Menschen verändert und der Erzieher selbst erzogen werden muß. (...) Das Zusammenfallen des Ändern[s] der Umstände und der menschlichen Tätigkeit oder Selbstveränderung kann nur als revolutionäre Praxis gefaßt und rationell verstanden werden.“* (Karl Marx, Thesen über Feuerbach, 1845)

Eine erfolgreiche gesellschaftliche Oppositionsbewegung zeichnet sich durch eine aktive Basisbeteiligung, kulturelle Widerständigkeit im Partei- und Parlamentsleben aus – im Bewusstsein und Widerspruch zu Integrationsversuchen in den bürgerlichen Parlamentsbetrieb. DIE LINKE muss „Meinungsbildungszentrum und Führungsstab der Arbeitnehmer in ihrem politisch-sozialen Gegensatz zum Finanzkapital“ (W. Abendroth) sein. Deswegen setzen wir auf Bildungs-, Diskussions-, und Kulturveranstaltungen zur Qualifizierung und politische Aktivität zur Verbesserung der Lebens- und Kampfbedingungen aller – gerade auch raus aus dem Long-Lockdown. Partei der 99% zu sein, heißt, als alle Unterdrückten gemeinsam zu kämpfen. Das bedeutet weg von der Fixierung auf Parlamentssitze und Regierungssessel hin zur Demokratisierung einer streitbaren, aufklärenden und organisierenden Parteikultur, um gemeinsam wirksam zu werden. Wir wollen anecken und anders sein!

Die Arbeiter:innenklasse als revolutionäres Subjekt und die Analyse einer antagonistischen Klassenstruktur sind Realität. Die Aufteilungen in Milieus mit Konsum- und Lebenseinstellungen seitens der bürgerlichen Psychologie verschleiert objektive soziale Interessensgegensätze und Organisierungsmöglichkeiten für die reale „Verfügungsgewalt über die Kommandohöhen der Gesellschaft“ (W. Abendroth) und verkennt die Monopolisierungsentwicklung auf ökonomischer Seite sowie die fortschreitende Proletarisierung. Dazu gehört auch, die Wähler:innen der AfD nicht im Gesamten als “verloren” abzuschreiben, sondern all jene, die durch den gravierenden Sozialabbau und die kulturelle Entwürdigung der letzten Jahrzehnte frustriert sind, mit einer solidarischen, verbindenden Perspektive herauszufordern.

Statt nur auf Bewegungen zuzugehen oder deren Sprachrohr zu sein, muss DIE LINKE selbst mit all ihren Gliederungen in Bewegung geraten für Frieden, Antifaschismus und eine sozial-ökologische Wende. Ein aktives Parteileben kann alle Mitglieder dazu anregen und demokratisch befähigen, in den eigenen Lebensschwerpunkten für Sozialismus einzutreten. In Schule, Uni, Betrieb oder Vereinen und Verbänden – es braucht den Kampf um diese Orte von uns allen, um gesellschaftlich zu überzeugen. Wirksamkeit kann die Partei DIE LINKE nur entfalten, wenn ihre Mitglieder die eigenen Lebensinteressen in ihren Lebensschwerpunkten vertreten. Damit ist Politik das ureigenste Interesse der menschlichen Existenz nach gesellschaftlicher Teilhabe und Handlungsfähigkeit (Holzkamp).

Für uns als Studierendenverband ist DIE LINKE ein Bündnispartner, denn in ihr kommen unsere sozialen Interessen (BaföG, Studiwohnheime etc.), unser Ausbildungsinteresse (Wissenschaft in gesellschaftlicher Verantwortung) und eine Demokratisierung des Wissenschaftsbetriebs zusammen mit den Interessen anderer Teile der Arbeiter:innenklasse.

Als Partei sind dabei vor allem drei gesellschaftliche Konflikte in den Gliederungen der Partei zu diskutieren und praktisch vom Lebensschwerpunkt aus sowie kollektiv als die LINKE anzugehen.

1. Frieden

Die LINKE ist entschiedene Kriegsgegnerin, wir sind gegen den Krieg Russlands in der Ukraine und gegen alle Kriege. Die Bevölkerung und Regierung in der BRD hat aus der deutschen Geschichte eine besondere Verantwortung, diplomatische Verständigung zu ermöglichen, wie es das Friedensgebot und Gewaltverbot der UN-Charta und das Grundgesetz unmissverständlich verlangen. In Verbindung mit Schritten wechselseitiger Deeskalation müssen Waffenlieferungen sofort eingestellt werden – jede Waffe verlängert den Krieg. Wir wissen, dass kriegerische Expansion mit Profitstreben und Kapitalakkumulation zusammenhängt, und kämpfen deswegen, insbesondere in den westlichen kapitalistischen Zentren, für Abrüstung und Demokratisierung, auch der Wirtschaft. Wir wenden uns gegen den von hier aus betriebenen Wirtschaftskrieg der NATO-Staaten gegen Russland, China, Kuba etc. Die wirtschaftskriegerische Sanktionspolitik trifft nur die Unterklassen weltweit. Sanktionen durch Klassenkampfrhetorik gegen „russische Oligarchen“ umetikettieren zu wollen, lehnen wir als Versuch ab, DIE LINKE in die deutsche/amerikanische Staatsräson einzubinden. Denn bereits Karl Liebknecht wusste: *„Würden die deutschen Sozialisten z.B. die englische Regierung und die englischen Sozialisten z.B. die deutsche Regierung bekämpfen, so wäre das eine Farce oder Schlimmeres... Eine solche Sorte Politik ist Kriegshetzerei und nicht Klassenkampf, sondern das Gegenteil davon.“*⁴

Wir sind Teil der internationalen Bemühungen um Frieden, ob aus Brasilien, dem Vatikan, China oder (Süd-)Afrika. Frieden in der Ukraine und weltweit kann gewonnen werden, wenn die Souveränität und Gleichberechtigung eines jeden Staates, ohne Ansehen seiner Größe, seiner wirtschaftlichen Macht oder seines politischen Systems, mit dem Zweck respektiert werden, ein menschenwürdiges Leben überall auf der Welt zu schaffen. Statt Feindbilder, Vorurteile und Ressentiments zu schüren, braucht es Rationalität, Verstehen und Verständigung in der Weltgemeinschaft. Dafür kämpfen wir!

Für uns Studierende als Teil der arbeitenden Klasse werden die Kriegsfolgen gleich an mehreren Punkten überdeutlich und betreffen unsere Interessen. Der vor dem Beschluss stehende Kriegshaushalt mit Sozialabbau, Bafög-Kürzung, Einschränkung der Ausgaben für Wohnen und Mobilität verschlechtert die soziale Lage der Studierenden noch einmal. Aber auch der militaristische Umbau der Universitäten wird immer lauter gefordert. Die Erkenntnisse der Friedenswissenschaft – wie internationale Kooperation, Diplomatie und Deeskalation – sind gegen die Zeitendwende-Politik der Herrschenden⁵ als Zivilklauselbewegung im Bündnis heute erst recht durchzusetzen. Wir haben es in der Hand!

2. Sozial-Ökologische-Wende

Nie waren die gesellschaftlich geschaffenen Reichtümer so groß wie heute - nie war ein auskömmliches Leben für alle so machbar. Kein Mensch müsste heute mehr hungern, Angst vor dem Verlust der Wohnung, der Kostensteigerung oder dem Verlust der natürlichen Lebensgrundlage haben. Eine LINKE muss es zu ihrer Hauptaufgabe machen diese gesellschaftlich geschaffenen Reichtümer zum Wohl der Mehrheit einzusetzen und damit die freie und volle

4 Das Zuchthausurteil gegen Karl Liebknecht, Wörtliche Wiedergabe der Prozessakten, Urteile und Eingaben Liebknechts, in: Karl Liebknecht, Gesammelte Reden und Schriften Bd. IX, 2. Aufl. Berlin 1971, S. 17.

5 <https://www.faz.net/aktuell/politik/inland/stark-watzinger-wir-muessen-unsere-forschung-vor-china-schuetzen-19116350.html>

Entwicklung des Einzelnen untrennbar mit der Freiheit aller zu verknüpfen.

Während der Coronapandemie wurde deutlich, welche (staatlichen) Ressourcen mobilisiert werden können, um ökonomische Prozesse zu lenken. Gleichzeitig wurden die kollektiven und kooperativen Möglichkeiten des Zusammenwirkens eingeschränkt und das neoliberale Dogma vertreten, „dass sich alle möglichst selbst die nächsten sein sollten“, um „gut durch die Krise zu kommen“. Die Ideologie der Einzelkämpfer:innen hemmt noch heute soziales Zusammenwirken für die kollektive Verfügung über den gesellschaftlichen Reichtum. Die derzeitige Austeritätspolitik will als Klassenkampf von Oben⁶ die während der Pandemie deutlich gewordene Steuerungsfähigkeit des Staates von rechts restaurieren. Kurz gesagt, wir – die Bevölkerung – sollen nicht auf den Gedanken kommen, die Mittel der Gesellschaft für unser Wohl und den sozialökologischen Fortschritt weltweit einzusetzen. Die bestehenden Ansprüche auf ein auskömmlich finanziertes Bildungswesen, Gesundheitswesen, Verkehrswesen, nach Arbeitszeitverkürzung und geplantem Ressourcengebrauch sind gegen den Kriegshaushalt zu erweitern, zu organisieren und durchzusetzen. Damit streiten wir für die Verwirklichung des sozialen Rechtsstaates, was bedeutet, dass wir nicht nur für die Einhaltung demokratischer Verfahren, sondern auch um die Grundlagen demokratischer Beteiligung (soziale Sicherheit, Zeit und Möglichkeiten der gesellschaftlichen Teilhabe, emanzipatorische Bildungs-, Kultur-, Sozial- und Gesundheitseinrichtungen) streiten, auch weil es die Grundlage im Kampf gegen die extreme Rechte bildet.

Als SDS müssen wir, von unserem Lebensschwerpunkt aus, diese sozialen Ansprüche erkämpfen und das Bündnis mit jenen in der Partei die LINKE suchen und weitere dazu ermutigen, soziale Ansprüche in Stadtteilen, in Vereinen, Verbänden, im Betrieb, in der Gewerkschaft zu vertreten. In regionalen und überregionalen Zusammenhängen bauen wir Bündnisse für das bedürfnisorientierte Leben und gegen den sozialen Kahlschlag, die Ausdruck in Sozialprotesten und Gremieninitiativen (Hochschulgremien, Stadt- Land- Bundesparlamente, Betriebsräten, Gewerkschaften etc.) finden. Dabei nutzen wir die Möglichkeiten unseres Lebensschwerpunkts, um dem Kriegshaushalt eine positive Alternative entgegenzusetzen, soziale Öffnung der Universität, BAföG für alle, Wohnraumgarantie und Ausrichtung der Wissenschaft an den Interessen und Bedürfnissen der Mehrheit, worunter auch die Erforschung eines veränderten Verhältnisses zur Natur fällt. Die Auseinandersetzungen wollen wir eng mit den Bündnisgenoss:innen der Partei die LINKE beraten und gemeinsam auf eine qualitativ höhere Ebene bringen.

3. Antifaschismus

Die AfD ist weder Alternative noch Opposition, sondern Lüge, Demagogie und der rohe Ausdruck verrohter bürgerlicher Verhältnisse, die sie bis aufs Messer verteidigt und deren Brandbeschleuniger sie gleichzeitig ist. Sie spielt Opposition, um wirkliche gesellschaftliche Opposition für Frieden und soziale Verbesserungen zu verhindern. Wenn die AfD von Frieden spricht, meint sie Krieg: nach innen durch autoritären Staatsumbau mit Entdemokratisierung, Sozialabbau und Aufrüstung und nach außen militärisch.

Wir werden nicht nachlassen, bis ihr und allen anderen Kräften der extremen Rechten die Grundlagen der politischen Existenz entzogen sind! Diese Grundlagen waren historisch eine ökonomische Krise und deren Bearbeitung durch Austerität, im Dienste der Groß- und

⁶ <https://jacobin.de/artikel/austeritaet-ist-klassenkampf-von-oben-sparpolitik-inflation-christian-lindner-lars-feld-clara-matei-maximilian-hauser>

Rüstungskonzerne, die Zurückdrängung der sozialen und demokratischen Ansprüche der Bevölkerung und eine militaristische Stimmungsmache zur Vorbereitung eines Krieges. Als gesellschaftliche Linke reicht es nicht, auf eine Tabuisierung der AfD zu setzen, die Verhältnisse, welche die AfD stark machen, müssen zum Tabu werden. Eine Qualifizierung der bisherigen Empörung braucht die Erkenntnis: Krieg, Militarismus, Antidemokratismus, Ausgrenzung und sozialer Kahlschlag machen die AfD und andere rechtsextreme stark. Es ist diese Politik, welche von der Ampelkoalition mit vorangetrieben wird.

Aus den Erfahrungen der Geschichte des deutschen Monopolkapitals und seiner politischen Machenschaften mit dem Faschismus ist das Sozialstaatsgebot in Kombination mit der Kontroll- und Sozialisierungsmöglichkeit (Art. 14 Abs. 2 und Art. 15 GG) sowie dem Recht auf Gewerkschaften (Art. 9 GG) gefasst worden. Das ist heute zum Inhalt der sozialen Kämpfe zu machen. Das heißt: Sozialstaat mit massiven Investitionen ausbauen in Verbindung mit Demonopolisierung und Demokratisierung der Wirtschaft, Hartz IV-Regime als Entmündigung per Gesetz abschaffen, sowie konsequent abrüsten und die Bundeswehr abbauen.

Als Studierendenverband setzen wir uns im oben genannten Sinne für Frieden und eine sozio-ökologische Wende ein und treten aktiv für antifaschistische Gedenkkultur ein. Die Lehren des Faschismus erfordern allenorten eine widerständige Alltagskultur, die das antifaschistische Erbe wachhält und die demokratischen Möglichkeiten offen ausspricht.

„Nur wenn sie [die Partei] immer wieder durch ihr praktisches Handeln die Erfahrung neu entstehen läßt, daß die Gesamtinteressen der Sozialschicht der Arbeitnehmer mit den Interessen der Gesamtgesellschaft an ihrer friedlichen Fortentwicklung zusammenfallen, aber im Gegensatz zu den Sonderinteressen der gegenwärtigen Träger der ökonomischen Macht [...], kann sie auf die so genannten Mittelschichten erfolgreich einwirken“⁷

Vor diesem Hintergrund setzen wir uns für die Entwicklung in der LINKEN ein für...

... eine Strategiekonferenz zu Frieden, Antifaschismus und sozial-ökologischer Wende.

... Wahlkämpfe als Zeit erhöhter politischer Aufmerksamkeit für die Involvierung von Mitstreiter:innen zu nutzen.

... die Bildung gesellschaftspolitischer Bündnisse für grundlegende Reformschritte.

... den Kopf nicht im Sand, sondern dafür, Sand ins Getriebe zu streuen.

⁷ Wolfgang Abendroth, Die Chancen der deutschen Sozialdemokratie nach dem 15. September 1957, S.81. In: Abendroth, 1972: Antagonistische Gesellschaft und Politische Demokratie. Aufsätze zur politischen Soziologie, 2. Auflage, Neuwied/Berlin.



Linke Sozialpolitik bleibt kleinteilige Handarbeit: Szene beim gemeinsamen Ausfüllen von Anträgen in der Sprechstunde der Linken Hartz-4-Hilfe Wetterau, heute SOS-Sprechstunde Wetterau

2.1 Benjamin Roth: Schlaglichter auf den Sozialabbau

Sozialabbau – viele kleine Angriffe auf die (lohn)abhängige Bevölkerung

Klassenkampf ist der Konflikt um Herstellung, Aneignung, Verteilung und Verbrauch von Ressourcen – zwischen sozialen Gruppen, die unterschiedliche Stellungen in der Gesellschaft einnehmen. Das vollzog sich früher noch sehr direkt: Über Raub, Plünderung, Versklavung und Mord. Mit der bürgerlichen Gesellschaft geschieht das nicht mehr so offensichtlich. Die allermeisten Menschen – schon vor ihrer Geburt eigener Besitztümer (weitestgehend) beraubt – müssen ihre Arbeitskraft verkaufen an Unternehmer, die ihnen dafür Lohn zahlen, welcher geringer ist als ihre erbrachte Arbeitsleistung. Der Mehrwert bleibt beim "Arbeitgeber". Der moderne Sozialstaat ist eine Reaktion auf diese Ausbeutung der breiten Bevölkerung – und auf die daraus folgende Verelendung und den Widerstand der Massen. Sozialkassen wurden eingerichtet, essentielle Güter (wie Verkehr, Gesundheit und Bildung) verstaatlicht. Das sicherte viele Menschen ab, brachte sie aber auch in Abhängigkeit vom Staat. Nicht wenige Menschen verlernten, für sich und andere einzustehen.

Sozialabbau beschreibt nun eine besondere Form des Klassenkampfes. Die Sozialkassen werden geschröpft (und teilprivatisiert), öffentliche Güter privatisiert und alte Schutzregelungen zugunsten der (lohn)abhängigen Bevölkerung beseitigt. Wenn Gerichtsvollzieher eine Wohnung pfänden, erinnert das schon an die alten Raubüberfälle zorniger Feudalherren. Die Annahme von prekärer und menschenunwürdiger Leiharbeit, um Bürgergeld-Sanktionen zu entgehen, trägt sklavische Züge. Und die Marodierung des Schienennetzes, die Schließung von massenweise Kliniken und die Überlastung an den Schulen zieht letzten Endes tatsächlich einige Tote nach sich.

Es passiert an vielen Stellen; kleinere und größere Maßnahmen zum Abbau der öffentlichen Daseinsvorsorge, welche die breite Bevölkerung schwächen – während die Wohlhabenden, Großgrundbesitzenden und ihre reichbezahlten Manager sich mit privater Vorsorge problemlos über Wasser halten oder sogar am Ausverkauf bereichern. DIE LINKE legt hier keine gebündelte Analyse vor. Wo werden wir, die breiten Massen, gerade überall angegriffen? Und wie – mit welchen Mitteln, hinter welchen Worten verborgen? Wer zahlt die Rechnung, wie hoch ist sie am Ende? Diese Fragen sind nur fragmentarisch beantwortet. An vielen Stellen arbeiten linke und LINKE-Leute zu diesen Fragen, helfen den Betroffenen und kämpfen gegen die Verelendung. Aber es liegt der Mitgliederbasis der LINKEN kein Kompendium vor, keine Gesamtübersicht, kein großer Schlachtplan. Die Partei- und Fraktionsapparate sollten das eigentlich leisten können...

In diesem Beitrag wird versucht, zumindest Schlaglichter auf einige der gravierendsten Einbrüche in die Soziale Sicherheit, in die Lebenssicherheit der breiten Bevölkerung der Bundesrepublik Deutschland, zu werfen. Als Schwerpunkte wurden hier die Folgen der Wirtschaftspolitik, v.a. die Sparpolitik und der staatliche Umgang mit der Inflation, gewählt. Außerdem die Novellierung der Sozialversicherung als "Bürgergeld", das medial aufgeführte Schauspiel um die Kindergrundsicherung, die Privatisierungen in ÖPNV, Wohnungsbau und Gesundheit sowie weitere "kleinere" Abbaumaßnahmen. Ferner wird, wie in dieser Einleitung bereits angedeutet, eine Kritik an der – offen gesprochen – abgestumpften Sozialpolitik der LINKEN geübt und darüber nachgedacht, warum die ehemalige Anti-Hartz-4-Partei hier dermaßen nachgelassen hat.

Abschließend werden Vorschläge unterbreitet, wie wir in, mit (und notfalls ohne) DIE LINKE wieder eine starke, aufklärende und konkret hilfreiche Sozialpolitik machen können. Auf die vielen kleinen positiven Beispiele, die es in der Linken bzw. LINKEN bereits gibt, wird dabei Bezug genommen. Davon braucht es mehr, denn linke Sozialpolitik ist und bleibt oftmals mühsame Kleinarbeit.

Wirtschaftspolitik: Austerität und Inflation als Umverteilung von unten nach oben

Die Schuldenbremse, seit 2011 im Grundgesetz verankert, verbietet eine Verschuldung von Bund und Ländern über 0,35 % des nominellen Bruttoinlandsproduktes. Offiziell soll sie zur Verringerung des Haushaltsdefizits dienen. Tatsächlich aber behindert sie öffentliche Investitionen und schränkt den politischen Spielraum ein – gerade für sozialökologische Umbaumaßnahmen. Während der Corona-Pandemie und im ersten Jahr des Ukrainekriegs von 2020 bis 2023 ausgesetzt, greift sie ab 2023 wieder. Der Entwurf des Bundeshaushalts 2024 (1) spricht hier Bände. Gekürzt wird in den Ressorts Bildung, Wirtschaft&Klimaschutz, Ernährung&Landwirtschaft, Familie, wirtschaftliche Zusammenarbeit, Wohnen&Stadtentwicklung – und im Ressort Gesundheit sogar um über 33%! Derweil erhält das "Verteidigungs"ressort mehr Mittel als die Ressorts Bildung, Wohnungsbau, Familie, Umwelt, Landwirtschaft und Justiz zusammen. Dieser Haushalt ist eine Kriegs- und Sozialkürzungshaushalt. Das wird sich herunteraggeregieren, über die Länder und Kommunen bis zu jeder einzelnen Schule, jeder einzelnen Windturbine, jedem einzelnen Bauernhof, jeder einzelnen Rente, jeder Sozialwohnung und jedem einzelnen Fall vor den Sozialgerichten. Stattdessen bräuchte es eine expansive Investitionspolitik, die ja auch höhere Nachfrage, mehr Steuereinnahmen generiert, womit aufgenommene Schulden abbezahlt werden können. Die Bundesregierung verstößt mit dem Sondervermögen Rüstung (100 Milliarden Euro) bereits unter der Hand gegen ihre Sparpolitik. Doch diese Investitionen haben keinerlei gesellschaftlichen Nutzen und kommen uns doppelt teuer zu stehen: Bei der Schuldentilgung ab den 2030er Jahren und bei der zerstörerischen Anwendung des gekauften Kriegsgeräts.

Die aktuelle Inflation wird uns als Naturereignis oder Putins Schuld verkauft. Wirtschaftsweise wie Hans-Werner Sinn warnen vor der Lohn-Preis-Spirale und fordern Lohnzurückhaltung durch die Lohnabhängigen und ihre Gewerkschaften. Dem gegenüber betont der Ökonom Klaus Müller (2), dass die aktuelle Inflation vor allem einem Profitdruck verschuldet ist. Unternehmen nutzen den externen Schock auf den Gasmärkten, um ihre Preise übermäßig anzuheben und Extraprofite einzustreichen. Jeder einzelne Konsument bekommt das zu spüren: Höhere Preise, vor allem für einst preiswerte Produkte, kleinere Packungen, schlechtere Lebensmittelqualität. Daher fordert unter anderem die Bundesvorsitzende der Verbraucherzentralen Ramona Pop (3) eine Übergewinnsteuer - um Extraprofite einzufangen und die Anreize für die Abzockerpraxis zu nehmen.

"Bürgergeld" statt "Hartz IV" – Alter Wein in neuen Schläuchen

Seit 2023 ist die Sozialversicherung (SGB II) in Bürgergeld umbenannt worden. Die Grundprobleme des alten Hartz-IV-Systems sind allerdings unangetastet. Erstens sind die monatlichen Beträge (502€ für Singles, 451€ für Paare) nach wie vor zu niedrig, um einem planbaren, selbstbestimmten Leben nachzugehen – liegt doch die Armutsgrenze in Deutschland, als Indikator für das monatliche

Mindestvermögen zur gesellschaftlichen Teilhabe, bei 1148€. Die Mietzuschüsse zum Bürgergeld berücksichtigen die drastischen Mietsteigerungen nicht. Zweitens bleibt die Sanktionspraxis, die massive Bürokratie (circa 600 Seiten Papier für einen Erstantrag!) sowie die unzuverlässige und schikanöse Praxis der Jobcenter bestehen. Der Alltag eines Bürgergeldbeziehers besteht damit weiter aus unverständlichen Papierbergen, demütigender Kommunikation mit der Arbeitsagentur, willkürlichen Sanktionen, unzuverlässigen Überweisungen und ständigem Bangen um die Existenzsicherung. Das ist keine Grundlage, um sein Leben in die Hand zu nehmen und den Weg (zurück) ins Berufsleben zu finden, sondern zerstört menschliche Arbeitskraft. (4) Stattdessen braucht es eine ausreichende, niedrighschwellige und bedingungslose soziale Grundsicherung – auf dieser Basis können Menschen wieder auf die Beine kommen und sich gesellschaftlich einbringen.

Der “Streit” um die Kindergrundsicherung – ein Schauspiel deutscher “Sozial”politik

Anlässlich des Entwurfs des Bundeshaushalts 2024 stritten Bundesfamilienministerin Lisa Paus (Grüne) und Bundesfinanzminister Christian Lindner (FDP) um den Beitrag für die sogenannte Kindergrundsicherung. Das Förderprogramm für Kinder armer Familien sollte laut Haushaltsentwurf 2 Milliarden Euro im Jahr beinhalten. Dem gegenüber forderte Paus 3,5 Milliarden Euro jährlich. Schließlich wurde sich – nach einigen medialen Wortgefechten und Eingreifen des Kanzlers – auf 2,4 Milliarden Euro im Jahr geeinigt. Ursprünglich hatte Paus noch 12 Milliarden Euro gefordert. Armutsforscher Christoph Butterwegge geht davon aus, dass jährlich mindestens 20 Milliarden Euro notwendig wären, damit die Förderung bei allen Bedürftigen ankommt und eine gesellschaftliche Wirkung entfaltet. (5) Hier zeigt sich die Unvernunft der Sparpolitik der Bundesregierung: Denn die Folgekosten der Kinderarmut in Deutschland machten laut einer DIW-Studie 2019 rund 100 Milliarden Euro aus. (6) Im Alltag bedeutet das konkret: Millionen von Kindern deutschlandweit haben nicht genug Geld für ein anständiges Mittagessen, leiden unter gesundheitlichen Problemen und können ihre Bildungspotenziale nicht entfalten. Das verursacht Mehrarbeit für Kinderärzte, Jugendpsychiater, Sozialarbeiter, Lehrkräfte, Jugendämter - und auch für Polizei und Justiz.

Angriffe auf die öffentliche Daseinsvorsorge: ÖPNV, Wohnungsbau, Gesundheit

Die Deutsche Bahn, seit 1994 bereits teilprivatisiert, soll weiter aufgespalten werden: Das Schienennetz soll von der DB Netz in eine Schieneninfrastrukturgesellschaft namens “Infra GO” überführt werden. Das Label “Gemeinwohlorientierung” schützt hierbei vor Profitinteressen nicht. Mit dem Schienennetz wird nun ein Herzstück der Infrastruktur in greifbare Nähe privater Investoren gerückt. In Großbritannien, wo die Privatisierung bereits fortgeschrittener ist als in Deutschland, hat dies zu hoher Ineffizienz und Preissteigerungen geführt. (7) Auch die Preissteigerung des Deutschlandtickets (8) wird im Alltag viele Kleinverdiener, die auf die Bahn angewiesen sind, treffen.

Die Bundesregierung hatte in ihrem Koalitionsvertrag 400.000 neue Sozialwohnungen pro Jahr versprochen. Schätzungen zufolge entstanden vergangenes Jahr gerade einmal 25.000 neue Sozialwohnungen. (9) Die gestiegenen Bau- und Energiekosten machen derweil den Wohnungsmarkt zunehmend unrentabel für Bauunternehmen – die Baugenehmigungen sind im

Juli 2023 gegenüber dem Vorjahr um 31 Prozent eingebrochen. (10) Derweil drohen die Mieten schneller zu steigen als die Löhne. (11) Auch die Heizkosten steigen, letztes Jahr für Haushalte bis zu 81 Prozent. (12) Im Alltag trifft dies Millionen Mieter, die sich deswegen ihre Wohnungen nicht mehr leisten können.

Der Gesundheitsetat soll im Bundeshaushalt 2024 um sagenhafte 33 Prozent gekürzt werden. Einbußen sind vor allem in der sozialen Pflegeversicherung, in der Gesetzlichen Krankenversicherung, in der Drogen- und Suchtprävention zu erwarten. (13) Doch diese Einbußen kommen bereits drauf auf einen angeschlagenen Gesundheitssektor in Deutschland. Das Krankenhaussterben war bereits vor Bekanntgabe des Bundeshaushaltentwurfes ein Dauerbrennerthema (14) – ebenso der Pflegenotstand, das Apothekensterben und die hohe Belastung im Ärzteberuf. Alle Statusgruppen des Gesundheitsbereichs sind am Ende ihrer Kräfte, allen voran die Patienten. Bundesgesundheitsminister Karl Lauterbach, von Beruf her Gesundheitsökonom, legt den Kürzungsstift weiter an, reagiert mit kosmetischen Pseudoreformen und echauffiert sich darüber, dass in dem – von ihm mitgeschaffenen - prekären Gesundheitssystem immer mehr Fehler passieren. Zum Beispiel die Überlastung des Notrufs, wenn keine Notfälle vorliegen. (15) Doch was sollen alte, kranke Menschen machen, wenn kein Hausarzt vorhanden ist? Im Alltag bringt die Sparpolitik im Gesundheitswesen unglaubliches, intimes Leid für Millionen Betroffene und ihre Angehörigen.

Viele kleine Nadelstiche – mit weitreichenden Wirkungen

Auch im Politischen Bildungs- und Kulturbereich wirken sich die Haushaltskürzungen aus. So sind beispielsweise die Jugendmigrationsdienste – als wichtige Integrationsinstitution – und Anti-Extremismusprojekte wie die “Respekt Coaches” des Internationalen Bundes betroffen. (16) Auch die Bundeszentrale für Politische Bildung muss im kommenden Jahr auf bis zu 20 Millionen Euro ihrer Mittel verzichten. (17) Die Beträge muten kleiner an als die Milliardenbeträge in den anderen Ressorts. Doch es hat große Wirkung, wenn Integrationsangebote und Politische Bildung wegfallen. Sie machen den Unterschied im Alltag vieler Menschen, die durch sie eine Chance bekommen, am gesellschaftlichen Leben teilzuhaben und sich nicht auf zerstörerische Lebenspfade zu begeben. Auch hier sind hintenrum viele unnötige Mehrkosten z.B. durch (politische) Gewalt zu erwarten.

Schon im Bundeshaushalt 2023 waren die Mittel für Frauenhäuser von 30 auf 20 Millionen Euro gekürzt worden. Deutschlandweit fehlen rund 15.000 Plätze, um Frauen und ihre Kinder vor partnerschaftlicher Gewalt zu schützen. (18) Auch hier entstehen unerfasste Folgekosten für Gesundheit, Bildung, Polizei und Justiz (und Bestattung).

Jede vierte Stelle beim Bundesfreiwilligendienst und im Freiwilligen Sozialen Jahr ist durch die anstehenden Kürzungen bedroht. (19) Hier wird eine wichtige soziale Institution, die im Alltag an vielen Stellen vielen Menschen kleine Hilfestellungen leistet, gestrichen. Zum Beispiel in den Altenheimen, in den Kindergärten, in der Zusammenarbeit mit behinderten Menschen. Auch das zieht Folgekosten – und Nörgeleien des Gesundheitsministers über inflationäre Notrufe – nach sich.

Auch im Sportbereich stehen 2024 Kürzungen an. Von rund 303 Millionen Euro auf etwa 276 Millionen Euro. (20) Zwar ist die Mittelvergabe im Sport nicht effizient und erreicht zu selten die

breite Bevölkerung – doch wo sie ankommt, hilft sie vielen Menschen im Alltag, mit Sportvereinen und ähnlichem. Auch hier trifft es besonders Menschen, die bereits gesellschaftlich benachteiligt sind und sich zum Beispiel teure Fitnessstudios nicht leisten können.

Mit der Kürzung des Bildungsetats ist auch die Vereinigung zur Förderung des deutschen Brandschutzes betroffen. Zwar muten 3 Millionen Euro weniger zunächst nicht viel an, doch auch hier treffen wachsender Bedarf an Zivilschutz durch Naturkatastrophen und brachliegende Zivilschutzinfrastruktur aufeinander. (21) Neben ihrer Schutzfunktion sind Feuerwehren auch soziale Instanzen, an denen Menschen eingebunden werden und in ihrem Leben Sinn erfahren können.

Kritik an der Sozialpolitik der LINKEN

Vor drei Jahren gab es einen kurzen Aufschrei, als Inge Hannemann, eine ehemalige Jobcenter-Mitarbeiterin und langjährige Kritikerin des Hartz-IV-Systems, aus der Partei DIE LINKE austrat. In ihrem Austrittsschreiben nannte sie vor allem das mangelhafte Engagement der Partei in den Armenvierteln, in der konkreten sozialen Fürsorge vor Ort, aber auch die mangelnde Repräsentation prekarisierter Bevölkerungsgruppen durch DIE LINKE. In der "Profilierungssucht" und im "Kompetenzgerangel" hätte die Partei viele ihrer ehemaligen Wähler aus den Augen verloren. (22)

Es ist erschreckend, wenn sogar eine langjährige Kämpferin und Fürsprecherin der Prekarierten der LINKEN den Rücken zukehrt. Die politischen Arbeitsbedingungen in der LINKEN bieten offensichtlich nicht einmal jenen, die nicht komplett abgehängt sind, sich aber noch um ihre abgehängten Mitmenschen bemüht sind, eine Perspektive. Auch jene Sozialberatungen der LINKEN, welche noch arbeiten – einst Vorstellungsmerkmal dieser Partei –, fristen oft ein peripheres Dasein im Parteialltag. Dabei sind sie es, die an vorderster Front im Klassenkampf durch Sozialabbau stehen.

Was wir tun müssen

- Dem Sozialabbau in Deutschland den Kampf ansagen. An allen Fronten, in jeder kleinen Einzelheit – stets im Zusammenhang mit Kapitalismus und Krieg!
- Wieder eine Partei der gegenseitigen Fürsorge und Solidarität werden. Sozialberatungen und solidarische Hilfe im Alltag, füreinander und unsere Klassenbrüder und -schwestern!
- Schluss mit abgehobener Empörungspolitik. Wir, die Parteibasis, sind nicht besser oder anders als Millionen von Menschen, die in diesem Land täglich auf den Sack kriegen. Packen wir da an, wo es uns und vielen anderen Menschen weh tut. Im alltäglichen Daseinskampf.
- Eine Gesellschaft einfordern, in der wir als Menschen alle füreinander da sind und niemanden zurücklassen. Es gibt genug Reichtum dafür – setzen wir ihn richtig ein!

Textverweise:

- (1) <https://www.tagesschau.de/inland/innenpolitik/haushaltswoche-lindner-102.html>
- (2) <https://shop.papyrossa.de/Mueller-Klaus-Inflation>
- (3) <https://www.spiegel.de/wirtschaft/service/ramona-pop-teuere-lebensmittel-oberste-verbraucherschuetzerin-bringt-uebergewinnsteuer-ins-spiel-a-a51d1d37-98d4-46b9-8ea7-708787cfc3a8>
- (4) <https://www.jungewelt.de/artikel/459867.hartz-iv-in-neuem-gewand.html>,
<https://www.jungewelt.de/artikel/439231.kapitalismus-und-sozialstaat-ganzheitlich-betreut.html>
- (5) <https://www.fr.de/wirtschaft/kinderfreibetrag-kritik-an-kindergrundsicherung-armutsforscher-butterwege-abschaffung-von-92508791.html>
- (6) <https://www.tagesschau.de/inland/kinderarmut-studie-104.html>
- (7) <https://bahn-fuer-alle.de/privatisierung/>
- (8) <https://www.jungewelt.de/artikel/459500.verkehrspolitik-59-euro-ticket-im-anflug.html>
- (9) <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/1054904/umfrage/neubau-von-mietwohnungen-im-sozialen-wohnungsbau-in-deutschland/>
- (10) <https://www.jungewelt.de/artikel/459343.wohnungsnot-wohnungskrise-verschaerft-sich.html>
- (11) <https://www.tagesschau.de/wirtschaft/verbraucher/mietsteigerungen-wohnungsnot-neubau-100.html>
- (12) <https://www.mieterbund.de/startseite/news/article/77992-heizkosten-2022-um-bis-zu-81-prozent-gestiegen.html>
- (13) <https://www.tagesschau.de/inland/innenpolitik/haushalt-gesundheit-100.html>
- (14) <https://www.kliniksterben.de/>
- (15) <https://www.jungewelt.de/artikel/446223.gesundheitssystem-hauptsache-kostenguenstig.html>
- (16) <https://www.internationaler-bund.de/news-details/article/internationaler-bund-kuerzungen-des-bundes-gefaehrden-integration-und-demokratie-massiv>
- (17) <https://www.deutschlandfunkkultur.de/breite-kritik-an-geplanten-kuerzungen-bei-bundeszentrale-fuer-politische-bildung-102.html>
- (18) <https://www.tagesspiegel.de/politik/frauenhauser-in-geldnot-lander-setzen-paus-unter-druck-9986803.html>
- (19) <https://www.kirche-und-leben.de/artikel/traeger-jede-vierte-freiwilligendienst-stelle-durch-kuerzungen-bedroht>
- (20) <https://www.sportschau.de/newsticker/dpa-sport-kaempft-gegen-finanzkuerzung-ullrich-macht-hoffnung-100.html>
- (21) <https://www.feuerwehrmagazin.de/nachrichten/news/sicherheitsforschung-vfdb-kritisiert-geplante-mittelkuerzung-123584>
- (22) <http://inge-hannemann.de/erklaerung-zum-austritt-aus-der-partei-die-linke/>

2.2 Christof Diefenbach: Inflation – eines der vielen von der LINKEN verpassten Themen

Die offizielle Inflationsrate erfasst die tatsächliche Belastung der unteren Hälfte der Einkommen durch die Teuerung völlig unzureichend.

Die Inflationsrate wird zurzeit offiziell auf ca. 6 % beziffert (Sie ist u.a. so niedrig, weil insbesondere die Preise für Yachten, Fußballklubs und Luxuswohnungen drastisch gesunken sind). Abhängig von Einkommen/Vermögen sind einzelne Bevölkerungsgruppen davon jedoch ganz unterschiedlich betroffen.

Aufgrund der explodierten Lebensmittel- und Energiepreise dürfte sie für unter-Median-Einkommen wesentlich höher liegen. Schätzversuche für Singles mit 1.200 € Netto-Einkommen:

Lebensmittel, insbes. der Grundversorgung (Obst, Gemüse, Getreide- + Milchprodukte, etc.) = 20-30%; Energiepreise (insbes. Gas und Strom) 50-200 %. (laut Foodwatch kostete ein Warenkorb mit Grundnahrungsmitteln im Frühjahr 2023 im Jahresvergleich 33 % mehr. Selbst das Statistische Bundesamt gibt zu, dass die Nahrungsmittelpreise zwischen Juli 2021 und Juli 2023 um 27,2 Prozent gestiegen seien und meldete von Nov 22 bis Apr 23 ununterbrochen eine Preissteigerung für Nahrungsmittel im jeweiligen Jahresvergleich von über 20%; vom Nov 21 bis Okt 22 fast durchgängig über 30% für Energie.) Da Miete, Heizung und Lebensmittel bis zu 90 % ihrer Ausgaben ausmachen, dürfte ihre Teuerungsrate insgesamt mindestens 25 % erreichen.

Dass die haushaltsspezifischen Inflationsraten des IMK-Inflationsmonitors nur geringe Differenzen von 1-3 %-Punkten zwischen armen und reichen HH ausweisen, liegt wohl in erster Linie an 2 Determinanten:

- a) der tatsächlichen Zusammensetzung des Warenkorbs niedriger Einkommensbezieher (u.a. vorwiegend einfache und Grundnahrungsmittel, wie Milch, Eier, Brot, Mehl, Öl, etc.)
- b) der Gewichtung (sprich des Anteils an den Gesamtausgaben) der einzelnen Hauptgruppen, (zZ eben v.a. Energie + Lebensmittel)

Dass im Verbraucherpreisindex Erdgas mit lächerlichen 1,1% gewichtet ist, Strom mit 2,4% zeigt auf einen Blick, wie stark verfälscht die offizielle Statistik gegenüber der Lebenswirklichkeit ist. Dasselbe gilt für Nahrungsmittel, deren Anteil mit nur 10,4% jeder Erfahrung der unteren Hälfte der Einkommensbezieher/der Bezieher niedriger Einkommen hohnspricht.

Vom Institut für Makroökonomie und Konjunkturforschung (IMK) hört man dazu lediglich die Binse: „Alleinlebende mit geringem Einkommen sind besonders stark von Preiserhöhungen betroffen“ und weiter: „Ein Single mit monatlichem Nettoeinkommen von weniger als 900 Euro wurde demnach im Juli mehr als ein Sechstel stärker von der Inflation getroffen als ein Alleinlebender mit mehr als 5000 Euro Gehalt.“

Für Rentner kann man ebenfalls von einer Inflation von 25 % p.a. ausgehen; ihre Rente wurde zur Jahresmitte um 4,3 % angehoben, was einem Reallohnverlust von 20% gleichkommt. Was würde wohl in Frankreich passieren, wenn Macron per Dekret nicht nur eine Erhöhung des Rentenalters, sondern eine sofortige Rentensenkung von 20 % erzwingen würde – hätten wir dann die 2. Große Französische Revolution?

Hartz IV-Empfänger dürften auch nicht besser dran sein, was im Klartext bedeutet, sie vegetieren jetzt unter dem der Berechnung von Hartz IV ja zugrunde liegenden Existenzminimum.

Und der Mindestlohn ist dank der Baerbockschen Kriegserklärung an Russland und des Durchsetzungsvermögens der Unternehmerseite in der entsprechenden Kommission real wieder dort, wo er vor dem einzigen Feigenblatt stand, mit dem die SPD ihre sozialpolitische Verkommenheit bedecken kann – nämlich die Erhöhung auf 12 € – wieder zurück auf dem Vorampelstand.

Die resultierenden Reallohnsenkungen bedeuten für Leute, die praktisch ihr ganzes Einkommen für die Reproduktion ihrer Arbeitskraft ausgeben müssen, Absenkung ihres Lebensstandards, z.T. unter die Armutsgrenze. Da sie ihre Miete schlecht reduzieren können, müssen sie hungern und frieren und das für den vom Mainstream der „Militärexperten“ und Politiker erwarteten Erfahrungsdurchschnittswert von 8 Jahren Krieg - bis die Parteien verhandlungsbereit geschossen sind. Wie sie die Ukrainer für sich kämpfen lassen, so verordnen sie auch bereitwillig den unter Mittelmaß (= „Median“) entlohnten und existierenden Arbeitenden Opfer und Verzicht für die „Verteidigung unserer westlichen Werte“ wie Vergrößerung des Armen-Heers um weitere 15 Mio. € „Scheiß-auf-Klima“-Politik etc.

Und was hört man von der „Linken“ zu diesem mit Fälschung, Betrug und Totschweigen garnierten Skandal? Wieder mal Null!!

Die „Inflationshilfen“ der Regierung sind Geldverschleuderung mit der Gießkanne, trotzdem unzureichend und dabei eine Mogelpackung

Zur Vorbeugung gegen „heiße Herbste“ und Unmutsäußerungen der „Straße“ teilt die Politik Almosenbeträge mit der Gießkanne aus, wobei auch hier die Reichen wieder die dickeren Güsse abbekommen. Das an sich schon verkehrte Prinzip gleicher Verteilung für unterschiedliche Bedürfnisgrade wurde bereits beim „Tankrabatt“ in sein Gegenteil verkehrt: Porsche- und SUV-Fahrer mit hohem Spritverbrauch und großen Fahrleistungen profitierten davon übermäßig, ganz im Gegensatz zu Menschen, die sich ein Auto gar nicht leisten können.

Selbst die CDU zeigte bei der Milderung der Belastungen mehr soziales Gewissen als die Ampel, als sie eine Geldspritze von 1.000 € nur für die unteren Einkommensgruppen vorschlug, statt einer Energiepreispauschale von 300 € für alle. Die konnte offenbar problemloser überwiesen werden. Demgegenüber behauptet das Finanzministerium, welches Rot-Grün willentlich einem entschiedenen Vertreter der Kapitaleseite überlassen hat, in dreister Volksverdummung, die Aushändigung von Helikoptergeld in Form von Schecks oder Überweisungen, wie sie in den USA praktiziert wurde, sei in Deutschland „zahlungstechnisch“ nicht vor 2025, also dem verfassungsgemäßen Ableben der Ampel möglich.

Die eigentliche Perfidie der sog. Inflationsausgleichsprämie (steuerfreie Lohn-Zuzahlungen zur Abmilderung der Inflation bis zu einem Betrag von 3.000 Euro) besteht indes darin: Sie mag ein unmittelbar und vorübergehend wirksame Hilfe für kleinere Einkommen sein. Die leiden aber unter einer Inflation von über 20% p.a.. Insofern kann von einem „Ausgleich“, der sich umgerechnet vielleicht auf 5% p.a. berechnet, keine Rede sein.

Viel wichtiger aber ist: Wenn die Inflation im Jahr 1 und 2 jeweils auch nur 10 %, also nach 2 Jahren 21% beträgt, dann geht dieser Preissprung ja in den Folgejahren nicht weg, auch wenn die Inflation dann bei 0% läge. Die effektiven Einkommen ab dem 3. Jahr liegen jedoch insoweit wieder auf Höhe des Jahres 0, d.h. sind tatsächlich weit zurückgefallen, der ganze „Inflationsausgleich“ ist perdu!

Mit einer ähnlichen Augenwischerei werden die Mogelpackungen wie bei der sog. Gas- und Strompreisbremse dem gläubigen Normalverbraucher verkauft. Zur Illustration vielleicht folgende kleine anekdotische Evidenz aus eigener Erfahrung des Verfassers:

	Gas	Strom
vor „Energiekrise“	4,3 ct	22 ct pro kWh
danach bzw ab 1.1.23	12,4 ct	41 ct pro kWh
entspricht einer Verteuerung um ca.	200 %	100 %
Preisbremse für (weniger als 80% des Vorjahres- Verbrauchs) setzt ein ab	12 ct	40 ct pro kWh

Tatsächlich wurde die Abschlagszahlung für Gas vom langjährigen Versorger zum 1.1.23 von 50 auf 250 €, angehoben (mithin verfünffacht) und für den Fall der Nicht-Zahlung Kündigung und Klage angedroht. Und das zu einem Zeitpunkt, wo die Gaspreise bereits wieder 40 % unter denen vor Kriegsbeginn lagen !!

Die jew. „Preisbremsen“ haben meine Energierechnungen dann für Gas um 0,4 ct = 3 nachAnstieg um 200 % und für Strom um 1 ct = 2,5% nach Anstieg um 95 % „entlastet“ !!

Der zur Relativierung der bescheidenen 100 Mrd. €, mit denen die Bundeswehr kriegsfähig gemacht werden soll vorgestellte „Doppel-Wumms“ von aufgeblasenen 200 Mrd. € dürfte dann auch wohl zu 90% für Industriesubventionen, sonstige angebotsseitige Abmilderungen der Folgen der Kriegsverlängerung in der Ukraine und die Verschärfung der Wirtschaftskriege gegen China und Russland herangezogen und ansonsten in weitere Hilfen für die Wehrkraftertüchtigung umgewidmet werden.

Dass man es auch anders machen kann, zeigt ein Blick auf die entsprechenden Programme in anderen Ländern (Spanien, Frankreich) sowie die Beurteilung einzelner Maßnahmen (MwSt-Senkung, Schecks) und ihrer Zielgenauigkeit.

Spanien führte schon im Mai 2022 einen Gas-Preisdeckel von 40 € pro Megawattstunde ein. Seit dem 1. Januar 2023 gilt darüber hinaus das neue Entlastungspaket der linken spanischen Regierung: Ein halbes Jahr lang fällt der ermäßigte Mehrwertsteuersatz von vier Prozent auf Grundnahrungsmittel ganz weg; der für Öl und Teigwaren beträgt in dieser Zeit fünf statt zehn Prozent. Bereits im Vorjahr profitierten Bürgerinnen und Inflationrate von einer Mietpreisbremse, günstigen Pendler-Tickets und einer Spritpreis-Subvention. Insgesamt hat Spanien für diverse Entlastungspakete 45 Milliarden Euro ausgegeben, teils finanziert mit zusätzlichen Steuern für Unternehmen. Und auch hier hat Spanien etwas eingeführt, was in Deutschland einmal heiß diskutiert aber inzwischen (wohl endgültig) auf Eis gelegt wurde: eine Übergewinnsteuer. Sie gilt zwei Jahre lang für Banken und Energiekonzerne.

Das Land weist dementsprechend erstaunlich niedrige Inflationsraten aus: im Juni 2023 lediglich 1,6% p.a.!!

Reallohnverluste - von den Gewerkschaften gepriesen als „Inflationsausgleich“

Gewerkschaften und Linke lügen sich hier gern in die eigene Tasche, auch wenn sie ihre „Erfolge“ in aller Bescheidenheit relativieren – so etwa: „...wurde dort eine Lohnerhöhung von 8 % gefordert, die jedoch gerade ausreicht, um die Reallohnverluste der Beschäftigten auszugleichen.“

Seit Jahren nimmt, in leicht zu durchschauender Absicht beider Tarifparteien, die Komplexität von Tarifvereinbarungen zu. Die sog. Arbeitgeber, treffender als kommandierende Mehrwertaneigner zu bezeichnen, freuen sich, wenn sie über „unverantwortlich“ hohe Tarifabschlüsse klagen, zugleich aber verschleiern können, dass nicht einmal die von der Mainstream-Ökonomie empfohlene kostenniveauneutrale Lohnpolitik befolgt bzw. der verteilungsneutrale Spielraum alles andere als ausgeschöpft wird. Die Gewerkschaften ihrerseits können sich mit hohen Zahlen brüsten und dabei vergessen lassen, dass sie für ihre genderneutral am besten Arbeitende zu nennenden Schutzbefohlenen wieder einmal den Kürzeren gezogen haben.

Die Verkomplizierung und Intransparenz der Tarifgestaltung verhindert jeden Durchblick und damit eine kritische Bewertung der erzielten Ergebnisse. Auch das trägt bei zu Mitgliederschwund, Verlust der Tarifbindung, Protestwahlverhalten und natürlich nicht unmaßgeblich zu seit über 20 Jahren fallenden Reallöhnen.

Da gibt es also Laufzeiten von bis zu 39 Monaten, in diesem Zeitraum an unterschiedlichen Punkten z.B. Erhöhungen um 5%, dann um 3% und dann nochmal um 2% Sockelbeträge, einmalige Inflationszuschläge, dazu Arbeitszeitveränderungen usw. usf. Daraus eine tatsächliche und mit einer wie auch immer ermittelten Inflationsrate vergleichbare prozentuale Lohnerhöhung auf Jahresbasis zu kalkulieren, überfordert offenbar oder angeblich die Rechenkünste auch wohlwollender Wirtschaftsforschungsinstitute. Das macht die Täuschung des Publikums über die wahren (Um-)Verteilungseffekte der Inflation a) als solcher und b) der staatlichen + sonst. Reaktionen auf sie komplett.

So haben sog. „steuer- und abgabenfreie“ Einmalzahlungen bis insgesamt 3.000 € zum Zwecke des Inflationsausgleichs für die Aneignerseite ff. Vorteile: Sie

erhöhen nicht das Tariflohniveau

ersparen der Unternehmerseite die sog. Lohnnebenkosten (= Teil des Arbeitenden-Lohns)

bürden die resultierenden Steuerausfälle, etwas später, natürlich denen auf, die überhaupt
nennenswert Steuern zahlen, also den Werkträgern!

Zur Illustration ein sogar noch relativ einfaches Zahlenbeispiel: Die Tarifrunde der IGM in BW (die von den übrigen Tarifbezirken übernommen wurde) endete mit folgendem Ergebnis:

3000 € Inflationsausgleich plus 8,5% über 24 Monate. Das mag zunächst ganz annehmbar klingen, entspricht in Wirklichkeit aber folgender Rechnung: Eine tatsächliche Jahres-Inflationsrate von 15% (s.o.) wird bei einem Durchschnitts-Einkommen von zB 4000€ durch eine vorübergehende (!)

Aufstockung um 3000 €/ 24 Mon = 125 € um ganze 3,1% gemindert !! Aber eben auch das nur für die 2 Jahre Laufzeit. Danach bleibt lediglich die Tariflohnerhöhung um 8,5% über 2 J., i.e. 4,2% p.a.

Im Klartext: In den Jahren 1 und 2 wird die Inflation durch Lohnsteigerungen auf $30 - 11,6 = 18,4$ % gemindert, danach nur noch auf 21,5 %! Von wegen also Inflations-“Ausgleich“!! Vielmehr ergeben sich saftige Reallohnverluste trotz steigender Arbeitsproduktivität..

Wie auf diese Weise „die Inflation zum zentralen Treiber einer neuen Streikdynamik 2023 werden könnte“, kann wohl nur die in linken Hirnen nie verlöschende Hoffnung auf eine Verschiebung der Kräfteverhältnisse halluzinieren.

2.3 Michael Jekel: Imperialistische Akkumulation

Der tendenzielle Fall der Profitrate, die Fortsetzung der ursprünglichen Akkumulation und die Verschärfung der imperialistischen Konkurrenz

„Gefahr ist im Verzuge. Der Weltkrieg droht! Die herrschenden Klassen, die euch in Frieden knechten, verachten, ausnutzen, wollen euch als Kanonenfutter mißbrauchen. Überall muß den Machthabern in den Ohren klingen: Wir wollen keinen Krieg! Nieder mit dem Kriege! Es lebe die internationale Völkerverbrüderung!“⁸

So der Aufruf des Parteivorstandes in der Parteizeitung Vorwärts vom 25. Juli 1914 am Vorabend des Ersten Weltkrieges. Nur wenige Zeit später hatte der Parteivorstand die Haltung geändert und den Kriegsvorbereitungen seine Zustimmung erteilt; damit unterwarf die Parteiführung sich dem propagandistischen Narrativ, nach dem der Krieg als ein Verteidigungskrieg gegen die Barbarei des blutrünstigen russischen Despotismus zu rechtfertigen sei. Auch heute wieder sind wir an einem Punkt angelangt, an dem Deutschland sich an einem Krieg gegen Russland beteiligt, zu dessen Rechtfertigung das altbekannte Narrativ vom blutrünstigen barbarischen Aggressor hervorgezogen wird. Wie ist es schon wieder so weit gekommen?

In der Zeit vor dem Ersten Weltkrieg bestand bei vielen Marxisten die Erwartung, dass der tendenzielle Fall der Profitrate für immer größere und tiefer greifende Krisen sorgen würde, woraufhin früher oder später irgendwann der vollständige Zusammenbruch des Kapitalismus und der Übergang zum Sozialismus folgen würde; was dann kam, war jedoch etwas ganz anderes, nämlich die Zerstörungen des Weltkrieges und seine Fortsetzung dann auch noch in der Katastrophe des Nationalsozialismus. In solcher Weise fand sich der Kapitalismus noch lange nicht dazu bereit, einfach abzutreten, sondern trat stattdessen in eine in beispielloser Weise kriegerische und zerstörerische neue Phase ein. Möchte man ergründen, inwiefern die damals weitverbreiteten Hoffnungen und Erwartung auf einen friedlichen und kampflösen Übergang vom Kapitalismus zum Sozialismus nicht völlig unbegründet waren, so kann man sich den Zusammenhang des tendenziellen Falls der Profitrate vor Augen führen.

Die Prognose von Marx zum tendenziellen Fall der Profitrate hat in der Geschichte der marxistischen Theorie für heftigen Zwist und Streit gesorgt. Mit zunehmender Industrialisierung und Technisierung nimmt der Anteil des Kapitals zu, der in Maschinen, in Spezialwerkzeuge, in Anlagen und Technologie hineingesteckt wird; für diesen ansteigenden Anteil verwendet Marx den Begriff des konstanten Kapitals. Zugleich sinkt der Anteil des Kapitals, der in Form von Löhnen an die Arbeiter ausgezahlt wird; für diesen sinkenden Anteil verwendet Marx den Begriff des variablen Kapitals. Das konstante Kapital, das der Kapitalist in Form von Anlagen und Maschinen vorschießt, überträgt seinen Wert auf den der Waren und Produkte, jedoch vermehrt es dabei seinen Wert nicht. Anders das variable Kapital; zwischen dem Wert des Kapitals, das der Kapitalist in Form von Löhnen auszahlt, und dem Wert der Waren und Produkte, die die Arbeiter durch ihre Arbeit schaffen, bleibt eine Differenz, die der Kapitalist sich aneignet. Für diese Differenz verwendet Marx

⁸ Aufruf des Parteivorstandes am 25. Juli 1914 im Vorwärts; url: <https://fes.imageware.de/fes/web/index.html?open=VW31205> [aufgerufen am 15.9.2023].

den Begriff Mehrwert. Mit zunehmendem Einsatz von Technologie und Maschinerie etc. steigt der Anteil des Kapitals, den der Kapitalist als konstantes Kapital einsetzen muss; da jedoch nur das variable Kapital, nicht aber das konstante, seinen Wert vermehrt, muss mit dem Voranschreiten der industriellen und technologischen Entwicklung in der Produktion der Kapitalist ein immer größeres Kapital einsetzen, um einen gleichbleibenden Mehrwert herausziehen zu können. Oder aber er muss bei gleichbleibendem Kapitaleinsatz sich mit einem immer geringeren Mehrwert bzw. Profit zufriedengeben.

Insofern also nicht das konstante, sondern nur das variable, als Lohn an die Arbeiter ausgezahlte Kapital einen größeren Wert erzeugt, als der Kapitalist vorschießt, sinkt mit der Verringerung des variablen Kapitalanteils tendenziell die Profitabilität. Diese Entwicklung beschleunigt den Prozess der Konzentration, mit dem weniger profitabel agierende Kapitalisten aus dem Markt herausgedrängt bzw. in den Bankrott getrieben werden; nach einer gewissen Zeit bleibt nur noch eine beschränkte Anzahl von Kapitalisten übrig, die nun den Markt unter sich aufteilen und gemeinsam eine Art Kartell bzw. Monopol errichten können.

Ein monopolistisches Stadium der Marktkonzentration ist dann erreicht, sobald jeder der Monopolisten so viel Kapital in der Hand hält, dass er kleinere Konkurrenz aus dem Markt verdrängen kann, indem er für eine gewisse Zeit beispielsweise seine Produkte unter Wert verkauft, um den weniger kapitalkräftigen Gegenspieler damit auszustechen. Gegen die erdrückende Übermacht eines solchen Monopols haben kleinere Konkurrenten nun keine Chance mehr; in solcher Weise kontrollieren die Monopolisten den Marktzugang. Zugleich erhalten die übrig gebliebenen Monopolisten aufgrund der Produktion im vergrößerten Maßstab nun doch einen gewissen Ausgleich für die gesunkene Profitabilität ihres Kapitaleinsatzes; zwar verkaufen sie auch nach dem Ausscheiden der kleineren Konkurrenz ihre Waren weiterhin zu einem verringerten Preis, dafür nun jedoch in viel größere Mengen, nachdem sie die Marktanteile der ruinierten kleineren Konkurrenten unter sich aufteilen konnten. Trotz dieses vorübergehenden Vorteils sinkt die Profitabilität des Kapitals der Tendenz nach insgesamt auch weiterhin ab, womit der Druck immer stärker anwächst, nach einem Ausweg zu suchen.

In solcher Weise scheint der Kapitalismus den Keim der Zerstörung bzw. Selbstzerstörung in sich zu tragen. Der Kapitalismus scheint aus sich selbst heraus nicht bestehen zu können und dazu unfähig zu sein, in einem stabilen Zustand des Gleichgewichts dauerhaft zur Ruhe zu finden; daher trägt er ebenfalls auch den Drang zur Expansion ins sich.

Angesichts der unablässig fortbestehenden Gefahr des bevorstehenden Untergangs ist der Kapitalismus in rastloser Weise stets auf der Suche nach neuen Möglichkeiten der Erschließung von neuen Expansionsfeldern nach innen wie nach außen. Neue Produkte werden erfunden und auf den Markt geworfen, die vorhandene Bedürfnisse wirkungsvoller befriedigen als bisherige oder die ganz neue Bedürfnisse erschaffen. Über den bisherigen Gesichtskreis bereits bestehender Märkte hinaus wird die Erschließung neuer Märkte, die Expansion über Landesgrenzen und Weltmeere hinweg in Angriff genommen. In solcher Weise strebt das Kapital über seinen bisherigen Wirkungsbereich hinaus verstärkt auch dorthin, wo die kapitalistische Produktionsweise sich bisher noch nicht oder nur ungenügend durchgesetzt hat. Dort, an der relativ noch wenig erschlossenen Peripherie, können auch weiterhin noch mit einem vergleichsweise geringeren Einsatz an konstantem Kapital und einem vergleichsweise höherem Einsatz von variablen Kapital Waren

produziert werden. Für die Produktion an der Peripherie ergibt sich in solcher Weise eine erhöhte Profitabilität im Vergleich zur Produktion in den Zentren, wo mit einem erhöhten Anteil von konstantem Kapital produziert wird.

Um die spezifischen Vorteile der unterschiedlichen Standorte ausnutzen und optimierend rund um die Welt miteinander kombinieren zu können, entsteht ein Netz von Lieferketten über die Ozeane hinweg und um den Globus herum; in solcher Weise finden Produktionsschritte, die mit verringertem Einsatz an variablem (oder konstantem) Kapital durchgeführt werden, mit solchen zusammen, für die ein erhöhter Einsatz erforderlich ist (und umgekehrt), auch wenn die unterschiedlichen Orte, an denen produziert wird, sich an entgegengesetzten Punkten der Erde befinden. Aufgrund des erhöhten Anteils an variablem Kapital dort wird in der Folge der Wert vermehrt aus der Produktion an der Peripherie geschöpft, wohingegen der Mehrwert sich aber auch weiterhin noch vor allem im Zentrum akkumuliert, wo mit erhöhtem Einsatz von konstantem Kapital produziert wird.

Eine Konstellation ergibt sich, in der das Kapital sich in den Zentren immer weniger verwerten kann; anstatt sich dort in produktiver Weise zu vermehren, fließt das Kapital in den Zentren sozusagen nur noch zur Schatzbildung zusammen. In gewisser Weise verliert es damit seinen Charakter als Kapital; denn vermehren lässt das Kapital sich nur dann, wenn es wieder flüssig gemacht wird, um an die Peripherie zurückzuströmen, wo aufgrund des noch weiterhin höheren Anteils an variablem Kapital auch die Profite noch reichlicher sprudeln. Andererseits ist die Kapitalverwertung an der Peripherie aber auch mit speziellen Risiken verbunden, weshalb der dort extrahierte Mehrwert sodann doch wieder seinen Weg ins Zentrum zurückfindet, wo er in feste Formen gerinnt, die zwar unproduktiv sind, aber dem Bedürfnis nach Wertbeständigkeit, Sicherheit und Schatzbildung entgegenkommen; hierzu passt auch die (nun wohl zu Ende gegangene) Niedrigzinsphase, in der das im Übermaß sich ansammelnde Kapital sich nur noch in negativer Weise verwertet, sich sozusagen in ein negatives Kapital verwandelt, das nur noch negative Erträge einbringt, sich also nur dadurch erhalten kann, indem es ständig einen Teil von sich selbst vernichtet.

Es entsteht ein zunehmendes Gefühl der Unsicherheit darüber, was wohl geschehen wird, sobald ein solcher Zustand irgendwann einmal nicht mehr länger haltbar oder hinnehmbar ist; eine neue Krise steht an, diesmal jedoch keine wie jede andere. Es steht sodann eine ganz besondere Krise vor der Türe, wie sie in der imperialistischen Phase des Kapitalismus auch jederzeit zum Krieg eskalieren kann. Charakteristisch für den imperialistischen Krieg ist es, dass alle Akteure normalerweise behaupten, ihn eigentlich gar nicht gewollt zu haben, ganz gegen ihren Willen in ihn hineingezogen worden zu sein; innerhalb der Logik des Kapitalismus besteht die Funktion des imperialistischen Krieges darin, ansonsten unlösbar erscheinende Konflikte um Monopole und Marktanteile zu bereinigen und dabei in zerstörerischer Weise außerdem auch überschüssige Produktionskapazitäten abzubauen bzw. vom Markt zu nehmen. Für die diesen Bereinigungsprozess überdauernden Marktteilnehmer ergibt sich in solcher Weise die durchaus willkommene Ausnahmesituation, in welcher der Trend zum Ausweichen an die Peripherie nun kurzfristig gebrochen erscheint; Milliardenkredite werden bewilligt, womit die Produktion in den Waffenschmieden wieder hochgefahren werden kann, wobei auch in den Zentren nun wieder satte Profite zu erwirtschaften sind.

Doch bevor es erneut wieder zu einem ganz großen imperialistischen Krieg mit all seinen umfassenden Zerstörungen kommt, schöpft der Kapitalismus zunächst noch sämtliche Möglichkeiten aus, die kapitalistische Verwertungsweise auch in solche Regionen der Welt zu verbreiten, wo sie sich bisher noch nicht oder nicht vollständig durchgesetzt hatte. Als Vorbild bzw. Blaupause hierfür dient das 24. Kapitel des Kapital, in dem Marx das Phänomen der sogenannten ursprüngliche Akkumulation in den Blick nimmt. Es handelt sich um einen Prozess, den Marx am Beispiel von England und Schottland beschreibt, der aber seine erweiterte Fortsetzung auch an der Peripherie findet und der dazu führt, dass die Bewohner von Regionen, in denen noch vorkapitalistische Verhältnisse bestehen, gewaltsam von ihren Produktionsmitteln getrennt werden; hierdurch werden sie in Not und Elend gestürzt, worauf sie in der Rolle des Proletariats sodann in den kapitalistischen Produktionsprozess integriert werden können. Die ursprüngliche Akkumulation wird von Marx als ein Prozess des systematischen Raubs und Diebstahls beschrieben. Zwar bildet sie den Ausgangspunkt des Kapitalismus, doch ist sie damit noch keineswegs bereits zu ihrem Abschluss gelangt; ohne ihre weitere Fortführung auch in den Peripherien könnte der Kapitalismus nicht fortbestehen und würde unter Umständen schon morgen in sich zusammenbrechen.

Mit Jean Jaurés kann davor gewarnt werden, dass der Kapitalismus den Krieg in sich trägt wie die Wolke den Regen; auch heute noch leben wir in „einer Zeit, da die Staaten mit ihrem infolge der imperialistischen Konkurrenz verstärkten militärischen Apparat sich in Kriegsungeheuer verwandeln, um den Streit zu entscheiden, ob England oder Deutschland, ob dieses oder jenes Finanzkapital die Welt beherrschen soll.“⁹

9 Lenin: Staat und Revolution. Die Lehre des Marxismus vom Staat und die Aufgaben des Proletariats in der Revolution. Essen 2017: Verlag Neuer Weg, S. 185.

2.4 Yusuf Karaaslan: Deutschland – vom Wohlstandsdieb zum kranken Mann Europas?

EU – Das muss doch internationalistisch sein?

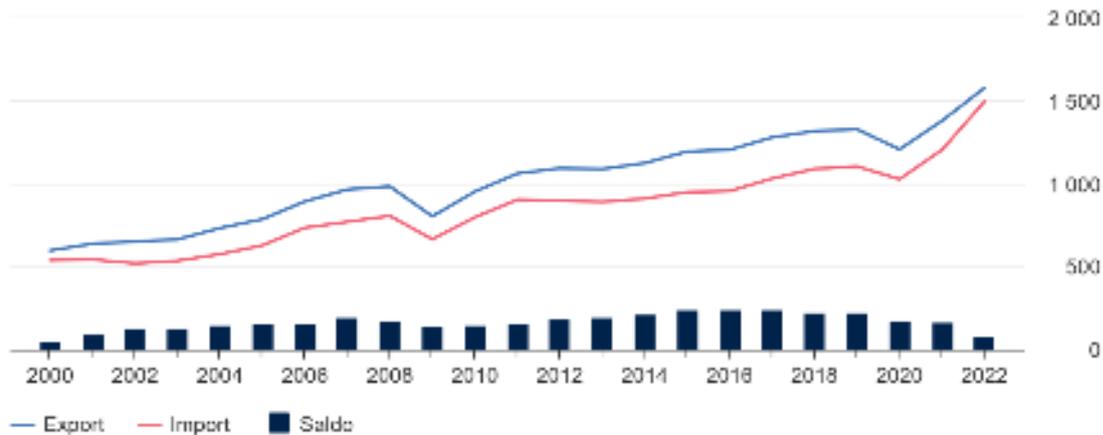
In der LINKEN/Linken setzt sich der Mythos fest, dass die EU ein "internationalistisches", gar ein "friedensstiftendes" Projekt sei. Ganz nach den liberalen Theorien der Internationalen Beziehungen wird Wirtschaft und Handelsfreiheit zwischen Ländern gleichgesetzt mit Friedensschaffung. Die Frage nach Macht und wer wen übertrumpft in diesem Handeln wird nicht gestellt. Warum die Wirtschaft und der Handel in der EU ungleich sind, gilt es daher stärker zu betonen. Denn diese Ungleichheit verantwortet die europäische Rechtsentwicklung maßgeblich mit. Die polit-ökonomischen Grundlagen zeigen, dass ein wirksamer Kampf gegen Rechts nur mit einer massiven Umverteilung in der BRD, in der EU und weltweit bekämpft werden kann.

Neoliberalismus weltweit – und in der Bundesrepublik

Mit dem Ende des Fordismus machte die Wirtschaftsweise einen Wandel durch, der durch Entwicklungen gekennzeichnet war, die sich in zeitlicher Abfolge an unterschiedlichen Orten auf dem Globus und in unterschiedlicher Intensität zeigten: Gesteigerte Finanzialisierung durch die Euro-Dollarmärkte und Deregulierung an den Börsen (vgl. Bieling 2007: 143), Flexibilisierung von Arbeitsverhältnissen und Tarifverträgen, die Schwächung von Gewerkschaften, Verringerung der Steuereinnahmen von Reichen (vgl. Chu 2015), Abbau des Sozialstaates (vgl. Butterwegge 2001: 53-74), Privatisierungswellen von Staatseigentum und der Förderung des globalen Freihandels. Während in USA und Großbritannien durch Reagonomics und Thatcherismus diese Veränderung bereits in den 1980er Jahren einsetzten, begann der Umschwung in der heutigen Europäischen Union und Deutschland als ihrer wichtigsten Volkswirtschaft zeitlich später. Ein Stichtag war der 11. Mai 1999, als Oskar Lafontaine verkündete, von allen politischen Ämtern zurückzutreten – als SPD-Vorsitzender, Bundestagsmitglied sowie Bundesfinanzminister. Damit war die Wende zur neoliberal-merkantilistischen Abwertungspolitik besiegelt und der Neoliberalismus in vollen Zügen in Deutschland angekommen. Diese Entwicklung hat nicht nur eine Umverteilung von unten nach oben in der Bundesrepublik bedeutet – sie war auch ein Angriff auf die EU-Nachbarländer, die diese Abwertungspolitik nicht mitmachten und somit enorme Wettbewerbsnachteile bekamen. Am deutlichsten sichtbar wird das im Außenhandel der deutschen Wirtschaft, der jährlich mehr exportiert als importiert und die Nachfrage am deutschen Export gleichzeitig durch eine Austeritätspolitik massiv verhindert. Die Folge sind dysfunktionale Wirtschaften wie Italien.

Entwicklung des deutschen Außenhandels

Milliarden EUR



2022 = vorläufiges Ergebnis

Statistisches Bundesamt (Destatis), 2023

Die Agenda 2010 machte das deutsche Kapital zum Wohlstandsdieb weltweit

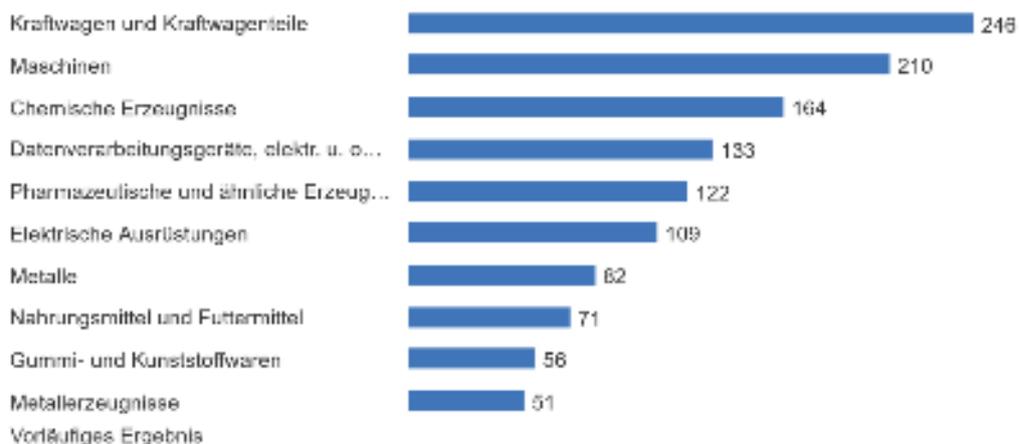
Die darauffolgende Agenda 2010 von Schröder, SPD & Grünen führte zu einer massiven inneren Abwertung der deutschen Wettbewerbsfähigkeit – nicht über den Währungskurs, sondern über die Löhne (Busch 1994: 31).

Die von Schröder angekündigten Veränderungen stellten für Deutschland nun den nächsten Schritt in der Abkehr vom lohngetriebenen Wachstum dar, dass die größte Zeit der Nachkriegsperiode bis ca. 1990 angedauert hatte (vgl. Baccaro/ Pontusson 2021: 100). Diese makroökonomischen Eingriffe in die Wirtschafts-, Arbeits- und Sozialpolitik führten zu einer Senkung des Binnenkonsums sowie zur Entkopplung der Einkommensentwicklung in den exportorientierten Sektoren und den einfachen privaten Dienstleistungen, womit die sinkenden relativen Löhne in den einfachen privaten Dienstleistungen die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Exporte stärkte (vgl. ebd.: 110). Die Löhne im produzierenden Sektor unter der qualifizierten Facharbeiter-Belegschaft hielten ein gewisses Level oder stiegen sogar, um die sozialpartnerschaftliche Beziehung zwischen Kapitalisten und Stammebelegschaft/Gewerkschaften in ein kohärentes Geflecht einzufädeln. Insgesamt bedeutet dieses Ungleichgewicht jedoch, dass Exportüberschüsse der deutschen Wirtschaft Importe anderer Länder sind, die durch Schulden beglichen werden müssen. Diese Schuldenaufnahme ist jedoch im EU-System strikt untersagt.

Man kann also sagen, dass seit Agenda 2010 und der Einführung des Euros 1999 die Haupttreiber des Wachstums die exportorientierte Maschinen-, Automobil-, sowie Chemieindustrie ist – zum Nachteil der anderen EU-Länder.

Die wichtigsten deutschen Handelswaren 2022

Export, in Milliarden EUR



Statistisches Bundesamt (Destatis), 2023

Diese Exportschlager sind weltweit gefragt und diese Orientierung steckt momentan massiv in der Krise. Das größte Handelsvolumen im Import sowie Export besteht mit China. Der größte Exportabsatzmarkt hingegen ist die USA. Beide Handelspartner sind wichtig für das deutsche Kapital. In der sich vollziehenden Multipolarität vertieft sich zwar die Globalisierung in den Dienstleistungen und im Datenhandel, aber gleichzeitig vollzieht sich ein starker Protektionismus im Güterhandel. Die Kapitalsphären entwickeln sich immer stärker rund um die USA und Europa einerseits und andererseits rund um die BRICS Staaten. In der sich vertiefenden Konfrontation zwischen dem Westen und den BRICS Staaten ist die vielseitig ausgerichtete deutsche Exportwirtschaft bedroht, daran zu zerreißen. Daher warnte der BDI-Präsident Russwurm vor Sanktionen gegen China: „Wenn wir nur in liberalen Demokratien Geschäfte machen, dann wird die Welt für das Exportland Deutschland ziemlich eng“.

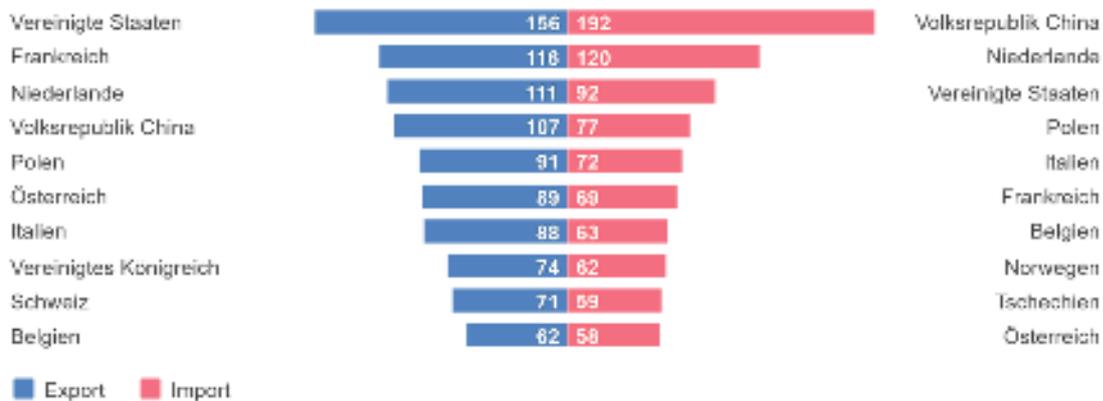
Diese EU will es so

Die grundlegenden Verträge der EU, die Währungsunion sowie die restriktive Haushalts- und Wirtschaftspolitik rahmen diese Ungleichheit ein. Während die Währungsunion keine Abwertung der deutschen Produkte über die Währung zulässt, hat sie ebenfalls die Funktion, dass im EU-Durchschnitt stets die deutsche Unterbewertung ihrer Produkte versteckt bleibt. Das heißt: Die deutsche Unterbewertung (Lohndruck nach unten) wird in der internationalen Konkurrenz nicht sichtbar, weil der Eurokurs aus allen Euroländern zusammengerechnet wird. Bei einer D-Mark wären diese Lohnsenkungen im Export damit bestraft worden, dass die D-Mark aufwerten würde und deutsche Produkte im Ausland somit über ihre Währung teurer werden würden. Daher nutzt das deutsche Kapital diesen europäischen „Internationalismus“ schamlos aus – zum Nachteil der Volkswirtschaften in Frankreich, Polen etc. Es ist auch kein Zufall, dass der EZB-Standort in der Bankenmetropole Frankfurt sitzt, sondern eher ein Anzeichen dafür, dass die monetaristische Geldpolitik der deutschen Bundesbank übernommen worden ist.

Wie die deutsche Exportwirtschaft die italienische Wirtschaft wegkonkurrierte

Die größten Handelspartner Deutschlands 2022

in Milliarden EUR



Vorläufiges Ergebnis

Statistisches Bundesamt (Destatis), 2023

Die größten Ungleichgewichte zwischen Export und Import hat die deutsche Wirtschaft mit den Ländern Frankreich, Polen, Österreich, Vereinigtes Königreich England, Schweiz und Italien. Letztes ist schon seit der Eurokrise gezeißelt von der deutschen EU-Politik. Ergebnis dieser EU-Politik ist, dass Italien seit 15 Jahren noch immer rund 400 Mrd. Euro unter (!) dem BIP liegt wie zum Höchststand im Jahr 2008. Das heißt, Italien steckt seit 15 Jahren in einer Rezession!

Denn anders als die Bundesrepublik hatte die italienische Exportwirtschaft seit dem Ende des Fordismus in der Mitte der 70er Jahre des 20. Jahrhunderts mit Wettbewerbern von beiden Enden des Exportsegments, hinsichtlich der Technologieintensität, zu kämpfen: Die Qualitätsexportgüter wie Maschinen und Autos konkurrierten zunehmend besonders mit den technologisch weit entwickelten deutschen Exportgütern, während die preissensitiven, technologisch weniger intensiven Waren wie Textilien und Möbel, im Welthandel mit Produzenten aus Schwellenländern um ihren Absatz kämpften, was Italien an den beiden Enden ihres Exportsegment stark unter Druck setzte. Somit befindet sich das Akkumulationsregime in Italien spätestens seit Einführung des Euros in einer "Sandwich-Position". Die Textil- und Möbelindustrie wich auf spezialisierte exklusive Luxussegmente aus (Gucci, Prada etc.). Auf der anderen Seite waren hochtechnologische Güter nicht mehr konkurrenzfähig aufgrund der enorm niedrigen deutschen Löhne (niedrig im Verhältnis zur Produktivität). Konkret heißt das: Automobilkonzerne wie Fiat wurden von Daimler und VW verdrängt – samt ihrer Arbeitsplätze.

Austeritätspolitik in Italien von EU-Technokraten

Eine weitere Hemmung stellt das weiterhin strikte und Ungleichheit fördernde Sozialsystem des italienischen Staates dar, das im europäischen Vergleich bis 2005 die niedrigste Beschäftigungs- und mit die höchste Armutsquote hatte. Nach den Daten des italienischen statistischen Bundesamtes lag die Quote relativer Armut privater Haushalte bei 11 Prozent, während 5,2

Prozent der Haushalte in absoluter Armut leben (Namuth 2012: 6). Von 2008 bis 2012 schrumpfte die Industrieproduktion um 25 Prozent, die Jugendarbeitslosigkeit stieg bei den unter 25-Jährigen auf 36,2 Prozent und erreicht in manchen Regionen im Süden Italiens sogar bis zu 60 Prozent. Neben dem Sparkurs, der von der neoliberalen Politik der Regierungen Berlusconi und Monti verordnet wurde, plagt seit Jahrzehnten auch das unaufgearbeitete Nord-Süd-Gefälle mit mangelnden Infrastrukturen den italienischen Staat. Ein großes Problem stellt weiterhin die mangelnde Innovations- und Kapitalakkumulationsfähigkeit der Unternehmen dar, die kaum Kredite von den schwächelnden italienischen Banken erhalten. Dies ist zum Teil auf erheblichen Vertrauensverlust gegenüber der Liquidität der italienischen Volkswirtschaft zurückzuführen, was Ratingagenturen zur Vergabe eines "lower medium grade" BBB veranlasste. Dies führt wiederum zu einer mangelnden Attraktivität für die mit hohen Zinsen verbundenen italienischen Staatsanleihen, was den geldpolitischen Spielraum Italiens vor allem seit Beginn der Eurokrise weiter einschränkte (vgl. Baccaro/ Pontusson 2021: 108).

Zentraler Punkt für die Schwäche des italienischen Kapitals gegenüber der Bundesrepublik liegt im Beitritt zum gemeinsamen Währungsraum der Eurozone begründet. Was im Falle Deutschlands das Erstarken des Exportsektors überhaupt erst ermöglicht hat, führte bei Italien zu einem überbewerteten Wechselkurs, der es der strauchelnden Volkswirtschaft verunmöglichte durch ein Abwerten der eigenen Währung den Exporten im Ausland zu mehr Attraktivität zu verhelfen. Durch die innere Aufwertung im Vergleich zur Produktivität, ließ die italienische Wettbewerbsfähigkeit stark nach, vor allem im Vergleich mit der deutschen Wirtschaftskraft. Die Umgehung der Nachfrageschwäche im Ausland durch eine kreditgetriebene, gesteigerte Binnennachfrage, wird im Wesentlichen durch die strengen fiskal-politischen Regeln der Eurozone eingegrenzt.

Arbeitsmarktreformen: Immer geht es darum, die Arbeiter zu schröpfen

Bezogen auf den Arbeitsmarkt und das Sozialsystem muss die besondere Rolle der drei großen italienischen Gewerkschaften CGIL (Confederazione Italiana Generale del Lavoro), CISL (Confederazione Italiana Sindacati Lavoratori) und UIL (Unione Italiana del Lavoro), gesondert hervorgehoben und genauer dargelegt werden, da sie ein zentraler Bezugspunkt für Arbeitnehmerrechte im italienischen Arbeitsmarkt sind und damit auch großen Einfluss auf Sozialsystem und Arbeitsmarkt haben: Mit der Auflösung des alten italienischen Parteiensystems, löste sich Anfang der 1990er Jahre auch die vormalige Parteibindung der Gewerkschaften auf. Nichtsdestotrotz blieb die politische Ausrichtung dabei bestehen. Die CGIL verfolgt dabei einen sozialdemokratisch-linken Kurs, die CISL unterstützt christlich-demokratisch-konservative Ziele und die UIL betont ihre laizistisch-republikanische Tradition (vgl. Namuth 2012: 2-3). Somit konkurrieren die Gewerkschaften um die besten Tarifabschlüsse, was jedoch kein hinreichender Grund für den wachsenden Anteil des Binnenkonsums ist. Die Gewerkschaften sind vor allem in der Energie- und Metallbranche sowie dem öffentlichen Dienst am stärksten vertreten. Der Organisationsgrad betrug 2012 mit 13,5 Millionen Mitgliedern 35 Prozent der Werk-tätigen, was im Vergleich zum deutschen Organisationsgrad von nur durchschnittlich 13 Prozent gewaltig wirkt. Nicht nur der Organisationsgrad ist gegenüber Deutschland deutlich erhöht, auch die Medienpräsenz, das Mobilisierungs- und Streikpotenzial und Vertrauen in die Arbeit der Gewerkschaften folgen dieser Tendenz - mit 34 Prozent ist letztere deutlich höher als das

Vertrauen in die politische Landschaft (8 Prozent) (vgl. Namuth 2012: 2, 7). Mit Beginn der 1990er Jahre löste sich nicht nur das alte italienische Parteiensystem auf, auch für die vormals sehr mächtigen Gewerkschaften kam es 1993 mit dem Abkommen zwischen Regierung, Arbeitgebern und CGIL, CISL und UIL zu einer Zäsur, die einen Trend zur Machtaushöhlung und Aufhebung der Handlungseinheit der Gewerkschaften durch nachfolgende Regierungen einläutete. Das Abkommen sah u.a. die Möglichkeit des Abschlusses von Betriebsvereinbarungen, im Gegensatz zu den sonst üblichen flächendeckenden Tarifverträgen, vor. Im Rahmen der Wirtschafts- und Finanzkrise 2009 erfolgte ein weiterer Schritt in Richtung neoliberale Flexibilisierung durch die Revidierung des gesamten Tarifverhandlungssystems, wodurch die Branchentarifverträge nun auf Unternehmensebene angepasst werden konnten. Die Regierung Montis setzte diese Politik fort und änderte das wichtigste Instrument des Arbeitnehmerschutzes, das Arbeitnehmerstatut, dahingehend ab, dass Entlassungen erleichtert wurden. Bezüglich des Statuts und der besonderen Rolle der Gewerkschaften muss noch einmal hervorgehoben werden, warum diese neoliberalen politischen Entscheidungen bis 2012 einen so großen Einfluss hatten: In Italien existiert kein Arbeitsgesetzbuch und auch kein ausformuliertes Betriebsverfassungsgesetz. Stattdessen müssen sich Arbeitnehmer auf eine unübersichtliche Anzahl von Tarifverträgen, Abkommen, Betriebsvereinbarungen und Regierungsgesetzen verlassen, von denen das wichtigste das Arbeitnehmerstatut war (vgl. Enderlein 2004: 143-163). Dazu kommt die fragmentierte italienische Wirtschafts- und Tarifvertragsstruktur, die durch Unternehmen repräsentiert wird, von denen 90 Prozent weniger als 16 Mitarbeiter beschäftigen, um Tarifverträge zu umgehen und weniger Steuern und Sozialabgaben zu zahlen (vgl. Namuth 2012: 4). Somit stellen sich die Gewerkschaften in einer sich zunehmend neoliberalisierenden Wirtschaftslandschaft als zweischneidiges Schwert dar: Für Arbeitnehmer:innen, die einen sicheren und gut bezahlten Arbeitsplatz bei einem mittelständischen Unternehmen mit mehr als 15 Angestellten haben, waren die Tarifverhandlungen auf Branchen- und Betriebsebene ein wichtiger Beitrag zu ihren Arbeitsrechten, da sie zu Lohnerhöhungen führten, die sich an Inflationsprognosen orientierten und Arbeitszeit-, Arbeitsorganisation und Informationsrechtsverhandlungen miteinschlossen. Die seit 2012 wachsende Gruppe der atypisch Beschäftigten, die bei Neueinstellungen in der Privatwirtschaft einen Anteil von 70-80 Prozent ausmachten, wird mittlerweile zwar durch neugegründete Branchenverbände der Gewerkschaften angesprochen, fristet aber immer noch ein Schattendasein im Sinne der Beteiligung an gerechter Entlohnung. Somit lässt sich feststellen, dass der italienische Arbeitsmarkt einen ähnlichen Wandel durchgemacht hat wie der deutsche nach den Agenda-2010-Reformen. Dies führte zu zunehmender Kritik durch die Gewerkschaften an der neoliberalen Regierungspolitik Montis, die Sparmaßnahmen zur Rettung des italienischen Staatshaushaltes und der Bewahrung des Ausschlusses von der Eurozone vorsah, nicht jedoch auf Investitionen in Wachstumspolitik ausgerichtet war.

Italien und Rechtsentwicklung

"Notfalls werden die Finanzmärkte sie wieder auf den Pfad der Tugend zurückführen".

(Daniel Caspary, Chef der CDU/CSU-Gruppe im Europaparlament 2018, als die italienische Regierung ankündigte den Haushalt mit Schulden in Höhe von 2,4% zu begleichen).

Diese neoliberale Entwicklung war erst durch die Einbindung Italiens in die EU möglich. Der Technokraten-Regierung Montis war es durch ein Zusammenspiel zwischen innerstaatlichen Neoliberalen sowie der EU möglich, diese Austeritätspolitik durchzusetzen, worauf die Rahmenbedingungen der EU auch abzielen. Es ist kein Zufall, dass die Investitionen in Forschung und Entwicklung bei weniger als einem Prozent des BIP liegen, während es im EU-weiten Durchschnitt 3 Prozent sind. Daher wollten knapp die Hälfte der Italiener zu Beginn der Corona-Krise aus der EU austreten (Kurier 2020). Die EU-Kommission hatte im Rahmen ihrer Wirtschaftsüberwachungsprogramme die EU-Länder zwischen 2011 und 2018 etwa 63 Mal aufgefordert, die Gesundheitsausgaben zu kürzen bzw. zu privatisieren. Daher ist die drastische Senkung von Krankenhausbetten in Italien seit Einführung des Euros von 480 auf 320 pro 100.000 Einwohner gesunken, während Deutschland gegenwärtig 800 hat (Andrej Hunko 2020).

Im Jahr 2018 wurde beispielhaft gezeigt, wie die EU jegliche demokratische Souveränität und Auswege aus dieser massiven wirtschaftlichen Rezession versperrt. Es ging um den Italienischen Haushalt, wo im Haushaltsentwurf ein Haushaltsdefizit von 2,4% Neuschulden diskutiert worden sind – viel zu wenig, um Impulse für Wirtschaftswachstum zu setzen. Der Vorschlag kam von der rechten Lega, die besonders im Norden von Italien verankert war, sowie dem Koalitionspartner der 5-Sterne-Bewegung, die besonders im Süden vom ärmeren Teil Italiens gewählt worden ist. Eines der Versprechen war bekanntlich das Bürgergeld, welches die Ministerpräsidentin Meloni per SMS im Jahr 2023 wieder gestrichen hat. Damals, im Jahr 2018 blockierte die EU diesen Haushalt so lange, bis der Finanzmarkt den eigentlichen Rest machte: Die Kreditwürdigkeit des italienischen Staates wurde in der Hängepartie niedriger eingestuft, der Spread für zehnjährige Anleihen sprang über fünf Prozent, während in Deutschland die Nullzinsphase war. Zu teuer wurden die Zinsen und so stützte der Finanzmarkt die italienische Regierung zurecht.

Dass unter einer solchen Sparpolitik Krisen wie Migration von rechten Demagoginnen und Demagogen benutzt werden, um neue Sündenböcke zu kreieren, ist in der Wahl von Meloni kulminiert. Eine Linke müsste diese Sparpolitik rigide angreifen, um deutlich zu machen, dass genug Ressourcen für alle da sind, statt die Konkurrenz durch Sparen zu vertiefen und soziale Fragen somit zu kultivieren und rassifizieren.

Literaturverzeichnis:

Andrej Hunko 2020: Corona-Krise: Finale Krise der EU?. In Freiheitsliebe.de – Online: <https://diefreiheitsliebe.de/politik/meinungsstark-politik/corona-krise-finale-krise-der-eu/>

Baccaro, Lucio; Pontusson, Jonas (2018): Comparative political economy and varieties of macroeconomics. Cologne: Max Planck Institute for the Study of Societies (MPIfG Discussion Paper, 18/10).

Baccaro, Lucio; Pontusson, Jonas (2019): Social Blocs and Growth Models. An Analytical Framework with Germany and Sweden as Illustrative Cases. Working paper n°7 (unequal democracies).

Baccaro, Lucio; Pontusson, Jonas (2021): European Growth Models Before and After the Great Recession. In: Hassel, Anke; Palier, Bruno (Hrsg.): Growth and Advanced Welfare in Advanced Capitalist Economies. Oxford: Oxford University Press.

Baccaro, Lucio; Tober, Tobias (2021): The role of wages in the Eurozone. In: Review of International Political Economy, S. 1–24. Online verfügbar unter https://www.researchgate.net/profile/Tobias-Tober/publication/349732970_The_Role_of_Wages_in_the_Eurozone/links/60a63417458515213c20c5ae/The-Role-of-Wages-in-the-Eurozone.pdf

Bieling, Hans-Jürgen (2007): Internationale Politische Ökonomie. Eine Einführung. Berlin: Springer.

Busch, Klaus (1994): Der Maastrichter Vertrag über die "Europäische Union" und die Herausforderungen für die europäischen Gewerkschaften. In: Die Europäische Union nach Maastricht. Bedingungen und Möglichkeiten linker Wirtschaftspolitik, Arbeitspapier des Instituts für Internationale Politik, Nr. 25, Berlin.

Butterwegge, Christoph (2001): Wohlfahrtsstaat im Wandel. Probleme und Perspektiven der Sozialpolitik. Berlin: Springer.

Chu, Ben (2015): The wealth that failed to trickle down: The rich do get richer while poor stay poor, report suggests. URL: <https://www.independent.co.uk/news/business/analysis-and-features/wealth-failed-trickle-down-report-suggests-rich-do-get-richer-while-poor-stay-poor-9989183.html>

Enderlein, Henrik (2004): Nationale Wirtschaftspolitik in der europäischen Währungsunion. Schriften des Max-Planck-Instituts für Gesellschaftsforschung Köln, 49, Frankfurt am Main: Campus-Verlag.

Kurier vom 12.04.2020: Corona-Krise: Hälfte der Italiener will EU-Austritt. Online:

<https://kurier.at/politik/ausland/folgen-der-corona-krise-haelfte-der-italiener-wuenscht-sich-austritt-aus-der-eu/400810724>

Namuth, Michaela (2012): Gewerkschaften in Italien. Berlin: Friedrich-Ebert-Stiftung.

2.5 Alejandro Gomez-Laverde: Grüner Imperialismus – Energiewende in La Guajira Kolumbien

La Guajira ist ein Departement im Norden Kolumbiens, im äußersten Norden des südamerikanischen Kontinents. Das Departement war historisch gesehen agrarisch geprägt, doch nach der Einführung der neoliberalen Globalisierung in den 1990er Jahren wurde die Gesellschaft von Guajira einem Prozess der Umgestaltung ihres Produktionsapparats unterworfen. Die Globalisierung und die Freihandelsabkommen mit den USA und der Europäischen Union, die 2012 bzw. 2013 ratifiziert wurden, haben ein Panorama der Hyperspezialisierung auf die Förderung und den Export von Fossilenergien geschaffen. Die Kohle ist zum vorherrschenden Wirtschaftssektor in der Region geworden. Ein Beispiel dafür sind die Exporte des Departements: 2007 exportierte La Guajira nur 6,3 Millionen Dollar an nicht-traditionellen Gütern, während sich die Rohstoffexporte auf 1.538 Millionen Dollar beliefen; von dieser enormen Summe stammten 100 % aus dem Bergbausektor und 1.537 Millionen Dollar aus Steinkohle, Braunkohle und Torf.¹⁰ Im selben Jahr betrug das BIP des Departements 2,295 Milliarden US-Dollar.¹¹ Der größte Teil des Erdgutes von Guajira wird im Kohlekomplex El Cerrejón abgebaut, einem der größten Kohletagebaue der Welt und dem größten in Lateinamerika. El Cerrejón ist eine Tochtergesellschaft des schweizerischen multinationalen Unternehmens Glencore, eines der größten und mächtigsten Bergbau- und Energieunternehmen der Welt. Obwohl der Kohlebergbau ein so profitables Geschäft ist, hat er der Gesellschaft von La Guajira nichts als Armut und Elend hinterlassen. Der Verlust der Ernährungssicherheit, die Wasserknappheit und die zunehmende Armut sind der Beweis dafür. Heute gehört La Guajira zu den Departements mit der höchsten monetären Armutsrate in Kolumbien, in denen im Jahr 2018 insgesamt 53,7 % der Einwohner unterhalb der Armutsgrenze lebten¹² (unter monetärer Armut versteht man in Kolumbien alle Personen, die mit weniger als 86,4 US-Dollar pro Monat auskommen müssen, also deutlich weniger als der nationale Mindestlohn von 295,95 US-Dollar pro Monat).¹³

In den letzten Jahrzehnten hat sich das neoliberale extraktivistische Modell in La Guajira weiterentwickelt und nach neuen Marktnischen gesucht, um den Import großer Kapitalsummen in Form von Technologietransfers und Risikokapital zu erleichtern. Heute hat das internationale Finanzkapital in der Energiewende eine Gelegenheit gefunden, das Modell der wirtschaftlichen Unterwerfung des Marktes von Guajira und des kolumbianischen Marktes unter die Interessen der Wirtschaftsmächte in einem Umfeld der Überproduktionskrise des Kapitals in den Ländern der Ersten Welt zu vertiefen, die sich während des so genannten "Wall-Street-Herzinfarkts" von 2008 verschärft hat. Die Ankunft von 65 Windparks in La Guajira mit einer Gesamtinstallation von 2.345 Windturbinen in den Händen von 19 Unternehmen, von denen 17 europäische und US-amerikanische multinationale Konzerne sind, kommt mit einer unvorstellbaren Geschwindigkeit.¹⁴

10 Departamento Administrativo Nacional de Estadísticas (DANE): Informe de Coyuntura Económica Regional Departamento de La Guajira 2007, 22-23.

11 DANE: Cuentas Nacionales Departamentales, Producto Interno Bruto – PIB a precios corrientes, 2022.

12 DANE: La Información del DANE en la Toma de Decisiones de los Departamentos, La Guajira, 2020, 7.

13 Plataforma de Coordinación Interagencial para Refugiados y Migrantes de Venezuela: Infografía ¿Qué es la Pobreza Monetaria y Como se calcula?, 2021.

14 Gonzales Posso, Camilo/Barney, Johanna: El Viento del Este Llega con Revoluciones, Multinationales y transición con energía eólica en territorio Wayúu, 57-59.

Die wirtschaftliche und politische Lage der kolumbianischen Nation ist unvorstellbar komplex geworden. Nach dreißig Jahren der Vertiefung des neoliberalen Modells ist die kolumbianische Gesellschaft zur wirtschaftlichen Rückständigkeit und zu den Launen ausländischer Mächte und deren unstillbarem Durst nach neuen Märkten verurteilt worden. Die verschiedenen und mehrfachen Regierungen, die im Amt waren, haben als Vermittler der Interessen des internationalen Finanzkapitals gedient, aber nie als Vertreter der Interessen der Entwicklung der kolumbianischen Nation und des Wohlstands der Menschen, die in ihr leben. Mit Bitterkeit muss man feststellen, dass keine amtierende Regierung den politischen Willen gezeigt hat, mit dem derzeitigen Modell der wirtschaftlichen Unterwerfung zu brechen. Was ein bekannter Vorläufer des kolumbianischen Antiimperialismus, Jorge Eliécer Gaitán, als "das Gleiche mit dem Gleichen" bezeichnete. Bei einem derart verschärften Widerspruch zwischen nationalen Interessen und den Interessen des internationalen Finanzkapitals kann die Entwicklung des Bewusstseins der Menschen beeindruckend sein. In den zivilen und politischen Organisationen, die sich seit Jahrzehnten mit der Vertiefung dieser Interessen befassen und sich dagegen wehren, ist mehr Wissen über die Ursachen und Erscheinungsformen des ausländischen Imperialismus, im kolumbianischen Fall vor allem der USA, zu finden als in den vielen akademischen Bereichen, die sich der Untersuchung der globalen Ungleichheit widmen und von dem, was sie zu verstehen suchen, abstrahieren. Als Mitglied der Arbeitsgruppe Aktion Guajira, einer in Deutschland organisierten Gruppe kolumbianischer Studierenden, die einem breiten Netzwerk von zivilen Organisationen, akademischen Sektoren und indigenen Bewegungen angehören, hatte ich die Gelegenheit, nach Riohacha, der Hauptstadt des Departements La Guajira, zu reisen, um die Probleme, die das neoliberale extraktivistische Modell in der kolumbianischen Region hinterlassen hat, genauer zu untersuchen. Zwei Interviews, die ich dort führen konnte, sind besonders erwähnenswert: eines mit Felipe Rodríguez Rodríguez, Leiter des Comité Cívico por la Dignidad Guajira und Sprecher der Frente Amplio de Usuarios de Servicios Públicos de Riohacha, und das andere mit Jazmín Romero Epiayú, einer Führerin der Wayuu und Mitglied der feministischen Bewegung Niñas y Mujeres Wayuu und Las Guardianas del Viento. Beide sind Teil der Mesa de Dialogo por la Concertación y Unidad Guajira, einem Zusammenschluss verschiedener sozialer, indigener und akademischer Sektoren, der an der Universität von La Guajira gegründet wurde, um den Vormarsch der Projekte für erneuerbare Energien in den Händen des internationalen Finanzkapitals kritisch zu begleiten. Felipe Rodríguez Rodríguez spricht von der Energiewende, die derzeit in Kolumbien vorgeschlagen wird, als "neuer Briefkopf eines alten Zaubertranks", der neue Marktnischen erschließen soll, damit die Wirtschaftsmächte ihre Krise der Kapitalüberproduktion durch den Export ihrer Überschüsse in unterentwickelte Länder bewältigen können.¹⁵ Diese Realität wird von Felipe selbst sehr anschaulich erklärt:

15 Es ist allgemein bekannt, dass die Begriffe Dritte Welt/Unterentwicklung oder Erste Welt im heutigen politischen Diskurs in den Industrieländern nicht erwünscht sind. Aus politischen Gründen werde ich jedoch auf der Verwendung dieser Begriffe bestehen. Erstens, weil zivilgesellschaftliche Akteure in der Dritten Welt auf der Verwendung dieses theoretischen Rahmens bestehen, und zweitens, weil die Begriffe Dritte Welt und Unterentwicklung die sozioökonomischen Strukturen dieser Länder besser verstehen als die Begriffe "Globalen Süden", der die globale Ungleichheit als geografisches Problem darstellt, und "Entwicklungsländer", der vorgibt, dass sich die Länder der Dritten Welt auf einem frühen Entwicklungsstand befinden, deren Ziel aber unweigerlich Entwicklung ist. Mit dem Begriff "Dritte Welt" wird anerkannt, dass die wirtschaftliche und soziale Rückständigkeit der unterentwickelten Nationen politisch motiviert ist, nämlich durch die Unterwerfung der Nationen unter die Macht des internationalen Finanzkapitals. Mit dem Begriff Unterentwicklung wird anerkannt, dass das neoliberale Wirtschaftsmodell die Unterentwicklung vertieft, aber nicht zur Entwicklung führt.

"Zur Veranschaulichung meiner Aussage, dass es sich um einen neuen Briefkopf für den alten Zaubertrank der Auslandsinvestitionen handelt, sollten wir uns einige Zahlen ansehen. So hat die Handels- und Entwicklungskonferenz der Vereinten Nationen, die UNCTAD, einen dringenden Appell an die Entwicklungsländer, d.h. die Länder der Dritten Welt, gerichtet, mehr Investitionen für ihre Energiewende anzuziehen. Dort heißt es, dass sie Investitionen in erneuerbare Energien in Höhe von 1,7 Billionen Dollar pro Jahr benötigen. Was ich damit sagen will, ist, dass dies eine Nische ist, eine Notwendigkeit für die Menschheit, sich in Richtung saubere Energie zu bewegen, aber in den Händen des internationalen Finanzkapitals wird es zu einem Martyrium, einer historischen Tragödie für diese Länder der Dritten Welt, aber auch für die Menschheit selbst. Aber es hat sich gezeigt, dass in den ersten Jahren nur 544 Milliarden Dollar angezogen wurden, und das war im Jahr 2022. Diese Länder müssen also attraktiver werden, damit ausländische Investitionen und die Ausbeutung erneuerbarer Ressourcen 1,2 Billionen Dollar pro Jahr erreichen können. Im Jahr 2018, zu Beginn der vorherigen kolumbianischen Regierung, der von Herrn Iván Duque, die katastrophal war, kamen sieben Projekte für erneuerbare Energien im Wert von 466 Millionen Dollar. Im Jahr 2019 wurden 17 Initiativen im Wert von 1.602 Millionen Dollar registriert. Schauen Sie sich an, wie es von 466 auf 1.602 steigt, fast 400 %. Bei der Energiewende geht es nicht darum, uns zu entwickeln. Das ist etwas, das in der Macht des internationalen Finanzkapitals liegt, das von den Wirtschaftsmächten übernommen wird, denn hinter den Regierungen stehen die großen Wirtschaftsgruppen, und ein Merkmal dieser Phase der Entwicklung des Kapitalismus, die die imperialistische Phase ist, ist, dass das Finanzkapital gegenüber dem Industriekapital überwiegt. Es ist also das Finanzkapital, das diese Entwicklung anführt. Und diese Regierungen sind politisch schwach gegenüber diesen Wirtschaftsmächten. Sie geben alles auf"¹⁶

In La Guajira sind die indigenen Gemeinschaften der Wayuu am stärksten vom Neoliberalismus und seinem extraktivistischen Modell betroffen - wobei hervorzuheben ist, dass die gesamte Gesellschaft von Guajira aufgrund dieses Modells der Unterentwicklung unter inhumanen Bedingungen leidet. Die Wayuu sind ein Nomadenvolk aus dem äußersten Norden des südamerikanischen Kontinents, das vor allem in La Guajira in Kolumbien und La Guajira in Venezuela lebt. Die Wayuu sind mehrfach Opfer des US-Imperialismus geworden: Erstens durch den unkontrollierten Ausbau des Kohlekomplexes El Cerrejón, einer gigantischen Mine mit einer Fläche von 69.000 Hektar, fast so groß wie die Stadt Hamburg. Zweitens durch Wasserentnahme und -verschmutzung; Glencore hat mehrfach versucht, Flüsse und Bäche umzuleiten, um Kohle aus den Gebieten zu fördern, die durch diese Flüsse fließen. Darüber hinaus hat die umfangreiche Bergbautätigkeit zu einer Verschmutzung der verschiedenen Flüsse geführt, von denen die Bewohner von Alta Guajira, einer Halbwüste und überwiegend von Wayuu bewohnten Region im Norden des Departements, am meisten betroffen sind. Diese Region ist auf die Wasserzufuhr aus der flussreichen Sierra im Süden des Departements angewiesen. Und drittens die 65 Windparks, die sich im Bau oder in der Studienphase für ihre Entwicklung befinden; die große Mehrheit dieser Windparks befindet sich im angestammten Gebiet der Wayuu. Für die Wayuu hat das Gebiet eine sehr hohe kulturelle und spirituelle Bedeutung. Das Wayuu-Territorium wurde im Zuge der neoliberalen Durchdringung mehrfach gebrochen. Glencore baute eine Eisenbahnlinie ausschließlich für den Transport von Kohle von El Cerrejón nach Puerto Bolívar in Alta Guajira. Diese Bahnlinie ist 150 km lang und teilt das Wayuu-Gebiet von Süden nach Norden.

Kohle und Wind haben einen großen spirituellen Wert für die Wayuu. Jazmín Romero Epiayú sagt, dass die Kohle für die Wayuu "die Organe der Erde" sind und bestreitet das Recht der multinationalen Konzerne, diese Kohle zu extrahieren. Der Wind spielt in der Kosmvision der Wayuu eine zentrale Rolle, da er für die Orientierung, die Fauna und die Flora der Region steht. Neben dem kulturellen Schaden, den der Verlust des Windes für die Wayuu in einer der heißesten Regionen Kolumbiens bedeutet, hat dies auch soziale und gesundheitliche Auswirkungen.

16 Felipe Rodríguez Rodríguez, Coordinador del Comité Cívico por la Dignidad Guajira.

Die Wayuu-Gemeinschaften sind nicht nur kulturell, sondern auch sozial und politisch schwer geschädigt, da sie der Aufteilung ihrer Gemeinden ausgesetzt sind, um günstige Bedingungen für die Ansiedlung ausländischer Investitionen zu schaffen. In Kolumbien gibt es vorherige Konsultationen, eine Rechtsfigur, die Unternehmen dazu verpflichtet, freie und informierte Konsultationen mit den Gemeinschaften in dem Gebiet durchzuführen, in dem sie Projekte zur Gewinnung von Rohstoffen wie Bergbau und Windenergie durchführen wollen. Diese Verfahren sind jedoch so stark ausgehöhlt worden, dass von einer freien und informierten Konsultation kaum noch die Rede sein kann. Im August 2022 trat Gustavo Petro Urrego sein Amt als "erste linke Regierung" in Kolumbien an und versprach grundlegende und strukturelle Änderungen des kolumbianischen extraktivistischen Wirtschaftsmodells. Diese Versprechen waren nur leere Worte. Anstatt sich zum Besseren zu wenden, hat sich die Situation eher verschlechtert. Mit anderen Worten: Alles hat sich verändert, um gleich zu bleiben.

Als ich Jazmín über den Prozess der vorherigen Konsultation in der Regierung von Gustavo Petro und seine Idee einer Partnerschaft zwischen Wayuu-Gemeinschaften und multinationalen Unternehmen befragte, bezeichnete Jazmín dies als "noch perverser". Wie die Wayuu-Führerin erklärt:

"Jetzt sind sie noch perverser und manipulierter. Denn es ist die Kommerzialisierung des tiefen Hungers der Menschen. Der Hunger der Menschen wird gekauft. Das Problem mit Petro ist folgendes: Petro kam hierher, nach La Guajira, mit der Geschichte der Energiewende. Er sagte den Unternehmen: Macht weiter mit dem, was schon da ist. Und ihr Gemeinschaften, harmonisiert, kämpft nicht mehr. Es ist klar, dass der Grad der Manipulation des Diskurses Besorgnis hervorruft, aber er schafft auch Illusionen bei denjenigen, die keine klare Einschätzung haben. Dann entsteht ein ganzes Phänomen von Leuten, die sagen: Wir werden zu Partnern. Aber welche Partnerschaft? Ich meine, wenn die Konzessionen vollständig an multinationale Unternehmen vergeben werden, wie wollen wir dann dort mitspielen? Und wenn die Bedingungen für die Unternehmen ungleich sind, weil der Staat, die Regierungen, die jetzige Regierung, alle, die es gegeben hat, den multinationalen Konzernen das Spielfeld bereitet haben, aber nicht das Spielfeld für den Bau von Infrastrukturen, für die Erholung oder die Diversifizierung der Strukturen in dem Gebiet. Nein! Es ist nicht geschaffen. Wie wollen Sie also ein Partner werden? Wenn Sie nicht die geringste Chance haben. Sie sind nicht einmal klar. Es ist ein Sprung ins Leere, weil es nicht einmal Klarheit gibt. Denn die Regeln und Gesetze sagen etwas anderes, nämlich dass sie den Interessen des Finanzkapitals sehr entgegenkommen. Die Geschichte von Petro, die glaubt er selbst. Nein, er glaubt es nicht selbst, denn wir wissen hier, dass das nicht passieren wird. Was Petro hier vereinbart hat, war, mit den Verhandlungsführern zu verhandeln, die wir haben. Sie sind opportunistische Verhandlungsführer, genau wie er. Das ist klar. Denn wir befinden uns immer noch in der gleichen Situation. Mit anderen Worten, genauso schlecht. Mit anderen Worten, es geht um Konsultationen, um Konflikte mit denen, die nicht die angestammten Besitzer des Gebiets sind. Ist das legal? Nein, das ist nicht legal. Warum haben Sie unseren Vorschlag nicht angenommen, als wir Ihnen sagten, dass alle Konsultationen überprüft werden sollten? Wir wollen, dass sie ausgesetzt werden, aber wir wollen, dass alle Konsultationen, die stattgefunden haben, überprüft werden. Das wird er nicht tun. Wenn Petro der "Cambio" wäre, würde er sagen: Darauf wette ich. Er wird es nicht tun, weil es Interessen des Kapitals gibt. Denn es ist ein Verlust, es ist ein Problem für die Unternehmen, weil sie wissen, dass sie sehr schlecht gearbeitet haben, unter der Begleitung des kolumbianischen Staates und der Regierungen. Unter dem Schutz der Regierung von Petro. Diese Regierung ist schlimmer. Diese Regierung hat alles gepusht".¹⁷

Die Energiewende ist eine Notwendigkeit für die Menschheit. Das muss anerkannt werden. Aber dieser Prozess muss ein ökologischer Wandel sein, der den spezifischen Bedürfnissen und Kontexten der Nationen entspricht. Es muss ein Prozess sein, der den Völkern und nicht dem Kapital dient. Andernfalls werden die Sozial- und Klimakrise nicht gelöst werden. Es ist notwendig, die Prozesse der Energiewende zu differenzieren, um zwischen denen zu unterscheiden, die für die Menschheit nützlich sind, und denen, die grüner Imperialismus sind.

17 Jazmín Romero Epiayú. Lideresa Wayuu del Movimiento Feminista Niñas y Mujeres Wayuu.

2.6 Herbert Storn: Vor 20 Jahren – Cross-Border-Leasing der Frankfurter U-Bahn verhindert

Für eine kritische Erinnerungskultur

Vor 20 Jahren wurde das "Cross-Border-Leasing" der Frankfurter U-Bahn abgewendet. Ein Bürgerbegehren verhinderte ein finanzielles Fiasko für die Stadt. Eigentlich wäre die Paulskirche der richtige Ort gewesen. Aber ob viele gekommen wären, ist die Frage – zum einen, weil 20 Jahre ein langer Zeitraum sind, zum andern, weil einige Parteien lieber nicht daran erinnert werden wollen. Und das hat Gründe. Am 17. September 2023 fand deshalb im Club Voltaire auf Einladung von „Business Crime Control“ und „KunstGesellschaft“ eine entsprechende Veranstaltung statt, auf der Prof. Dr. Hans See und Herbert Storn referierten.

Am 18. September 2023 jährte sich zum 20. Mal die Absage des Frankfurter Stadtparlaments an einen Verkauf der U-Bahn an US-amerikanische Investoren, von denen sie dann geleast werden sollte. Der Vertrag sollte für 100 Jahre (!) abgeschlossen werden, die Stadt gerade mal 100 Millionen Euro dafür bekommen. "Cross-Border-Leasing" war damals ein Einstieg für US-Finanzinvestoren in das große Geschäft in Europa.

Die demokratische Verfügungsgewalt über ein kommunales Verkehrsmittel wäre auf unabsehbare Zeit eingeschränkt worden, ohne dass das die Öffentlichkeit so richtig mitbekommen sollte. Denn bei allen Entscheidungen hätten die neuen Besitzer gefragt werden müssen. Eine Verkehrswende wäre erheblich erschwert worden.

Für fragwürdige Abschreibungsmöglichkeiten in der Steueroase Delaware sollte die Stadt lediglich einmalig abgefunden werden. Wenige Jahre später, seit 2007, verzichtete der Frankfurter Magistrat sogar freiwillig auf jährliche Einnahmen von über 100 Millionen Euro, indem der Hebesatz für die Gewerbesteuer entsprechend gesenkt wurde.

Undurchsichtige und umfangreiche Verträge, die kaum jemand kannte, sorgten bei "Cross-Border-Leasing" für größtmögliche Intransparenz und waren "demokratieuntauglich". Beraterkonzerne übernehmen in solchen Fällen das Sagen, und ersetzen die kritische öffentliche Meinungsbildung durch sogenanntes Expertentum. Am 7. Juni 2003 wurde das "Cross-Border-Leasing" der Frankfurter U-Bahn mit den Stimmen von CDU, FDP und Grünen beschlossen. Die SPD stimmte nicht dafür.

Ein außerparlamentarisches Bündnis "Rettet die U-Bahn" mit dem globalisierungskritischen Netzwerk Attac, der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft, der PDS und anderen sammelte daraufhin in kurzer Zeit über 47.000 Stimmen für ein Bürgerbegehren zur Verhinderung des U-Bahn-Deals. Business Crime Control und KunstGesellschaft starteten zur Unterstützung eine Initiative von prominenten WissenschaftlerInnen und Kulturschaffenden der Stadt.

Die Voraussetzungen für einen Bürgerentscheid waren gegeben, so dass die Grünen auf Druck ihrer Basis ihre bis dahin befürwortende Haltung zu CBL änderten und es keine Mehrheit mehr dafür in der Stadtverordnetenversammlung gab. Am 18. September 2003 beschloss diese dann das Aus für das Projekt. Cross-Border-Leasing gehört zwar der Vergangenheit an, nicht aber die Mittel und Wege der Finanzlobby, Staat und Kommunen für ihre Zwecke einzuspannen. Darum soll der Blick zurück auch ein Blick nach vorn sein.

Ein undurchsichtiges demokratiefeindliches Finanzprodukt, um den Staat auszuplündern

Die Verhinderung der Auslieferung der Frankfurter U-Bahn an undurchsichtige Finanzkonzerne in den USA über das Rechtskonstrukt CBL ist ein klassisches Beispiel für die Art und Weise, wie es um die Demokratie bestellt ist. Es ist einer der wenigen Fälle, wo Machenschaften unter dem formalen Rahmen einer Demokratie zu Fall gebracht werden konnten, nämlich über ein Bürgerbegehren.

Das Beispiel leidet allerdings nach 20 Jahren unter der gewöhnlichen Amnesie. Einem solchen Gedächtnisverlust wird – wenn es dem gesellschaftlichen Mainstream wichtig ist, durch Gedenktage abgeholfen. Das Paulskirchen-Jubiläum war ein solcher Gedenktag. Wir hatten deshalb auch vor, das 20-jährige Jubiläum der Verhinderung von CBL auch in der Paulskirche zu feiern. Aber alle Versuche sind gescheitert.

Was ist bzw. war CBL?

Es ist ein hochkomplexes, zu guten Teilen nicht überschaubares, kaum kontrollierbares strukturiertes Finanzprodukt, das sich öffentliche Güter einverleibt, entwickelt von den klassischen Akteuren des Finanzkapitalismus: Banken, Versicherungen, Trusts, Private Equity-Firmen, Anwalts- und Beraterkonzernen – selbstverständlich unter Zuhilfenahme von sog. Steueroasen/Offshore-Finanzplätzen oder wie auch immer die Verschleierungsbegriffe lauten.

Damit reichen die Finanzströme und die Akteure vom legalen bis in den kriminellen Bereich hinein. Stephan Hessler hat dies im BCC-Info 3/2003 so ausgedrückt: „Hier fließen legale, halblegale und kriminelle Zahlungsströme zusammen. Deutsche Kommunen reihen sich in eine Klientel von Steuerflüchtlingen, Geldwäschern, Drogenkartellen, Waffenschiebern und Terrororganisationen ein.“ Oder der Bürgermeister von Iserlohn, Klaus Müller: Cross Border Leasings seien „institutionalisierter, globalisierter Steuerbetrug zu Lasten des amerikanischen Steuerzahlers, erdacht und ausgeführt von sich honorig gebenden internationalen Finanzkonstrukteuren.“

Es ist demokratiefeindlich. So bescheinigte die Kanzlei Freshfield Bruckhaus Deringer auf Anfrage „gutachterlich“, dass die Demokratie aus dem Entscheidungsprozess herauszuhalten sei. Dies ist ohnehin sehr, sehr schwierig, wenn die Vertragsunterlagen über 1.000 Seiten lang sind, auf Englisch verfasst und erst kurz vor Abschluss mit Gerichtsstand New York fertig sind.

CBL wurde in Deutschland von 1994 bis 2004 etwa 150-mal benutzt, EU-weit 700-mal. Dieses Steuerschlupfloch ist seit 2005 in den USA (auch rückwirkend) geschlossen worden. Über die Schäden ist wenig bekannt. Beispielsweise ergab sich für die Industriestadt Heidenheim in BaWü bei einer Einnahme von 3,5 Mio. Euro (sogen. Barwertvorteil) ein nachträglicher Schaden von 30 Mio. Euro.

Irreführung der Öffentlichkeit

Vor allem war die Werbung für CBL immer eine Irreführung der Öffentlichkeit. Das beginnt schon mit dem Begriff Leasing, der bei uns weitgehend mit der Frage Kauf oder Miete eines Gegenstands verbunden ist.

Vorrangig geht es hier aber um die Frage Besitz und Eigentum. Im Gegensatz dazu wurde bei CBL der Eindruck erweckt, dass die deutschen staatlichen Körperschaften das Eigentum an ihren öffentlichen Gütern behielten. Tatsächlich wurden nach US-Recht – und der Gerichtsstand war New York – die US-Trust Eigentümer. Außerdem erhielten sie auch noch weitgehende Besitzrechte.

Auch die Behauptung einer „Win-Win-Situation“ (oder „Nullsummenspiel“) war gelogen. Denn: Während der Vorteil für die Stadt einmalig 4 % betrug, war der Vorteil für den Investor jährlich 8 bis 10 %.

Die eigentlichen Gewinner waren diejenigen, die das entsprechende Steuerkürzungsmodell nutzten: Über Beteiligungen an Beteiligungsfonds oder Dachfonds für private Anleger mit Steuersparmodellen. Angesprochen werden vermögende Individuen, die High Net Worth Individuals (Mindestanlagesumme 1 Mio. \$) und auch mittelständische Unternehmen (ab 10 Mio. \$). Im Unterschied zu Großunternehmen zahlen diese noch Steuern in einer Höhe, bei der sich die Beteiligung an einem solchen Steuersparmodell lohnt. So steckte hinter dem sog. „Investor“ in der Regel eine Gruppe privater Geldanleger, worunter durchaus auch größere Firmen sein konnten.

Der Betrogene war also der Staat.

Wie widersprüchlich die politische rechtfertigende Argumentation oft ist, zeigt das Beispiel FFM:

Für fragwürdige Abschreibungsmöglichkeiten in der Steueroase Delaware sollte die Stadt 2003 mit 100 Mio. Euro lediglich einmalig abgefunden werden. Wenige Jahre später, seit 2007, verzichtete der Frankfurter Magistrat aber sogar freiwillig auf jährliche Einnahmen von über 100 Millionen Euro, indem der Hebesatz für die Gewerbesteuer entsprechend gesenkt wurde.

Vor welchem Hintergrund findet eine solche Politik statt?

Wie eine grüne Politikerin damals sagte: Was ist denn an CBL so besonders? Die Stadt ist doch auch ein Unternehmen. Und Roland Koch, CDU, sprach als hessischer Ministerpräsident vom Land Hessen als einem Konzern. Privat vor Staat war damals Regierungsprogramm und offizielle Leitlinie! Und es ist kein Geheimnis, dass sich hier CDU und Grüne durchaus im Grundsatz treffen (mit oder ohne FDP).

Privatisierung ist aber ein Raubzug gegen die öffentlichen Güter und gegen das Gemeinwohl. Und gegen die Demokratie. Es geht um die Verfügungsgewalt, es geht um das Wirtschaftsprinzip. Und es geht um Transparenz und (Mit)Entscheidungsrechte!

Was eine solche Politik enorm begünstigt, ist natürlich der (Lobby)Druck der entsprechenden Konzerne, der Kauf von PolitikerInnen (Drehtüreffekt) und großenteils die Inkompetenz und Verantwortungsscheu gewählter PolitikerInnen.

Man/frau sind froh, Verantwortung an beauftragte ExpertInnen abgeben zu können, auf bestimmte BeraterInnen zu hören, stellen sich aber gerne als MacherInnen dar und sind dann noch Kritik gegenüber arrogant. Kritische Auseinandersetzungen werden ohnehin gern vermieden und echte Transparenz wird gescheut.

„Jetzt verkaufen sie schon unsere U-Bahn an die Amis!“

Von daher kann die Bedeutung von Kritik und der Entwicklung geeigneter Gegen-Narrative gar nicht hoch genug veranschlagt werden. Denn es ist eine große Herausforderung, komplexe Sachverhalte in ein verständliches Vokabular zu übersetzen. Wie sagte doch eine ältere Dame in der U-Bahn beim Fernseh-Interview des Hessischen Rundfunks: „Jetzt verkaufen sie schon unsere U-Bahn an die Amis!“

Das klang ein wenig populistisch, war aber in der Sache nicht falsch. Dem damaligen Präsidenten der IHK, der sich ebenfalls gegen das CBL-Geschäft der Stadt FFM wandte, hielt die damalige Oberbürgermeisterin Petra Roth (CDU) „Antiamerikanismus“ vor, wogegen sich erster energisch verwahrte.



Kein Fall gleicht dem anderen: Linke Sozialpolitik heißt oftmals geduldiges Zuhören. Szene aus der Sprechstunde der Linken Hartz-4-Hilfe Wetterau, heute SOS-Sozialsprechstunde Wetterau

3.1 Gabi Faulhaber: Bericht der SOS-Sprechstunde im Roten Laden Friedberg

Mildtätigkeit oder Klassensolidarität? – 10 Jahre „Linke Hartz4-Hilfe Wetterau“

Als Verein bestand die „Linke Hartz4-Hilfe Wetterau“ seit Januar 2013. Nach 10 Jahren wurde der Verein aufgelöst und als „SOS – Sozialsprechstunde im Roten Laden“ neu gegründet. Das Selbstverständnis hat sich jedoch nicht grundlegend geändert. In erster Linie helfen wir Menschen. Das begreifen wir als Klassensolidarität. Doch Hilfe allein genügt uns nicht.

In Deutschland sind heute ein Fünftel der Menschen arm oder von Armut bedroht. Das wollen wir nicht hinnehmen. Wir wollen uns gegen die unsoziale Politik wehren, die Reiche immer reicher macht und Armut erzeugt. Wir wollen den Zusammenhang zwischen Hochrüstung und Sozialabbau sichtbar machen. Uns ist wichtig, dass wir politisch arbeiten. Denn damit zeigen wir, wo wir stehen: Konsequenz für soziale Rechte. Parteiisch für die Menschen, die unsere Hilfe brauchen.

Sozialsprechstunde im Roten Laden

Nach 10 Jahren brauchte unser Verein eine Generalüberholung. Erstens wurde Hartz4 umgetauft in „Bürgergeld“. Zweitens beschränkt sich die Arbeit des Vereins nicht mehr allein auf das Jobcenter und das SGB II. Hilfe ist auch nötig beim Sozialamt, Ausländeramt, der Unterhaltsvorschusskasse, bei Behinderungen, Krankheiten, Problemen mit Vermietern, Jahresabrechnung der Umlagen oder des Energieversorgers und der Stadtwerke, bei Schulden, bei schulischen Angelegenheiten, beim Verstehen von Formularen und Briefen und vielem mehr. Und drittens ist nach einer Kampagne zum 10-jährigen Bestehen die Zahl der Mitglieder auf 200 angewachsen. Sie stammen aus 17 Nationen und leben in 33 Kommunen (nicht nur im Wetteraukreis).

Viele Mitglieder helfen inzwischen bei der Sozialsprechstunde mit. Vor allem, wenn Übersetzungen nötig sind. Aber auch mit gegenseitiger moralischer Unterstützung: Sie bringen ihre Erfahrungen ein, erklären bürokratische Vorgehensweisen, begleiten zu Terminen, ermuntern, ermahnen und lachen - kurz: Sie helfen, einen solidarischen und geschützten Raum zu schaffen.

Ein erweiterter Vorstand wurde nötig, um mehr Ideen und Interessen einzubeziehen. Es müssen mehr Spenden eingeworben werden. Jeder weiß, dass auch Helfen Geld kostet. Der Verein hat sich diesen Herausforderungen gestellt: Der neue Name ist jetzt „SOS – Sozialsprechstunde im Roten Laden“. Der neue Vorstand hat die Satzung überarbeitet. Der Verein ist gemeinnützig.

Erneuerung – aber keine Akzeptanz von Armut

Im November 2012 haben wir den Verein „Linke Hartz4-Hilfe Wetterau“ gegründet. Das Gründungsteam waren Menschen, die mit sozialen Verwerfungen ihre Erfahrungen gemacht hatten: Entweder, weil sie selbst Leistungen vom Jobcenter benötigten oder weil sie beruflich mit sozialen Notlagen konfrontiert waren.

Mit viel zu wenig Ahnung, aber mit viel gutem Willen und Widerstandsgeist haben wir begonnen. Seit Januar 2013 bieten wir zweimal in der Woche Sozialsprechstunden im Roten Laden in Friedberg an. Die Menschen, die unsere Hilfe beanspruchen, sollen einen solidarischen Raum vorfinden, wo sie sich nicht schämen und verstecken müssen, wo sie wieder zu Kräften kommen können und lernen, gegen Schikanen zu bestehen und im Behördenschwungel ihre gesetzlich garantierten Rechte durchzusetzen.

Aber zuerst mussten wir selbst viel lernen. Das Sozialgesetzbuch ist umfangreich, vielschichtig und es wird oftmals verändert. Hunderte Hilfesprache und zahlreiche Fortbildungen später waren wir selber davon überrascht, dass wir nun schon seit zehn Jahren arbeiten.

Doch wir wollen uns nicht auf Mildtätigkeit beschränken. Von Anfang an waren auch politische Interessenvertretung und Aufklärung über Ursachen sozialer Verwerfungen das Ziel. Deshalb machen wir Öffentlichkeitsarbeit.

Zwei unserer Mitglieder sind Abgeordnete im Wetterauer Kreistag. Sie bringen die Themen aus der Sozialsprechstunde dort immer wieder zur Sprache, zum Beispiel: Wohnungsnot im unteren Preissegment, Rückgang der Sozialwohnungen um 40 Prozent, steigende Armutsquote, Kinderarmut, repressives Behördenhandeln, die Forderungen nach einer kreiseigenen Wohnungsbaugesellschaft und nach Sozialtarifen für ÖPNV und Energie.

Bisher fünf Foren für soziale Gerechtigkeit:

Wir veranstalten politische Diskussionsforen. Dazu bemühen wir uns um versierte Referenten und laden nicht nur Betroffene sowie Bürgerinnen und Bürger, sondern mit Nachdruck auch Personen aus der lokalen Politik, aus den Kirchengemeinden, den Gewerkschaften, Vereinen und der Zivilgesellschaft ein. Es geht darum, Sensibilität für Armut und ihre Ursachen zu schaffen und sozialpolitisch engagierte Mitstreiter:innen für die Armutsbekämpfung zu gewinnen.

Das waren unsere politischen Foren:

- 2015 - „Mildtätigkeit – Armutszeugnis für ein reiches Land!“ mit Professor Dr. Stefan Selke.
- 2016 – „Wohnen macht arm. - Bezahlbarer Wohnraum für ALLE!“ mit Dr., Sebastian Schipper (Frankfurt) und Franz Parteder (KPÖ Graz).
- 2018 – „Kinderarmut – Ene mene muh und raus bist du?“ mit Professor Dr. Michael Klundt.
- 2019 – „Ist das möglich? Klima retten ohne soziale Gerechtigkeit?“ mit dem Publizisten Werner Rügemer und MdB Sabine Leidig.
- 2022 – „Reichtum für wenige – Armut für viele?“ mit Dr. Christoph Butterwegge.

Ausblick in die Zukunft

2022 lag die Armutsquote in Hessen bei 18,5 Prozent. Jedes vierte Kind ist arm. Viele Menschen sind von Armut bedroht und geraten unter finanziellen Druck. Insbesondere Wohnen macht arm.

Leider ist sichtbar, dass die Armut nicht abnehmen wird. Das unzureichende Bürgergeld und eine weniger als halbherzige Kindergrundsicherung lassen keine hohen Erwartungen zu. Für die ärmste Gruppe, die alleinerziehenden Mütter und ihre Kinder, bringt die Kindergrundsicherung keine Entlastung. Es ist offensichtlich geplant, die Hilfen für Migrantinnen und Migranten stark einzuschränken. Die Bundesmittel für die Arbeitsförderung wurden drastisch gekürzt.

Wir müssen uns also darauf einstellen, dass unsere Arbeit dringend notwendig bleibt. Unser Ziel ist es, die Selbsthilfe und Handlungsfähigkeit der Betroffenen zu stärken. Der neue Vorstand hat dazu schon einige Ideen gesammelt. Zum Beispiel soll mit der Beratungsstelle des DGB in Frankfurt „Faire Mobilität Hessen“ (beim Europäischen Verein für Wanderarbeiterfragen e.V.) Kontakt zur Durchführung einer ersten Informationsveranstaltung im Roten Laden aufgenommen werden. Es wurden Vorschläge für eine verbesserte und mehrsprachige Öffentlichkeitsarbeit gemacht. Und es gibt zahlreiche Anregungen für parlamentarische Initiativen im Kreistag und für weitere politische Foren.

Wie gut diese Ideen umsetzbar sind, hängt auch von der Finanzstärke des Vereins ab. Die Mitglieder, die als Hilfesuchende zu uns kommen, können wählen, ob sie einen Beitrag zahlen oder nicht. Die meisten Mitglieder zahlen 12 Euro im Jahr. Jetzt kommt es darauf an, Fördermitglieder zu gewinnen, die sich einen höheren Beitrag leisten können.

Interesse? Mitglied werden oder spenden? Infos unter: linke-hartz4-hilfe-wetterau@web.de

Bundeshaushalt 2024 der Ampelregierung:

Zeitenwende gegen die arbeitende Bevölkerung

Im Bundeshaushalt für 2024 will die Ampel-Regierung 30 Milliarden Euro streichen: Statt 476 Milliarden sind 446 Milliarden Euro geplant. Dabei müsste der Bundeshaushalt wegen der Inflation eigentlich um 30 Milliarden steigen, um das Niveau von 2023 zu halten. Besonders im Sozialhaushalt wird gekürzt. Nur beim Militär wird mehr Geld ausgegeben.

Zeitenwende für mehr Armut

● Der **Gesundheitshaushalt** ist besonders krass von Kürzungen betroffen. 2024 sinken die Ausgaben für Gesundheit und Pflege auf 16,2 Milliarden Euro. Innerhalb von zwei Jahren ist dieser Teilhaushalt auf ein Viertel zusammengeschrumpft (2023 = 24,5 Mrd. Euro; 2022 = 64,4 Mrd. Euro).

Das ist eine Ohrfeige für die Beschäftigten und Pflegekräfte, die mit Streiks bessere Arbeitsbedingungen und ein Ende des Pflegenotstands erreichen wollten. Und im Interesse der großen privaten Klinikkonzerne sind massenhafte **Schließungen von Krankenhäusern** geplant.

Kleinere kommunale Kliniken werden sich schwer behaupten können, wenn ihnen die staatlichen Zuschüsse fehlen. Dafür wird den arbeitenden Menschen

mehr abverlangt: Die Beiträge zur Kranken- und Pflegeversicherung steigen.

● Die Mittel der Jobcenter für **Eingliederung in Arbeit** werden 2024 um 500 Millionen Euro zurückgefahren; 2025 sollen es sogar 900 Millionen Euro sein.

Das hat gravierende Konsequenzen, denn auf diese Beträge kommt man nur, wenn man zu einem Taschenspielertrick greift: Die Arbeitsförderung von Bür-

Bitte wenden



geldempfängern unter 25 Jahren soll ab dem Jahr 2025 von den Jobcentern in die Bundesagentur für Arbeit verschoben werden. Das heißt, dass die beitragsfinanzierte Arbeitslosenversicherung zukünftig die Aufgaben der steuerfinanzierten Jobcenter übernehmen muss.

Aber auch bei der Bundesagentur für Arbeit selbst sollen 1,5 Milliarden eingespart werden.

- Das **Bürgergeld** wird um 10 Milliarden gekürzt. Auch die Bundeszuschüsse für **Unterkunft und Heizung** werden um 700 Millionen reduziert. Dabei werden Lebenshaltung, Energie und Mieten weiterhin ansteigen! Die Kommunen zahlen von diesen Bundeszuschüssen bisher „angemessene“ Mietzuschüsse an Menschen mit geringem Einkommen. Zukünftig sollen Pauschalen möglich sein, die von den realen Mietpreisen abgekoppelt sind.

- Der Entwurf für eine **Kindergrundsicherung** sieht eine Zusammenführung von Bürgergeld für Kinder, Kindergeld und Kinderzuschlag vor. Werden die derzeitigen Pläne wirklich umgesetzt, wird

das zu keiner Verbesserung bei der Kinderarmut führen. Nach Einschätzung von Fachleuten und Sozialverbänden wird es sogar zu Verschlechterungen des Lebensniveaus bei den ärmsten Familien kommen. Ein neues Sanktionsrecht und der Ausschluss von Menschen mit

eingeschränkter Aufenthaltserlaubnis werden die Armut verstärken.

- Weitere deutliche Kürzungen sind in der **Bildung**, im **Wohnungsbau**, der **Familienpolitik**, bei der **Altersversorgung**, bei der **Bahn**, im **Umwelt- und Naturschutz** und bei der **Integration** Geflüchteter geplant.

Zeitenwende für Hochrüstung und Krieg

Nur der Haushalt für das Militär steigt auf 51,8 Milliarden Euro. Dazu kommen noch Mittel aus dem 100-Milliarden-Sondervermögen plus Ausgaben zur Modernisierung der Bundeswehr. Die Rüstungsausgaben sollen auf zwei Prozent des BIP (Bruttoinlandsprodukt) steigen, das im letzten Jahr 3870 Milliarden Euro betrug. Zwei Prozent davon wären 77 Milliarden Euro.

Und die Forderungen gehen immer weiter!

Im SPIEGEL war im Juli 2023 zu lesen: „80 bis 130 Milliarden Euro jährlich müsste Deutschland mindestens für Militär ausgeben. Die Geschichte lehrt, dass es nötig ist.“

Was die Geschichte aber bisher gelehrt hat, ist et-

was anderes! Mehr Rüstung und mehr Krieg lösen kein einziges Problem der Menschheit, sondern schaffen neue Probleme. Wenn das Geld für Rüstung ausgegeben wird, fehlt es bei Bildung, Gesundheit und anderen sozialen Aufgaben. Steigende Armut, Umwelt- und Ressourcenerstörung können nur im Frieden und mit internationaler Zusammenarbeit angegangen werden.



Herausgeber:
DIE LINKE. Wetterau
VISdP.: Gabi Faulhaber
Friedberg. e-mail:
info@die-linke-wetterau.de
Infos zur Kommunalpolitik
finden Sie auf
www.die-linke-wetterau.de

3.3 Werner Bischoff: Soziale Verwerfungen in Reinheim

REGE: Gespräch mit einer Reinheimer alleinerziehenden Mutter. Gibt es noch einen Sozialstaat?

Im Folgenden ist ein Gespräch dokumentiert, welches Werner Bischoff mit einer alleinerziehenden Mutter in Reinheim führte. Es thematisiert ihre Armutserfahrungen, ihre Sicht auf die Politik sowie die drohende Schließung der Reinheimer Erwerbslosengemeinschaft e.V. („REGE“):

„Kinderarmut wird nicht in Reinheim behoben. Sie wird aber auch kaum gelindert. Außer 2 Reinheimer Sozialvereinen – jämmerlich von der öffentlichen Hand bezuschusst – geschieht in Reinheim nicht viel. In anderen Kreiskommunen ist es noch viel schlimmer“ – so die Reinheimer alleinerziehende Mutter im Gespräch mit mir.

„Ich lese Zeitschriften – schaue Fernsehen. Ich sehe das Gezerre um die Kindergrundsicherung zwischen Bündnis 90/Die Grünen und der FDP. 2 Mrd. sollen reichen so die FDP. 20 Mrd. mindestens werden gebraucht, um den Kindern zu helfen“, so die Mutter. Schon heute beantragen viele Mütter aus Stolz oder Scham in Reinheim keine Leistungen.

„Ich sehe doch, dass einerseits Politiker Steuergelder verprassen, und andererseits den Bedürftigen die Gebühren durch die Kommunen, ob direkt oder indirekt, erhöht werden. Das sei alternativlos – sagt die Politik.“

„Für was braucht ein Politikerin 100 000€ im Bundestag für eine Visagistin? Was verdienen Politiker – ob im Stadt-, Kreis-, oder Landesparlament? Was verdienen wir? Es wurde berechnet, dass für Visagistinnen, Fotografen und Frisöre 1,5 Mio. im Bundestag bereit stehen. Ich kann mir den Frisör vom Bürgergeld kaum leisten.“

„Ich sehe doch, dass immer mehr in die Armut absinken und sich nicht das Nötigste für sich und ihre Kinder leisten können. Dabei werden Milliarden in die Wirtschaft und das Militär gepumpt“ – schimpft sie. Sind wir deswegen wählen gegangen?“

„Da wurden 10 Mrd. für Intel investiert. Wann endlich investiert die Politik diese 10 Mrd. in die Kindergrundsicherung? Da wird an der falschen Stelle investiert. Das Geld was wir jetzt nicht für unsere Kinder ausgeben, müssen wir später wieder in sie investieren. Das ist in Reinheim und anderswo gleich...“

Es könnte die Kreisumlage gesenkt werden, wenn endlich einer von 3 Hauptamtlichen im Landkreis eingespart werden würde. Damit könnte man sparen – oben und nicht unten. Davon reden nicht die Politiker – wenn eingespart werden muss, „merken wir das – ganz unten“, so sagte sie mir.

Die Frage lautete „Gibt es noch einen Sozialstaat? Ja es gibt ihn. Aber der wird benutzt, unsinnige und überhöhte Ausgaben zu finanzieren – kaum, um uns zu helfen. Es wird am Personal in den Sozialabteilungen gespart – die Folge: Ich warte monatelang auf einen Bescheid, weiß kaum wie, ich die Miete zahlen soll - gehe betteln bei der REGE und dem Kindersozialfonds. In Reinheim kann man noch betteln – woanders nicht! Was ist da noch sozial? Kümmert das irgendjemand in den Parlamenten, ob in Reinheim oder anderswo? Ist dort überhaupt jemand von der Grundsicherung betroffen? Für uns wird wahr: 'Geh nicht ohne Rechtsanwalt in ein Jobcenter!' Was ist da sozial?

Als Mutter erwarte ich von einem Stadtparlament-, vom Kreis- und Landtag nicht nur Blah-Blah-Blah, sondern Hilfe. Wenn sich nun ein Parlamentarier 'auf den Schlips' getreten fühlt, sage ich ihm: 'Komme zu uns und lebe mal einen Monat mit uns.' Man muss ja kein Hellseher sein, dass durch die Milliarden an Kriegskosten alles in Zukunft noch schlimmer wird. Was ist da sozial?"

„Warum gibt man nicht beiden Reinheimer Sozialvereinen so viel Geld, dass wir nicht betteln müssen? Wie verrückt ist denn das? 3 Kreisbeigeordneten kosten mit Sekretär, mit geleastem PKW und persönlichem Referent 1,5 Mio pro Jahr. Was ist denn an der heutigen Politik noch sozial?"

„Ihr seht doch, wie eure Gutscheine euch aus der Hand gerissen werden. War da schon mal ein Bürgermeister dabei? Ich kann mich nicht erinnern.“

„Ich wähle bestimmt nicht die AfD. Aber ich weiß auch nicht wen ich sonst noch wählen soll. Ich gehöre zu der größten Gruppe der Nichtwähler – die keine AfD wählen, aber sonst nicht wissen, wen sie sonst wählen sollen. Soll ich Blah-Blah-Blah wählen?“, meint sie ziemlich enttäuscht vom parlamentarischen System. Nochmals, die Reinheimer Bedürftigen können froh sein in Reinheim zu leben. Da gibt es wenigstens noch etwas Unterstützung.

„Aber wir sollen doch in einer Demokratie leben, so lese ich überall. Wo ist denn die bei uns Armen? Ich suche die und finde die nicht. Kann mir ein Reinheimer Bürger helfen? Klar, die Reinheimer Vereine finanzieren sich hauptsächlich über eine noch nie dagewesene Spendenbereitschaft vieler Bürger! Aber so kann es nicht mehr weiter gehen...“, meinte sie zu mir.

Wir kennen Name und Adresse der Reinheimer Bürgerin. Sie sprach vieles aus, was den Bedürftigen fehlt. Wir verstehen ihren Zorn, ihre Hilflosigkeit und stets steigende Armut.

Der REGE-Vorstand möchte vor seiner endgültigen Auflösung am 31.12.2023 kurz vor Weihnachten nochmals eine Gutscheinaktion durchführen. Das kostet uns mehrere tausend Euros, die wir derzeit nicht mehr haben. Wir rufen auf:

„Helft zu Weihnachten den Ärmsten. Spendet an die IBAN DE 88 5085 2651 0175 1059 31 REGE e.V. . Sie erhalten letztmals noch einmal eine Spendenquittung,.

Vielen Dank, DIE REGE.“

Aus weiteren Gesprächen mit Alleinerziehenden in Reinheim (redaktionell gekürzt):

Im südhessischen Reinheim ist jedes vierte Kind unter 18 Jahren von Existenzarmut betroffen. Die Reinheimer Erwerbsloseninitiative REGE verteilte 40 Lebensmittel-Gutscheine eines Lebensmittelmarktes – hauptsächlich an alleinerziehende Mütter/Väter über je 150€. Hier eine kleine Auswahl von Meinungen von denen, die ganz unten leben müssen, die kaum Hilfe haben und über die in den gängigen Medien kaum gesprochen wird:

„Uns bläst der Armutswind direkt in das Gesicht. Wir, die Grundsicherungs-Empfänger/innen, sind die Hauptbetroffenen von Energieerhöhungen, von Inflation und zu niedrigen Regelsätzen. Wie soll ich meine 4 Kinder von 3,43 € bis 5 € pro Tag für Nahrungsmittel ernähren?“

„So ein Gutschein hilft uns echt. Die Sorgen, wie ich die hungrigen Mäuler stopfen soll, wachsen mir gerade über den Kopf.“

„Die Gutscheine kommen wie gerufen. Der Geburtstag eines meiner Kinder ist gerettet.“

„Ich bräuchte diesen Gutscheine ganz dringend. Laufende Erhöhungen, Versicherungen, Nebenkosten. Nachzahlungen des Mieters – von dem bisschen kann ich das nicht zahlen.“

„Habt ihr auch einen für meine Schwester aus dem Nachbarort? Der geht es ebenso dreckig wie uns. Habt ihr auch einen für eine kurdische Familie aus der Wohnung im ersten Stock? Die sprechen kaum deutsch.“

„Das Gefeielsche um die Kindergrundsicherung von Familienminister Paus – mittlerweile von ihrer zu niedrigen Forderung von zwölf Millionen auf 2 bis 4 Millionen reduziert – geht auf meine Kosten. Nötig wären 20 Millionen für eine wirksame Kindergrundsicherung. Das ist genau der Betrag, den Verteidigungsminister Pristorius nun allein für Munition ausgeben will. Die Prioritäten der Ampel stehen auf Aufrüstung und Krieg. Wir, die armen Familien, sind die Hauptbetroffenen dieser unsozialen Politik.“

„Dieser unsinnige Krieg gegen Russland muss endlich beendet werden! Gemeinsame Sicherheit ist nur mit Russland möglich. Anders geht es nicht. Das weiß jeder! Diese Milliarden für diesen Krieg fehlen uns – den Ärmsten. Es wird an uns hauptsächlich gespart.“

„Löst euren Verein REGE zum 31.12.2023 nicht auf! Ihr helft uns direkt. Ihr habt bekannte Spender – wie den Eliteforscher Prof. Michael Hartmann. Ihr leitet das Geld ohne Verwaltungskosten direkt an die, die das Geld dringend brauchen, weiter.“

„Macht in Reinheim weiter – ihr werdet immer wichtiger! Von der Politik haben wir – die Ärmsten – nichts zu erwarten.“

Diese Familien habe keine finanzielle Puffer mehr. Diese Armut wird ihnen von der Politik zugemutet. Sie erhöht sich durch stetige Gebührenerhöhungen in den Kommunen. Sie wird durch eine extreme Papierflut (Pakt für den Ganzttag) bei der Beantragung von Leistungen immer mehr zum Problem.

Aus zwei Anträgen Werner Bischoffs im Kreistag Darmstadt-Dieburg vom 25.09.2023:

Sofortzuschlag per 1.7.2022 rückwirkend gewähren – Antrag Abg. Bischoff (fraktionslos)

Beschlussvorschlag:

Der Kreistag Darmstadt Dieburg fordert den Kreisausschuss auf

1. rückwirkend zum 1.7.2022 im Zuge von Überprüfungsanträgen des SGB X /§44 den Sofortzuschlag für Familien mit Kindern in Grundsicherung in Höhe von 20 € im Landkreis Darmstadt Dieburg gemäß § 72 SGB II - §145 SGB XII - §16 AsylBlg, § 6 a Abs, 2 BKKG §88f BVG) unmittelbar zu gewähren.
2. Die Leistungsbescheide der Sozialverwaltungen des Landkreises Darmstadt Dieburg derart zu ändern, dass der Bedarf für den o.g. Sofortzuschlag für Mütter und Väter der Grundsicherung in Höhe von 20 € ersichtlich ist. Dies ist derzeit nicht der Fall.

Begründung:

Frau Esken (SPD) rief zu einer Kommunikationsoffensive aus. Sie sagte „Wir müssen stärker als bisher herausstellen, dass unsere Politik den Menschen konkret hilft. Die Fraktionslose Linke fordert im Kreistag Darmstadt Dieburg die SPD auf, dies endlich umzusetzen.

Der Sofortzuschlag in Höhe von 20 € pro Kind wurde vom Bundestag als Mittel zur Einführung der Kindergrundsicherung (Wahrscheinliche Einführung 2025) beschlossen, Dieser Beschluss des Bundestages ist rechtsbindend und sofort umzusetzen. Dies wurde – nach meiner Sichtweise – nur in wenigen Fällen von der Verwaltung der KFB realisiert. „Den Müttern und Vätern in Grundsicherung konkret zu helfen, dazu rufe ich hier auf. Ein Bundestagsbeschluss für Alle Betroffenen umzusetzen, das muss ihre Aufgabe – liebe SPD und christliche Mitglieder der Parteien – heute sein.

Energieversorgung ist ein elementarer Bestandteil der menschlichen Existenzsicherung – Antrag Abg. Bischoff (fraktionslos)

Beschlussvorschlag:

1. Der Kreistag Darmstadt Dieburg fordert den Kreisausschuss auf, in Verhandlungen mit den lokalen Hauptstromanbietern Entega, Mainova und der GGEW darauf hinzuwirken, dass bei vorgesehenen Stromsperrungen vorerst eine Mediationsabteilung der Kreisverwaltung Darmstadt Dieburg informiert wird. Und zwar insbesondere bei Grundsicherungs-, Wohngeld- und Bürgergeldempfängern, ferner bei Empfängern nach dem Asylbewerberleistungsgesetz des Amtes für Soziales. Diese Mediationsabteilung gegen Stromsperrungen ist umgehend mit entsprechendem Personal zu besetzen.
2. Die Mediationsabteilung des Landkreises prüft, ob die vom Gesetzgeber zum 1.1.2021 eingeführte Schutzvorschrift zur Sperrung von Energielieferungen eingehalten wurde, darüber hinaus ob sich die drohende Stromsperrung durch verwaltungstechnische Maßnahmen oder durch schnelle Gewährung eines Stromdarlehens (§ 22 Abs 8 SGB II) verhindern lässt.
3. Die Mediationsabteilung steht in direktem Kontakt mit den Abteilungen, die für Stromsperrungen und deren Abwicklung zuständig sind.
4. Die Bearbeitungszeit pro Stromsperrung beträgt maximal 2 Wochen.

Begründung:

Stromschulden und Stromsperrungen sind im Landkreis Darmstadt Dieburg kein Randphänomen. Spätestens nach der Kriegseskalation 2022 in der Ukraine und der Sprengung von Gasleitungen in der Ostsee steigen die Gas- und Energiepreise in bislang nicht bekannter Weise. Damit einher steigt auch die Zahl der Stromsperrungen. Bei 234.926 Kunden wurde deutschlandweit 2021 die Stromversorgung wegen nicht gezahlter Rechnung tatsächlich unterbrochen, dies ein Anstieg von zwei Prozent gegenüber 2020 (230.015 Fälle). Die Tendenz ist besorgniserregend und muss auch im Landkreis Darmstadt Dieburg zur Kenntnis genommen und behoben werden.

Wobei es deutschlandweit 4 Mio. Androhungen von Unterbrechungen gab. Die hohe Zahl der Androhungen zeigt, dass sehr viele Haushalte - auch im Landkreis Darmstadt Dieburg - Zahlungsprobleme haben. Oft ist Einkommensarmut bei Bezieher/innen von Grundsicherung die Ursache, der Kreistag Darmstadt Dieburg sollte dem nicht länger tatenlos zuschauen.

Der deutsche Sozialstaat, stellvertretend Kommunal- und Kreisverwaltung, ist im Rahmen der Daseinsvorsorge gefordert, eine Versorgung der Haushalte - viele mit Kindern - sicher zu stellen, die den Kriterien der Menschenwürde entspricht, und das ist derzeit nicht der Fall. Bei Menschen in armutsnahen Lebenslagen muß der Sozialstaat auf das erhöhte Überschuldungsrisiko deutlich reagieren und ausgleichend handeln. In SGB 1 ist soziale Sicherheit und soziale Gerechtigkeit angemahnt. Die Energieversorgung muss als Teil der Daseinsvorsorge begriffen werden, die starke öffentliche Verantwortung erfordert.

3.4 Eyup Yilmaz: Bericht der Offenen Mietensprechstunde der LINKEN im Römer

Wie lange machst Du bereits die Offene Sprechstunde zum Thema Wohnen in Frankfurt? Wie kamst du auf die Idee?

Ich beschäftige mich seit dem Jahr 2000 mit dem Thema Wohnen. Nach meiner Mitgliedschaft bei "Mieter helfen Mietern" und der Mietinitiative Gallus habe ich bereits einigen Mieterinnen oder Familien geholfen, die verschiedene Probleme hatten. Als ich im Jahr 2011 in den Ortsbeirat gewählt wurde, habe ich im Gallusviertel vielen Familien mit Migrationshintergrund bei schulischen Angelegenheiten, aber auch schon damals bei Wohnungsproblemen geholfen.

Als ich im Jahr 2016 als Stadtverordneter gewählt wurde, hat meine Fraktion mir die Zuständigkeit für das Thema Planen, Bauen und Wohnen übertragen. Da habe ich nicht lange gezögert und bei meiner Fraktion beantragt, offizielle Bürgersprechstunden einzuführen. Mir war klar, dass, wenn man jemandem hilft, dieser jemand es seinen Freunden weitererzählt, und auf diese Weise kann man immer mehr Menschen durch Unterstützung gewinnen und für politische Anliegen sensibilisieren.

Ich bewerbe meine Sprechstunden auf unserer Homepage und habe zu Beginn auch durch Pressemitteilungen und in sozialen Medien auf sie aufmerksam gemacht.

Womit beschäftigt Ihr Euch vor allem? Wie hilft Ihr den Menschen, die zu Euch kommen?

Wohnungsprobleme sind vielfältig: Mieterhöhungen, Mietnebenkosten, Wasserschäden, Schimmelbildung, Zwangsräumungen und vor allem Modernisierungen, Aufstockungen und Nachverdichtungen sind einige der häufigsten Probleme.

Wir arbeiten eng mit den Mietinitiativen zusammen. Wenn Mieterinnen und Mieter zu uns kommen, nehmen wir uns Zeit, um ihre Probleme anzuhören, und falls erforderlich, verlangen wir Mietunterlagen, um die Situation besser zu verstehen. Wir beraten in Ruhe, und wenn das Problem rechtlicher Natur ist, verweisen wir an "Mieter helfen Mietern e.V.", bei dem ich selbst auch Mitglied bin. Diese Organisation verfügt über kompetente Rechtsanwälte, die die rechtlichen Aspekte des Problems angehen.

Wenn das Problem politisch lösbar ist, bereiten wir Anfragen und Anträge vor und setzen uns auf parlamentarischer Ebene für die Sache ein. Bei Zwangsräumungen arbeiten wir natürlich mit stadtweiten Initiativen zusammen, insbesondere mit "Stadt für Alle", und organisieren öffentliche Kundgebungen und Proteste vor Ort.

In den letzten Jahren gab es vermehrt Modernisierungen in verschiedenen Stadtvierteln. Mieterinnen und Mieter kommen zuerst zu uns, und ich berate sie, lade die Mietinitiativen dazu ein und schaffe eine vertrauliche Atmosphäre. Wir halten den Kontakt und überlassen außerparlamentarische Maßnahmen den Mietinitiativen. So bleiben wir stets über Modernisierungsprojekte und Probleme in der Stadt informiert. In den von Gentrifizierung und Segregation betroffenen Stadtteilen veranstalten wir regelmäßige kritische Rundgänge.

Inwiefern nimmt der soziale Druck seit der Energiekrise zu? Kommen mehr Menschen zu Euch in letzter Zeit?

Im letzten Jahr gab es aufgrund der Energiekrise erhöhten Druck, da einige Menschen Schwierigkeiten hatten, die steigenden Energie- und Heizkosten zu bewältigen. Die städtische ABG-Holding erhöhte allein die Energie- und Heizkostenvorauszahlungen um 110 Prozent. Allerdings hat sich die Lage in diesem Jahr etwas beruhigt, da die Preise zumindest stabilisiert wurden.

DIE LINKE überlegt gerade viel, wie sie wieder sozial bedeutsamer werden kann. Was würdest Du mit Deinen Erfahrungen empfehlen?

Es gibt sehr erfolgreiche Beispiele wie den Wetteraukreis, die LINKE Hartz-4-Hilfe und die Kasseler Linke-Sprechstunden, sowie die Grazer KPÖ. Meine Erfahrung zeigt, dass, wenn man Menschen in schwierigen Situationen hilft, man sie als Unterstützerinnen im Kampf gegen den Kapitalismus und gegen Rassismus zurückgewinnen kann. Das fördert die ideologische Entwicklung und stärkt die Präsenz der Partei.

Ich empfehle nach wie vor, dass jede Kommune, in der linke Kraft und die Möglichkeit dazu besteht, solche Bürgersprechstunden einführen sollte.

Wie kann man Dich bei Deiner Arbeit unterstützen?

Ich biete seit 7 Jahren Bürgersprechstunden an. Um meine Arbeit zu unterstützen, ist ein Austausch mit anderen Kommunen wichtig, die ähnliche Bürgersprechstunden anbieten, um voneinander zu lernen und sich zu vernetzen. Dies trägt zur auch Stärkung der parteipolitischen Arbeit bei.

Interesse? Infos: <https://www.dielinke-im-roemer.de/offene-sprechstunden-zur-wohnungspolitik/>



Den Sozialabbau in der Wohnungspolitik veranschaulichen: Eyup Yilmaz beim kritischen Stadtteilrundgang im Bahnhofsviertel

3.5 Gegen den sozialen Krieg – Dokumentation einer Konferenz vom 8.7.23

Auf Anraten eines befreundeten Gewerkschafters dokumentieren wir folgenden Bericht:

Am 8. Juli trafen sich Kolleginnen und Kollegen, engagierte Kräfte des Widerstands gegen den Krieg in einer Video-Konferenz: Es lagen über 100 Anmeldungen aus Deutschland u.a. von Gewerkschafter*innen, von Gruppen von der Sammlungsbewegung aufstehen, der Koordination „Was Tun“ und Gruppen der Friedenbewegung vor, sowie Anmeldungen bzw. Grußadressen zur Unterstützung der Konferenz aus 14 weiteren Ländern, aus Italien, Spanien, Frankreich, Belgien, Rumänien, Portugal, Griechenland, Norwegen, Serbien, Schweiz, Island, Schweden, Dänemark und Österreich. In Spanien trafen sich Kolleg*innen in Versammlungen in Gewerkschaftshäusern, um gemeinsam an der Konferenz teilzunehmen. In Deutschland wurde u.a. in Berlin, Frankfurt/M. und Baden-Württemberg zu hybriden Veranstaltungen eingeladen. Auch in anderen Ländern gab es hybride Versammlungen.

Die Einladung für die europäische Konferenz ging zurück auf den Vorschlag der Veranstaltung „gegen den Krieg – gegen den sozialen Krieg“ am 4. März 2023 in Berlin, an der 150 Kolleginnen und Kollegen teilgenommen hatten.

In der Diskussion am 8. Juli stand die Frage im Zentrum, wie die Widerstandskräfte auf europäischer Ebene eine Verbindung der Widerstandskräfte schaffen können, um ihre Erfahrungen auszutauschen und zu diskutieren, wie der Kampf gegen die Kriegspolitik der Regierungen in jedem Land gegenseitig unterstützt und gestärkt werden kann – in einer Situation, in der die Regierungen die Völker und die Arbeitnehmer immer tiefer in eine militärische Eskalation treiben wollen.

Mit über 30 Beiträgen wurde die Diskussion sehr solidarisch und unter gegenseitiger Respektierung unterschiedlicher politischer Herkunft geführt. Ein besonderer Dank der Konferenz galt Sahra Wagenknecht, Sevim Dagdelen, sowie Ögmundur Jonasson (Kämpfer gegen den Krieg) aus Island und Ratibor Trivunac (anarchosyndikalistischer Aktivist) aus Serbien, die Beiträge für diese Konferenz als Video-Aufnahmen geschickt haben, die eingespielt wurden.

Es lag eine Abschlusserklärung vor, die ausgehend von der Einladung diese durch drei konkrete Vorschläge ergänzt hat:

- Die Beiträge und Grußadressen der europäischen Konferenz werden in einer Dokumentation veröffentlicht.
- Es soll eine europäische Präsenz-Konferenz „gegen den Krieg – gegen den sozialen Krieg“ in Berlin vorbereitet werden.
- Die Teilnehmer*innen setzen sich das Ziel, ein europäisches Verbindungskomitee „gegen den Krieg – gegen den sozialen Krieg“ zu schaffen. Ein erstes Treffen per Video könnte im September stattfinden.

„Wir haben keine Zeit“, hat ein Kollege gewarnt. Sie treiben die Eskalation dieses Kriegs immer weiter voran (Lieferung von Streubomben durch die USA; Plan der Aufnahme der Ukraine in die Nato) bis hin zur Gefahr eines nuklearen Holocaust, so die in mehreren Beiträgen geäußerte Sorge.

In seiner Einführung hat Gotthard Krupp die Frage aufgeworfen, was bei diesem Treffen auf dem Spiel steht: „Es ist von größter Dringlichkeit, dass die Widerstandskräfte ihre Erfahrungen austauschen und diskutieren, wie ihre Verbindung auf europäischer Ebene gefördert werden kann; wie sie sich in einem Netzwerk auf europäischer Ebene organisieren können.“

Alle Redner*innen waren sich des Ernstes der Lage bewusst: „Die gegenwärtige Weltlage hat viele Ähnlichkeiten mit der Situation kurz vor dem Weltkrieg“, so Marielle Leraand aus Norwegen.

Alle Beiträge haben eindrucksvoll dokumentiert, dass diese militärische Gewaltspirale, begleitet wird von zunehmenden Unterdrückungsmaßnahmen gegen das eigene Volk, um die Verschärfung der Angriffe auf alle erkämpften sozialen Errungenschaften zu erzwingen. Es ist die arbeitende Bevölkerung, die für Krieg und Krise zahlen soll.

Die Teilnehmer*innen waren sich einig in der Verteidigung der Forderungen für:

- den sofortigen Waffenstillstand und Verhandlungen!
- Nein zu Waffenlieferungen!
- Aufhebung der Sanktionen!
- Nein zu Hunderten Milliarden starken Kriegshaushalten! Milliarden für Krankenhäuser, Schulen, Kommunen ...
- Für die Verteidigung des Reallohns! Allgemeiner Preisstopp!
- Nein zur Nato – Nein zu Putin!

Wie Rosa Luxemburg schon angesichts des bevorstehenden 1. Weltkriegs gesagt hat: Nur die Arbeitermassen können den Rüstungswahnsinn und die Kriegssorgie stoppen.



Weitere Informationen, Dokumente und Reden des Kongresses unter:

<https://gegendenkrieg-gegendsozialenkrieg.info/>



Neben der konkreten Beratung ist auch ständige Fortbildung und öffentliche Debatte für linke Sozialpolitik von Bedeutung: Szene aus der Podiumsdiskussion des 10jährigen Jubiläums der Linken Hartz-4-Hilfe Wetterau, heute SOS-Sozialsprechstunde Wetterau

4.1 Hajo Zeller: Reaktion auf Müller-Maiges „Marxismus – Grundlagen linker Politik“

Mir ist aufgefallen, dass in dem Artikel das Wort „Freiheit“ nicht ein einziges Mal vorkommt. Daher zunächst dieses Zitat des Altmeisters aus Trier (Aus: Karl Marx: Das Kapital. Kritik der politischen Ökonomie. Dritter Band. Berlin 1988. S. 828)

Das Reich der Freiheit

»Das Reich der Freiheit beginnt in der Tat erst da, wo das Arbeiten, das durch Not und äußere Zweckmäßigkeit bestimmt ist, aufhört; es liegt also der Natur der Sache nach jenseits der Sphäre der eigentlichen materiellen Produktion. Wie der Wilde mit der Natur ringen muss, um seine Bedürfnisse zu befriedigen, um sein Leben zu erhalten und zu reproduzieren, so muss es der Zivilisierte, und er muss es in allen Gesellschaftsformen und unter allen möglichen Produktionsweisen. Mit seiner Entwicklung erweitert sich dies Reich der Notwendigkeit, weil die Bedürfnisse sich erweitern; aber zugleich erweitern sich die Produktivkräfte, die diese befriedigen. Die Freiheit in diesem Gebiet kann nur darin bestehen, dass der vergesellschaftete Mensch, die assoziierten Produzenten, diesen ihren Stoffwechsel mit der Natur rationell regeln, unter ihre gemeinschaftliche Kontrolle bringen, statt von ihm als von einer blinden Macht beherrscht zu werden; ihn mit dem geringsten Kraftaufwand und unter den ihrer menschlichen Natur würdigsten und adäquatesten Bedingungen vollziehen. Aber es bleibt dies immer in Reich der Notwendigkeit. Jenseits desselben beginnt die menschliche Kraftentwicklung, die sich als Selbstzweck gilt, das wahre Reich der Freiheit, das aber nur auf jenem Reich der Notwendigkeit als seiner Basis aufblühen kann.

Die Verkürzung des Arbeitstages ist die Grundbedingung

Ich verstehe die Philosophie von Marx, als einen Protest gegen die Entfremdung des Menschen, gegen den Verlust seiner selbst und seine Verwandlung in ein Ding. Dieser Protest richtet sich gegen die Dehumanisierung und Automatisierung des Menschen, die mit der Entwicklung des westlichen Industrialismus eng verbunden ist.

Es ist eine radikale Kritik an allen jenen „Antworten“, die das Problem der menschlichen Existenz zu lösen suchen, indem sie die in ihr beschlossenen Widersprüche leugnen oder verschleiern. Die Kritik wurzelt in der humanistischen philosophischen Tradition des Westens, die von Spinoza über die französische und deutsche Aufklärung des achtzehnten Jahrhunderts bis zu Goethe und Hegel reicht, und deren innerstes Wesen die Sorge um den Menschen und um die Verwirklichung seiner Möglichkeiten ist.

Wenn Marx in einem Brief an Johann Phillip Becker behauptet, sein Hauptwerk „Das Kapital – Kritik der politischen Ökonomie“ sei sicher „das furchtbarste Missile (Geschoss H.Z.), das den Bürgern (Grundeigentümer eingeschlossen) noch an den Kopf geschleudert worden ist“ muss sich meine Einschätzung auch in „Das Kapital“ wiederfinden.

Siegfried Müller Maige schreibt, „In Gesellschaften, in denen die kapitalistische Produktionsweise herrscht, stehen dabei die Eigentumsverhältnisse im Zentrum.“ Diese Einschätzung halte ich für nicht haltbar. Die Eigentumsverhältnisse sind sicherlich ein zentrales Element der kapitalistischen Produktionsweise. Das grundlegende Merkmal der kapitalistischen Produktionsweise sind sie nicht.

Das Kapital beginnt mit den Sätzen: „Der Reichtum der Gesellschaften, in welchen kapitalistische Produktionsweise herrscht, erscheint als eine »ungeheure Warensammlung«, die einzelne Ware als seine Elementarform. Unsere Untersuchung beginnt daher mit der Analyse der Ware.“

Von der Analyse der Ware ausgehend, entwickelt Marx eine Kritik der politischen Ökonomie, so hieß die Volkswirtschaftslehre zu seiner Zeit. Die Kurzform lautet in etwa:

In einer kapitalistischen Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung werden die benötigten Güter und Dienstleistungen (die „Lebensmittel“ im weitesten Sinne) als „Waren“ produziert. Über „Kauf“ und „Verkauf“ werden sie ihrer Bestimmung zugeführt, menschliche Bedürfnisse (seien sie gesamtgesellschaftlich oder individuell) zu befriedigen.

„Waren“ haben ein doppeltes Gesicht. Einerseits sind sie nützliche Dinge, andererseits sind sie Träger von „Wert“. Die Menschen brauchen die nützlichen Dinge und deren Qualitäten. Dies nennt man den „Gebrauchswert“ der Ware. Die ökonomischen Einheiten, die Wirtschaftssubjekte, welche die Waren produzieren, brauchen im Kapitalismus den „Mehrwert“, der sich im Geld manifestiert. G-W-G' heißt es bei Marx. Bei der Produktion von „Mehrwert“ ist es völlig wurscht, mit welchen Produkten der „Mehrwert“ erzielt wird. Jacken wie Hosen, Vorlesungen oder Braunkohleabbau, Straßenbau oder Kriegsgerät, für die Produktion von „Mehrwert“ ist die „Qualität“ der Produkte unerheblich. Es zählt die schiere „Quantität“ (Tauschwert) des Geldes, welche „Waren“ repräsentieren. Für die Befriedigung menschlicher Bedürfnisse gilt dies nicht. Hier kommt es auf den Gebrauchswert, die „Qualität“ der Waren an.

Aus diesem Widerspruch, dass die ökonomischen Einheiten den Tauschwert brauchen und die Menschen den Gebrauchswert, erwachsen die Scheußlichkeiten des Systems. Und die nicht mehr beherrschbaren Zumutungen.

Diesen Zumutungen ist auf Dauer nur zu entgehen, indem das warenförmige System aufgehoben wird. Das heißt die Basiskategorien des Kapitalismus, „Ware“, „Wert“, „Geld“, „Zins“, „Kapital“, „Lohnarbeit“ und deren Ableitungen müssen bei der Organisation der Gesellschaft aufgehoben und transformiert werden. Ohne diese Aufhebung bleiben alle gesellschaftlichen und ökonomischen Veränderungen vergebliche Liebesmüh. Fürchte ich.

Der Feind des guten Lebens ist nicht so sehr der „Kapitalist“, dieser ist nur eine „Charaktermaske“, wie Marx sagt, sondern es ist das „Automatische Subjekt“, der „sich selbst verwertende Wert“, der sich die Welt ohne Rücksicht auf Mensch und Natur einverleibt.

Dieser Prozess, in dem die einzelnen Menschen nur noch mehr oder weniger große Rädchen (wobei Rädchen zu mechanistisch gedacht ist, aber mir fällt kein besseres Wort ein) sind, ist natürlich viel schwieriger zu beschreiben, zu analysieren, zu bekämpfen, anzuhalten oder gar zu transformieren als ein Gegner aus Fleisch und Blut.

Meiner Ansicht sollte es eine der Hauptaufgaben der Partei DIE LINKE sein, diese Sachverhalte herauszuarbeiten und zu propagieren. Und somit die Aufgabenstellung aus dem Zitat zum Reich der Freiheit, „dass der vergesellschaftete Mensch, die assoziierten Produzenten, diesen ihren Stoffwechsel mit der Natur rationell regeln, unter ihre gemeinschaftliche Kontrolle bringen, statt von ihm als von einer blinden Macht beherrscht zu werden; ihn mit dem geringsten Kraftaufwand und unter den ihrer menschlichen Natur würdigsten und adäquatesten Bedingungen vollziehen" zu bewältigen.

Aus diesem Grund ist es auch unabdingbar allen Entwicklungen entgegenzutreten, die dem „automatischen Subjekt" zusätzlich zur ökonomischen Macht und Gewalt Instrumente von Macht und Kontrolle von Daten aller Art überlässt. Aber das ist noch einmal ein anderes Thema. Zur Einstimmung vielleicht dieser Text von Daniel Sandmann „Es werde Ware" und das Dossier von Norbert Häring „Macht und Kontrolle".

4.2 Siegfried Müller-Maige: Nachtrag zu „Marxismus – Grundlagen linker Politik“

Verständlicherweise fanden einige meinen Artikel in der ersten Broschüre von „Die Linke – Quo vadis?“ ziemlich abstrakt; Frage: Wie kann der Anspruch marxistischer Grundlagen in politische Praxis umgesetzt werden (z.B. Straßendiskussion, aktuelle Artikel etc.)? Dazu drei Anmerkungen:

1. Gesellschaftliche Probleme analysieren

Wer über Krieg und Frieden, Klassenfragen, Rüstungsindustrie, Neoliberalismus und soziale Fragen schreibt oder diskutiert (alles Themen aus dem gleichen Heft), beginnt realistischerweise dort, wo die Menschen die Probleme wahrnehmen, also an der Oberfläche / Erscheinungsebene. Und dort müssen die Menschen abgeholt werden. Allerdings soll die Diskussion nicht auf dieser Ebene verbleiben, denn das bringt i.d.R. sehr wenig bis nichts. Auf dieser Ebene sind uns bürgerliche und rechte Argumentationen meist im Vorteil, weil einfach und kurz, aber unterkomplex.

Als marxistische Linke müssen wir tiefer analysieren, müssen den sozialen, politökonomischen und sozio-kulturellen Kern des Problems erkennen. Dazu sind marxistischen Grundlagen wichtig und hilfreich. Wie man dann mit diesen Erkenntnissen in konkreten Situationen umgeht, ist eine andere Frage. Leider ist dafür in Diskussionen oft keine Zeit und in Artikeln kein Platz. Dennoch dürfen unsere Argumente nicht oberflächlich bleiben. Marxistische Kenntnisse können das verhindern. Die politische Herausforderung besteht also darin, so kurz und verständlich wie möglich, aber immer noch links (marxistisch) zu argumentieren.

2. Marxismus und Alltagsbewusstsein

Wie man diese zusammenbringt, hängt natürlich vom Ziel und der Zielgruppe ab, also davon, ob es um ein Flugblatt, einen Diskussionsbeitrag, einen Artikel oder um ein Buch geht.

2.1 Wer ein wissenschaftliches und politisches Buch wie DAS KAPITAL schreibt, folgt am besten dem von Marx gewählten Weg. Das, was erklärt werden soll und was jeder sehen und beobachten kann – Zins, Grundrente und Arbeitslohn – behandelt Marx erst am Ende des 3. Bandes (trinitarische Formel). Die Analyse dieser Erscheinungsformen hat ihn zur Elementarform des Reichtums in bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaften geführt, zur Ware, ihrem Doppelcharakter, zum Wert, zum Geld und zur Ware Arbeitskraft. Die Darstellung seiner Analyse beginnt also dort, wo seine Forschung, die Analyse der konkreten Verhältnisse, geendet hat. Zeitaufwand: viele Jahre!

2.2 Wer es kürzer braucht, muss natürlich anders vorgehen, ohne allerdings auf Erkenntnisse guter Analysen zu verzichten. Ansonsten setzt man sich dem Vorwurf der Oberflächlichkeit aus, und der Unterschied zum politischen Gegner verschwindet.

Ein schwieriges Problem, und ein Idealkonzept kenne ich auch nicht. Dennoch 3 Überlegungen:

Wir müssen radikaler formulieren! Der Text wird dadurch i.d.R. auch verständlicher und kürzer. Das Problem: Die Regierungslinken wollen genau das nicht.

Dass „normale“ Leute das nicht verstehen (wie oft behauptet), bezweifle ich. Dabei stellt sich die Frage, wer für linke Politik „normale“ Leute sind: Akademiker oder ArbeiterInnen, die noch „ahnen“, dass sie proletarisiert sind?

Rechte, heute die AfD, haben schon immer soziale und politische Themen der LINKEN geklaut, Themen, die laut Bertelsmann-Stiftung oft bis zu 80 Prozent der Bevölkerung bewegen. Rechte greifen solche Themen für ihre Ideologie und Ziele auf und „framen“ sie nationalistisch, rassistisch usw. Zugegeben, das machen sie oft geschickt und für viele kaum erkennbar. Und für bürgerliche PolitikerInnen und Medien ist das ein gefundenes Fressen, wobei sie die Unterschiede zwischen linker und rechter Bearbeitung dieser Themen natürlich unterschlagen. Wir dürfen diese Themen nicht reflexhaft als rechts, faschistisch usw. zurückweisen, sondern müssen prüfen, inwieweit das eigentlich linke Themen sind, und falls ja, diese aufgreifen, den AfD-Duktus entlarven, das Thema links „framen“, d.h. auf entsprechende Ursachen und Zusammenhänge hinweisen, und schließlich solidarische linke Lösungen / Alternativen anbieten.

Bei Artikeln kann und sollte man auf entsprechende marxistische Analysen verweisen oder zitieren, d.h. man muss selbst nicht immer bei Adam und Eva anfangen, um aktuelle Problem zu kritisieren und verständlich darzustellen.

3. Liest man vor diesem Hintergrund die Artikel im genannten Heft, so kann man feststellen, dass sie diesem Anspruch gerecht werden, auch wenn sie das aus den genannten Gründen nicht in der Systematik und Sichtbarkeit (wie in meinem Beitrag) machen konnten.

Zu den Anmerkungen von Hajo Zeller

Hajo stellt fest, dass in meinem „Artikel das Wort ‚Freiheit‘ nicht ein einziges Mal vorkommt.“ Das ist richtig, und vieles, was Hajo dazu schreibt, ist auch richtig. Zugegeben, das Wort „Freiheit“ hatte ich bei der Abfassung des Artikels auch gar nicht im Blick, denn es ist m.E. weniger eine Grundkategorie marxistischer Analyse, sondern Ziel linker Politik im Sinne der Marxschen Gesellschaftstheorie.

Nichtsdestoweniger ist es ein wichtiges und interessantes, aber eben ein anderes Thema, zu dem Hajo vielleicht einmal einen eigenen Artikel schreiben sollte. Freiheit ist heute vor allem ein ideologisch hart umkämpfter (Kampf-)Begriff. Nicht nur wegen Lindner und der FDP. Der Freiheitsbegriff von Marx u.a. (Hajo erwähnt das Reich der Freiheit, Freiheit vor Entfremdung und Dehumanisierung) ist so weit vom heutigen (Mainstream-)Gebrauch (besser: Missbrauch) des Begriffs entfernt (unsere Freiheit wird am Hindukusch verteidigt, heute tun das die Ukrainer für uns usw.), dass man ihn m.E. nicht so einfach in einem Artikel erwähnen kann, ohne mehr Verwirrung als Klarheit zu schaffen.

Warum für Hajo die von mir behauptete zentrale Bedeutung der Eigentumsverhältnisse „nicht haltbar“ ist, verstehe ich nicht. Danach spricht er über Waren, Gebrauchs- und Tauschwert, Doppelcharakter, Kauf und Verkauf, Geld, Mehrwert usw. Relativiert das die Bedeutung der Eigentumsverhältnisse? Oder ist etwas falsch an meinen Ausführungen zu diesen Begriffen?

Auch der Zusammenhang zwischen marxistischen Grundlagen linker Politik (und darum geht es hier) und der Aufhebung des warenförmigen Systems sowie der Aufhebung und Transformation

von Ware, Wert, Zins, Kapital, Lohnarbeit und deren Ableitungen ist mir nicht klar, denn bei diesen Fragen geht es m.E. nicht um die Überwindung des Kapitalismus, sondern um den Aufbau des Sozialismus. Auch ein sehr interessantes, aber eben anderes Thema, das m.E. aktuell nicht auf der TO linker Politik steht. Wenn man es (theoretisch) diskutiert, dann wäre auch zu klären, was genau hier aufgehoben und transformiert werden soll / muss (z.B. Waren- und Geldwirtschaft im Sozialismus?).

Richtig, „der Kapitalist“ ist nicht der Feind des guten Lebens (wer behauptet das, und wo ist hier der Zusammenhang zu meinem Artikel?). Aber wie die Ware nicht alleine zum Markt gehen kann, so kann sich das Kapital auch nicht alleine verwerten. Ich würde ggf. sagen, das Kapital verhindert das gute Leben für alle – aber ohne den Begriff Feind, denn das ist ja auch eine Art von Personifizierung.



Linke Sozialpolitik bedarf der engen Zusammenarbeit mit kritischen Wissenschaften. Hier der Armutsforscher Christoph Butterwegge auf einem Podium der Linken-Hartz-4-Hilfe Wetterau, heute SOS-Sozialsprechstunde Wetterau

5. Kontakte und die kommende Ausgabe der Publikation

Die nächste Ausgabe der Publikation unserer LAG „Linksrum – Für Frieden und Soziale Sicherheit“ soll voraussichtlich im **Dezember 2023** erscheinen. Wir freuen uns über Beiträge ...

- ... die sich mit den aktuellen imperialistischen Kriegen (offen wie verdeckt) befassen und Perspektiven für die deutsche **Friedensbewegung** ausloten.
- ... die die Angriffe der herrschenden Klasse auf den **Sozialstaat** untersuchen und Möglichkeiten des Widerstands und der Selbsthilfe erörtern.
- ... die sich mit den organisatorischen Problemen der Partei DIE LINKE. auseinandersetzen und nach Möglichkeiten gegen **Opportunismus** und Karrierismus suchen.

Wir freuen uns ferner über **Repliken und Reaktionen** auf die bisherigen Beiträge, um miteinander in Diskussion zu treten und unsere Positionen aneinander zu schärfen.

Wenn Ihr hierzu etwas schreiben möchtet, schreibt uns am besten eine Email mit Konzept oder grober Idee für den Artikel mit Betreff „Publikation 3“ an LAGFriedenSozial@web.de .

Wenn Ihr generelles Interesse an der LAG „Linksrum – für Frieden und Soziale Sicherheit“ habt, dann schreibt uns gerne per Email an: LAGFriedenSozial@web.de .

Wenn Ihr bei Euch vor Ort Kontakt zu LAG-Genoss/innen sucht, schreibt uns ebenfalls gerne an. Wir stellen gerne Kontakt zu unseren Genoss/innen vor Ort her.

